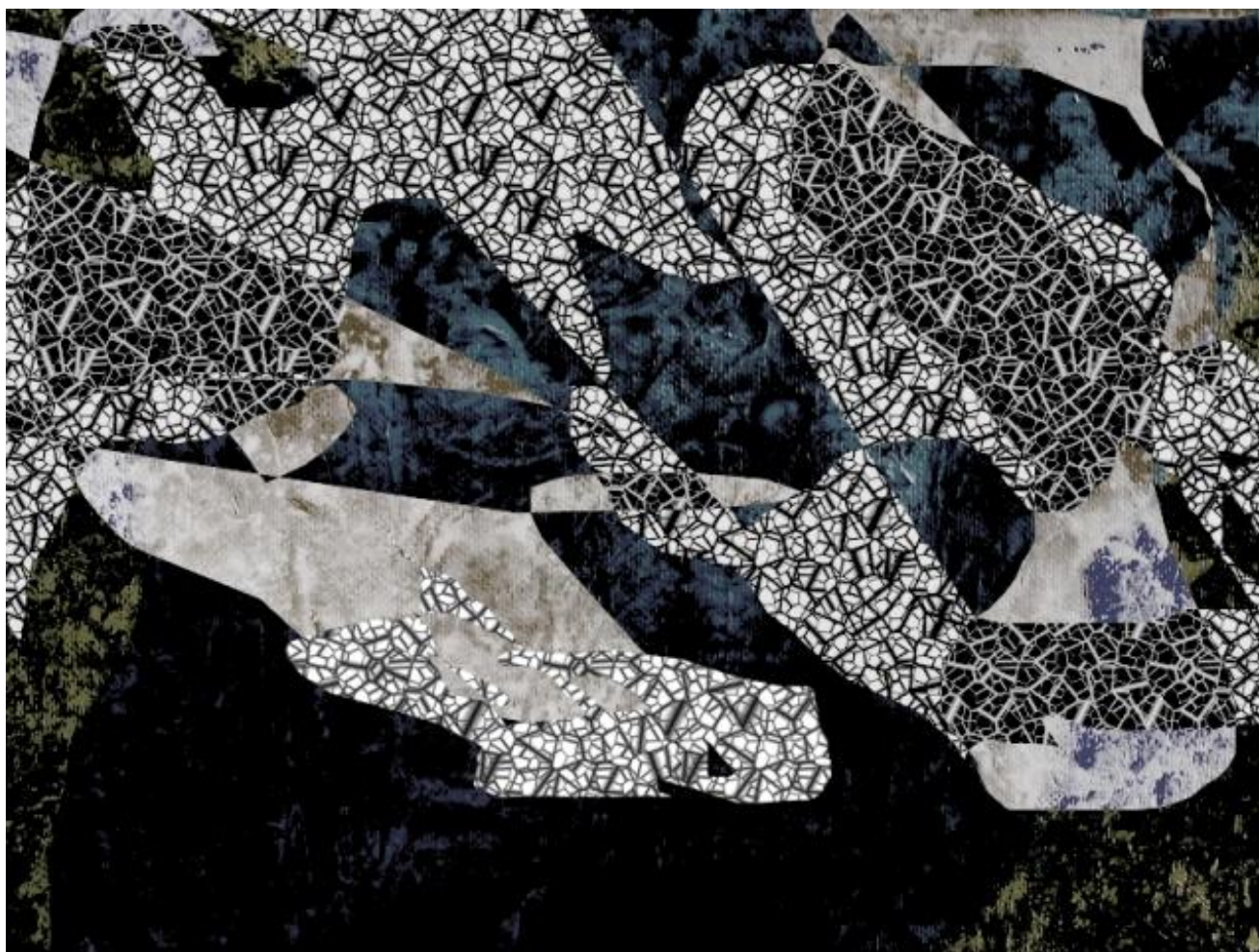


Transnationalismus & Migration

DOSSIER



Transnationalismus & Migration

DOSSIER

Heinrich-Böll-Stiftung

Mai 2011

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
www.boell.de

Das Online-Dossier wurde veröffentlicht auf www.migration-boell.de im Mai 2011.

Direktlink: http://www.migration-boell.de/web/migration/46_2837.asp

V.i.S.d.P. Olga Drossou, MID-Redaktion, Heinrich-Böll-Stiftung

Dossier-Redaktion: Sibel Kara und Olga Drossou

Sibel Kara ist Philosophin und Literaturwissenschaftlerin. Sie ist bei Pro Diversity tätig. Ihre Schwerpunkte sind: Wandel des öffentlichen Raums und Arbeit im Zeitalter der Globalisierung.

Lektorat: Dr. Heike Jensen

Titelbild: Cristina de Santana



Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer [Creative Commons Lizenz](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Weitergabe unter gleichen Bedingungen** - Wenn Sie das lizenzierte Werk verändern, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke nur unter Verwendung von identischen oder vergleichbaren Lizenzbedingungen weitergeben.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers.

Kontakt: MID-redaktion@boell.de

Lesen Sie den ausführlichen Lizenzvertrag unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>

Inhalt

Über das Dossier	6
I Transnationalisierung & neue Migrationsformen	7
LUDGER PRIES	
Transnationalisierung der sozialen Welt als Herausforderung und Chance	8
SASKIA SASSEN	
The Making of Transnationalisms by Localized People and Organizations	19
THOMAS FAIST	
Transnationalism: Migrant Incorporation beyond Methodological Nationalism	25
II Soziokulturelle Transformation in transnationale Räume	34
REGINA RÖMHILD	
Transnationale Migration und soziokulturelle Transformation: Die Kosmopolitisierung der Gesellschaft	35
REGINA BITTNER	
Hotel Stadt	39
ZEYNEP SEZGIN	
Mitgliederinteressen und transnationale politische Arbeit der türkischen Migrantenorganisationen in Deutschland	45
SARA FÜRSTENAU / HEIKE NIEDRIG	
Mehrsprachigkeit und Partizipation im Kontext transnationaler Migration	52
KATHRIN KISSAU / UWE HUNGER	
Politischer Internet-Transnationalismus, virtuelle Diasporas und ‚ethnische‘ Online-Öffentlichkeiten von MigrantInnen	61
III Governance transnationaler Migration	68
ULRICH BECK	
Das neue Gesicht sozialer Ungleichheit – Wer absteigt, wer aufsteigt im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel	69
YASEMIN NUHOĞLU SOYSAL	
Postnational Citizenship: Rights and Obligations of Individuality	73
PIYASIRI WICKRAMASEKARA	
International migration of labour: The missing link in globalization	78
NORBERT CYRUS	
Die Eigendynamik der Migrationsprozesse lässt sich nicht steuern – Warum Migrationsmanagement nicht funktionieren kann	93

Über das Dossier

Die Globalisierung hat nicht nur die grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalströme zwischen Ländern und Weltregionen intensiviert. Auch die räumliche Mobilität von Menschen nimmt seit Längerem stetig zu. Menschen bewegen sich beispielsweise durch Urlaubs-, Arbeits- oder Ausbildungsaufenthalte zwischen mehreren Ländern oder pendeln hin und her. Sie nutzen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien dazu, Lebensräume und soziale Bezüge über Nationalgrenzen hinaus punktuell oder dauerhaft zu erweitern, länderübergreifende Austausch-, Arbeits-, Beziehungs- und Mobilitätsformen zu etablieren und entsprechende Lebensformen und -strategien zu entwickeln. Diese neuen Formen der Migration, des Lebens und des Austausches erhalten oft die Vorsilbe „trans“, um ihren über etwas hinausweisenden Charakter deutlich zu machen: Transnationalismus, Transmigration, TransmigrantInnen.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen versuchen neue Ansätze der Migrationsforschung zu beschreiben und die Implikationen der international angestiegenen wirtschaftlichen, soziopolitischen und kulturellen Verflechtungen abzuschätzen. Es zeigt sich, dass die über mehrere Länder aufgespannten familiären und sozialen Netzwerke, die zahlreichen diasporischen Communities und religiösen Gemeinschaften zur Formierung transnationaler Sozialräume beitragen, die nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Nationalgesellschaften und ihre Ökonomien und Arbeitsmärkte haben. Besonders die Großstädte, Anziehungspunkt und bevorzugter Lebensraum von TransmigrantInnen, sind weltweit Schauplätze rasanten Wandels – angestoßen durch das Zusammentreffen immer mobilerer und vielfältiger werdender Bevölkerungsgruppen.

Olga Drossou
MID-Redaktion
Heinrich Böll Stiftung

Das Konzept des Transnationalismus lenkt den Blick der Migrationsforschung auf die neu entstandenen Lebensrealitäten und Interessenslagen von – meist jungen – Migrantengenerationen im 21. Jahrhundert und hinterfragt die Tragfähigkeit der vorherrschenden Migrations- und Integrationspolitiken. Diese unterstellen zum einen oft weiterhin eine dauerhafte Ein- und Auswanderung und verkennen so den zunehmend temporären Charakter transnationaler Mobilität. Und zum anderen gründen sie auf traditionellen eindimensionalen Identitäts- und Staatsbürgerschaftskonzepten, die auf die Assimilierung der MigrantInnen an die vorherrschende nationale „Leitkultur“ ausgerichtet sind.

In diesem Dossier wird die transnationale Mobilität als ein besonderer Typus einer internationalen Migration unter folgender Gliederung vorgestellt:

Im ersten Abschnitt werden neue transnationale Migrations-, Mobilitäts- und Partizipationsformen sowie die Entstehung neuer transnationaler soziokultureller Räume analysiert.

Im zweiten Abschnitt werden empirische Befunde zur soziokulturellen Transformation von sozialen Räumen präsentiert, die sich unter anderem in Form von transnationalen Netzwerkbildungen oder „Zwischenräumen“ in Globalen Städten manifestiert.

Im dritten Abschnitt werden die politischen Herausforderungen der transnationalen Mobilität und Migration verhandelt, denen sich die Politik auch aufgrund der gestiegenen Handlungsoptionen und Rechtsansprüche der transnationalen AkteurInnen dringend stellen muss.

Sibel Kara
Dossier-Redaktion

I Transnationalisierung & neue Migrationsformen

Wahrscheinlich war die Vorstellung von geschlossenen und homogenen „Container-Gesellschaften“ oder -Kulturen schon immer falsch. Für viele nichtmigrierende Menschen hat sie aber immer noch etwas Beruhigendes, denn sie stellt keinerlei Ansprüche an sie, sondern verlangt von „den Anderen“, die von „außen“ dazukommen, dass sie sich an das Leben und seine normativen Grundlagen „hier“ anpassen. Die global vernetzte Welt lässt diese Vorstellung immer mehr die Wirklichkeit verfehlen, auch wenn mit ihr weiterhin erfolgreich Politik gemacht wird. Immer mehr Menschen leben hier *und* „außen“, sie entwickeln transnationale Netzwerke, erweitern ihre Lebensräume, Erfahrungen und Normen über nationale Grenzen hinweg und betreten die Weltbühne als global vernetzte Akteure der Zivilgesellschaft, die im jeweils nationalstaatlichen Raum selbstbewusst Mitsprache und Beteiligungsrechte fordern.

Neben der Globalisierung der Kapital- und Warenströme stellen diese Entwicklungen eine weitere, die soziale und kulturelle Globalisierung „von unten“ dar. Sie ist keineswegs nur an biografische Migrationserfahrungen gebunden, doch die transnationale Migration ist eine ihrer wichtigsten Triebkräfte. MigrantInnen überschreiten nationale Grenzen immer öfter und aus den unterschiedlichsten Gründen. Beispielsweise pendeln sie als flexible Arbeitskräfte oder bilden sich als Studierende oder Auszubildende in verschiedenen Ländern aus oder fort. Sie nutzen den neuen Bewegungsspielraum innerhalb der Europäischen Union oder kämpfen mit alten

geopolitischen Grenzen wie denen zwischen globalem Norden und Süden. Ihre Verbindungen zur Herkunftsgesellschaft lassen sie zumeist nicht abreißen, sondern pflegen sie weiter. So fühlen sie sich mehreren Gesellschaften zugehörig. Sie praktizieren einen neuen Typus von transnationaler Migration und Mobilität.

Ludger Pries beschreibt transnationale Migration vor dem Hintergrund der Analyse der gegenwärtigen Internationalisierung von Vergesellschaftungsprozessen. Er veranschaulicht unterschiedliche Formen transnationaler Migration sowie die transnationalen sozialen und kulturellen Räume, die sie hervorbringt.

Saskia Sassen erkundet mit dem Konzept der Global City die Entstehung einer global vernetzten Zivilgesellschaft, deren AkteurInnen - von diasporischen Communities von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen bis zu sozialen Bewegungen – das Lokale und das Globale in transnationalen Räumen verbinden und auf dieser Basis Partizipationsrechte erkämpfen.

Thomas Faist gibt einen Überblick über die Entwicklung und den aktuellen Stand der Transnationalismus-Forschung. Er stellt eine Typologie transnationaler sozialer Räume vor und diskutiert, welchen konzeptuellen und methodologischen Herausforderungen sich die Migrationsforschung in Zukunft stellen muss.

Ludger Pries

Transnationalisierung der sozialen Welt als Herausforderung und Chance

Millionen von Jahre lebten die Menschen als JägerInnen und SammlerInnen hauptsächlich nomadisch, indem sie von Ort zu Ort zogen und ihren jeweiligen Nahrungsquellen folgten. Die sesshafte Lebensweise ist eine recht neuartige Erfindung, die erst seit einigen Tausend Jahren mit den verbesserten Methoden von Landwirtschaft, Bewässerung und Viehzucht ermöglicht wurde. Aber überall auf der Welt führten technische Entwicklungen, klimatische Veränderungen und soziale Innovationen immer wieder zu räumlicher Mobilität einzelner Menschen, Sippen oder ganzer Völkerstämme. Vor allem mit der Industrialisierung, Urbanisierung und Individualisierung der menschlichen Lebensräume seit dem 18. Jahrhundert gingen enorme Wanderungsbewegungen von Millionen Menschen einher – vom Land in die Stadt, aus der alten in die neue Welt etc.

Gleichzeitig vermittelte der aufkommende Nationalismus den Eindruck, alle Menschen seien mehr oder weniger eindeutig und dauerhaft jeweils einem nationalstaatlichen ‚Container‘ zuzuordnen. Im Namen von Nationen und Staaten wurden Weltkriege geführt, und die meisten Menschen der Welt können sich noch heute ziemlich klar als *einer* Nationalgesellschaft zugehörig einordnen. Inzwischen ist die ganze Welt vermesen und in nationalstaatliche Territorien aufgeteilt. Die Anzahl der unabhängigen Staaten, die Teil der ‚Vereinten Nationen‘ (sic: es heißt nicht ‚Vereinte Menschheit‘ oder ‚Vereinte Stämme‘ oder ‚Vereinte Völker‘!) sind, wuchs in den letzten dreißig Jahren von etwa 150 auf knapp 200 an. Alle Menschen scheinen – russischen Puppen gleich – jeweils zunächst in lokale (Gemeinden), dann nationale (Staaten und Gesellschaften) und schließlich globale (menschheitliche) Sozialräume eingebunden zu sein.

Allerdings machen verschiedene weitere Entwicklungen die Dinge weitaus komplizierter. Dies gilt speziell für die Tendenz einer Transnationalisierung von Lebenspraktiken und Lebensräumen. Damit ist eine Lebensweise gemeint, die durchaus in nationalstaatliche ‚Containerräume‘ eingewoben ist, allerdings über Grenzen hinweg in *mehrere* lokale und nationalgesellschaftliche Lebensräume *gleichzeitig*. Die Transnationalisierung der sozialen Welt von Menschen zeigt sich daran, dass sich

diese nicht entweder dem einen *oder* dem anderen ‚Containerraum‘ zugehörig fühlen, sondern in *ihrem* transnationalen Sozialraum zu Hause fühlen. Dass solche transnationalen Lebensweisen von großer und wachsender Bedeutung sind, zeigen anschaulich einige Beispiele aus dem öffentlichen Leben.

Diese werden im Folgenden zunächst dargestellt, um anschließend nach einem kurzen Rückbezug auf die klassischen Formen der Migration das spezifisch Neue transnationaler Wanderungsprozesse herauszuarbeiten. Dies wird zunächst am Beispiel der Geldrücküberweisungen von MigrantInnen gezeigt, die seit den 1990er Jahren sehr stark an Bedeutung zugenommen haben und auf transnationale Haushaltsstrategien hinweisen. Eine Analyse des migrationsrechtlichen Status von Einreisenden in den wichtigsten OECD-Ländern lässt sich ebenfalls als Beleg dafür interpretieren, dass grenzüberschreitende familiäre Netzwerkbeziehungen einen Großteil des Migrationsgeschehens insgesamt bestimmen. Vor diesem Hintergrund realgesellschaftlicher Entwicklungen muss – so wird abschließend argumentiert – ein erweitertes Verständnis der Internationalisierung von Vergesellschaftungsprozessen entwickelt werden. (1)

Transnationale Migration und Fußball

Bei der Fußballeuropameisterschaft 2008 schoss im Spiel Deutschland gegen Polen der in Polen geborene und inzwischen in Deutschland eingebürgerte Lukas Podolski das entscheidende Tor für die deutsche Mannschaft – und kickte damit Polen aus dem Turnier. Nach dem Spiel ging er zum polnischen Fanblock und begrüßte dort den polnischen Teil seiner Familie. Dann feierte er mit seinen deutschen Mannschaftskollegen den Sieg.

Umgekehrt kämpfte der in Deutschland geborene und normalerweise für Schalke 04 spielende Hamit Altıntop bei diesem Wettbewerb für die Türkei, das Land seiner Vorfahren und seiner Staatsbürgerschaft. Durch seinen Einsatz im Spiel gegen die Tschechische Republik wurde er zum türkischen Nationalhelden. Nach der Niederlage der türkischen gegen die deutsche Mannschaft beglückwünschte er seine deutschen Fußballer-

kollegen. Große internationale Sportereignisse mobilisieren Leidenschaften und Gefühle, die offensichtlich nicht mehr ganz einfach in nationale Schachteln zu verpacken sind. Zu vielfältig sind inzwischen die Lebenswege und Lebensorientierungen vieler Menschen.

Internationale Migration ist ein Schlüssel für das Verständnis dieser tief greifenden Veränderungsprozesse, die häufig mit dem Schlagwort Globalisierung belegt werden. Etwa 200 Mio. Menschen leben und arbeiten gegenwärtig – wie Lukas Podolski – in einem anderen als ihrem Geburtsland. Sie sind also nach der klassischen Definition internationale MigrantInnen. Mindestens doppelt so viele dürften – wie Hamit Altintop – in einem anderen Land als dem Geburtsland ihrer Eltern leben, ohne offiziell als MigrantInnen gezählt zu werden.

Neben dieser internationalen Migration von etwa einer halben Milliarde Menschen, die direkt oder in der Elterngeneration ihren dauerhaften Wohnsitz über Ländergrenzen hinweg veränderten, ist auch die interne Migration von großer Bedeutung. Denn die Abgrenzung zwischen internationaler und Binnenmigration sagt häufig wenig über den tatsächlichen Wechsel von Sozialräumen aus: Die Ärztin oder Professorin, die 75 Kilometer von Freiburg nach Basel zieht, gilt als internationale Migrantin – auch wenn sich an ihrem lebensweltlichen Umfeld, ihrem Freundeskreis und ihren Gewohnheiten vielleicht nicht viel ändert. Dagegen zählt der Verkaufsmanager oder Techniker, der 5.000 Kilometer von Boston in Massachusetts nach San Diego in Kalifornien wechselt, als interner Migrant – obwohl er wahrscheinlich einen einschneidenden Wechsel seiner Arbeits- und Lebensgewohnheiten erfährt. In China und Indien hat die Binnenmigration inzwischen die Größenordnung von Hunderten von Millionen erreicht.

Dauerhafte Veränderungen des Wohnsitzes und des Sozialraums betreffen gegenwärtig mehr als eine Milliarde Menschen. Das sind weitaus mehr, als die Vereinten Nationen als internationale MigrantInnen ausweisen. Aber nicht nur zahlenmäßig gewinnt Migration im Zusammenhang mit Globalisierung an Bedeutung. Auch die Formen der grenzüberschreitenden Wanderungen und die daraus entstehenden Lebensweisen der Menschen ändern sich, werden komplexer. Podolski und Altintop sind nicht die Einzigen, die sich sehr differenziert und vielleicht auch mit inneren Widersprüchen in und zwischen verschiedenen Nationalgesellschaften verorten.

Über die letzten Jahrhunderte wurde Migration als eine Ausnahmeerscheinung im Leben der Menschen aufgefasst. Als das Typische sah man ein sesshaftes Leben an einem Wohnort und die subjektive Zugehörigkeit zu einer (nationalen) Gesellschaft an. Interne Migration wurde als notwendiger vorübergehender Tribut eingeschätzt, den Industrialisierung und Urbanisierung forderten. Internationale Migration war demzufolge vor allem demographischen und gesellschaftlichen Verwerfungen geschuldet, die im Modernisierungsprozess der Nationalgesellschaften als unvermeidlich erachtet wurden.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts nun zeigt sich, dass immer mehr Menschen auf sehr komplexe Weise ihre Lebensbezüge über viele verschiedene Orte, häufig auch Landesgrenzen hinweg aufspannen. Sie migrieren real zwischen verschiedenen Plätzen hin und her. Sie arbeiten mittels Internet und anderer Kommunikationsmedien mit Menschen an beliebigen Orten auf dem Globus zusammen. Durch Urlaubsreisen, Ausbildung oder Arbeitsaufenthalte knüpfen sie soziale Beziehungen über Ländergrenzen hinweg. Familiennetzwerke erstrecken sich verstärkt über viele Orte und Länder. Die Zukunftspläne und Lebensstrategien vieler, vor allem junger Menschen sind nicht mehr auf eine Nationalgesellschaft beschränkt. Wie die Beispiele von Podolski und Altintop zeigen, können auch die Identitäten und subjektiven Selbstverortungen vielschichtig und pluri-lokal sein.

All dies sind Ausdrucksformen einer zunehmenden Internationalisierung und Transnationalisierung der sozialen Lebenswelten von Menschen. Globalisierung erschöpft sich eben nicht auf multinationale Konzerne oder auf internationale Waren- und Kapitalströme. Die Internationalisierung von Gesellschaftszusammenhängen betrifft im 21. Jahrhundert tatsächlich viel mehr als nur die Wirtschaft und die Bedrohungen des Klimawandels. Gäbe es nur dies, so wären alle Appelle an kosmopolitische Verantwortung naives Wunschdenken.

Die frohe oder zumindest hoffnungsschwangere Botschaft ist: Neben und mit der wirtschaftlichen Globalisierung intensivieren sich auch Grenzen überschreitende soziale und kulturelle Lebenswelten und transnationale Sozialräume. Die globalen politischen Gestaltungsmöglichkeiten lassen sich realistisch nur ermes- sen, wenn die verschiedenen Formen und Dimensionen der gegenwärtigen Internationalisierungsprozesse beachtet und ausgeleuchtet werden. Dies lässt sich an

den Veränderungen in den Formen internationaler Migration verdeutlichen.

Klassische Formen und Vorstellungen von internationaler Migration

Migration ist so alt wie die Menschheit. Nimmt man etwa nur die letzten 150.000 Jahre der Entwicklung des *homo sapiens sapiens*, dann machte die nomadische Daseinsweise mehr als neun Zehntel dieser Geschichte aus. Erst mit der Erfindung des Ackerbaus konnten Menschen über sehr viele Generationen an ein und demselben ‚Platz‘ sesshaft werden. Aber selbst in den letzten Jahrtausenden haben Naturkatastrophen, Epidemien und kriegerische Auseinandersetzungen immer wieder große Menschengruppen zur Migration *getrieben*.

Neben diesen ‚push‘-Faktoren waren zu allen Zeiten auch ‚pull‘-Faktoren wirksam, die Menschen einem Magneten gleich aus ihrer Herkunftsregion *weggezogen* haben. Abenteuerlust spielte hier ebenso eine Rolle wie die Verheißung des schnellen Glücks etwa im kalifornischen Goldgräberrausch der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Fernwanderungen über die Grenzen von Feudalreichen, Nationalgesellschaften oder Kontinenten hinweg nahmen bis ins 20. Jahrhundert vor allem die Form von Auswanderung oder von Rückkehr-Wanderung an. Diese internationale Migration war in der Regel teuer (viele Monats- oder gar Jahreslöhne), langwierig (viele Wochen etwa von Europa nach Amerika) und nicht ungefährlich (wegen Krankheiten und Überfällen). Mit dem Aufkommen der modernen Nationalstaaten wurden seit dem 17. Jahrhundert nach und nach – für viele Länder erst im 19. oder 20. Jahrhundert – auch systematische Zugangskontrollen zum Staatsterritorium und entsprechende Reisepässe entwickelt, die die grenzüberschreitende Migration weiter erschwerten.

Die großen Wanderungsbewegungen etwa im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Europa nach Amerika waren überwiegend *Auswanderungen* im Sinne eines einmaligen und endgültigen Wechsels von einem Land in ein anderes. Ein nicht unerheblicher Teil dieser MigrantInnen kehrte allerdings auch wieder in das Herkunftsland zurück – in Italien oder Schweden beispielsweise ein Fünftel bis ein Drittel (vgl. z.B. Bade 1992; Smith 1997).

All dies führte zu einem Verständnis der räumlichen Mobilität von Menschen in konzentrischen Kreisen. Russischen Puppen ähnlich gibt es demnach eine lokale Ortsmobilität innerhalb von Gemeinden, eine landesinterne Wanderung und eine internationale Fernmigration. Es verfestigte sich ein Denken in ‚nationalen Containergesellschaften‘: Die Menschen verbringen normalerweise ihr ganzes Leben in Gemeinden; sie wechseln aufgrund äußerer Zwänge (Arbeitslosigkeit etc.) durch interne Migration eventuell zwischen verschiedenen Gemeinden oder Städten; sie migrieren nur unter Ausnahmebedingungen international. Verbunden mit diesem Verständnis war auch die Vorstellung relativ dauerhafter und homogener Identitäten: die Menschen entwickeln eine Lokal- und Regionalidentität (z.B. als Hamburgerin oder Bayer) und fühlen sich einer Nation und Nationalgesellschaft kulturell zugehörig (vgl. Pries 2008).

Fast alle sozialwissenschaftlichen Theorien des 20. Jahrhunderts gehen von einer solchen vorherrschenden und einheitlichen Bindungswirkung von Gesellschaften als Nationalgesellschaften aus. Podolskis und Altıntops haben da keinen Platz. Sie werden als Ausnahme- und Problemfälle eingestuft, die spätestens nach einigen weiteren Generationen ihren festen Platz in einem ‚Nationalcontainer‘ gefunden haben werden. Von ihnen wird erwartet, dass sie irgendwann angeben können, ‚wo sie eigentlich hingehören‘, welchem Nationalstaat gegenüber sie letztlich loyal sein wollen.

Dieses Modell des nationalgesellschaftlichen Containerdenkens ist nun keineswegs völlig falsch. Es beschreibt gut die Lebenserfahrungen und die Lebenspläne der meisten Menschen dieser Welt. Es kann auch die Typen der Auswandernden und der Rückkehr-MigrantInnen angemessen charakterisieren: Erstere wechseln dauerhaft und verbindlich von einer Nationalgesellschaft in eine andere, Letztere kehren dauerhaft und verbindlich wieder in ihre Herkunftsgesellschaft zurück.

Wie aber soll man diejenigen MigrantInnen bezeichnen, die sehr häufig auch über große Entfernungen und über viele Generationen zwischen verschiedenen Nationalstaaten hin- und herpendeln? Wie soll man Migrationswirklichkeiten charakterisieren, in denen sich Netzwerke von Großfamilien über viele Generationen und mehrere Länder aufspannen? Wie würde man die Podolskis und die Altıntops typisieren, wenn sie auf die Frage „*Fühlst Du Dich nun als Deutscher oder als Pole bzw. Türke?*“ antworten: „*Ich fühle mich teils/teils und ich möchte*

nicht gezwungen werden, nur eine nationale Identität, nur einen Pass zu haben. Ich wurde mit 18 Jahren ja auch nicht gezwungen, mich zwischen meinem Vater und meiner Mutter zu entscheiden. Warum muss ich mich zwischen Deutschland und Polen bzw. der Türkei entscheiden?“ Hier reicht das Modell der Emigration und der Rückkehr-Migration nicht mehr aus (vgl. Pries 2006 und 2007).

Neue Formen transnationaler Migration

Im 21. Jahrhundert werden internationale Migrationsprozesse immer komplexer. Schnelle und relativ preiswerte Kommunikationsmöglichkeiten lassen die Entfernungen schrumpfen. Sie tragen die Bilder vom guten und satten Leben ebenso um den Globus wie die Zeugnisse von Krieg, Elend und Hunger. Es entsteht eine ‚gefühlte Nähe‘ privater wie auch öffentlicher Ereignisse, die sich Tausende von Kilometern entfernt ereignen.

Das verbesserte Wissen um die Möglichkeiten und Ressourcen in anderen Ländern und die bestehenden persönlichen Netzwerke machen grenzüberschreitende Migration wahrscheinlicher. Erschwingliche und relativ sichere Transportmöglichkeiten (inklusive gut organisierter Schlepperbanden) machen Wanderungen auch über große Entfernungen vergleichsweise kalkulierbar. Neben diesen ‚pull‘-Faktoren wirken gewaltsam ausgetragene ethnische Konflikte, die fortschreitende Auflösung traditioneller ländlicher Sozialmilieus sowie ökologische Faktoren wie Bodenerosion und Wasserknappheit als ‚push‘-Faktoren für Migration.

Neben die Emigration und die Rückkehr-Migration tritt immer stärker eine Form von *transnationaler Migration* (vgl. Pries 1998). Diese ist idealtypisch dadurch gekennzeichnet, dass sich die Lebenspraxis und die Lebensprojekte der ‚TransmigrantInnen‘, also ihre ‚sozialen Räume‘, zwischen Wohnorten bzw. ‚geographischen Räumen‘ in verschiedenen Ländern aufspannen. Es entstehen neue Formen der Grenzziehung von sozialen Räumen, die nicht mehr mit den Schneidungen der territorialen bzw. geographischen Räume übereinstimmen. Solche transnationalen Familien wurden für die Migrationsräume Mexiko-USA und Polen-Deutschland nachgewiesen. Dabei wechseln verschiedene Familienmitglieder ihre Rollen und Wohnorte, ohne den Sozialraum ihrer transnationalen Familie zu verlassen.

So kehrt z.B. der zunächst aus Mexiko migrierte Familienvater zum Hausausbau und zur Agrararbeit nach Mexiko zurück; die Mutter bereits etwas größerer Kinder verlässt anschließend den Haushalt im mexikanischen Dorf zur Haushaltsarbeit in den USA. Nicht selten migrieren auch beide Elternteile und übernehmen die Kindererziehung und Haushaltsführung in Mexiko den (Groß-)Eltern; später migriert eventuell das älteste Kind und trägt durch Geldrücküberweisungen den Hauptteil der Haushaltsausgaben auch für den mexikanischen Teil der Familie. Das Kind kann aber auch zum Studium oder zum Gelderwerb nach Mexiko zurückkommen, und sein Großvater kann erneut aufbrechen, um als Gärtner in den USA zu arbeiten. (2)

Im Falle der traditionellen Emigration werden die Geldrücküberweisungen in das Herkunftsland mit der Zeit immer geringer: Zunächst unterstützt man eventuell die Eltern oder Geschwister im Herkunftsland; spätestens beim eigenen Hausbau oder in der nächsten Generation hören die regelmäßigen Geldüberweisungen der Ausgewanderten auf. In der transnationalen Migration dagegen spielen Geldrücküberweisungen eine dauerhafte und bedeutende Rolle; sie sind Teil transnationaler Familienstrategien, in denen über mehrere Generationen hinweg Geldüberweisungen etwa zur Kindererziehung oder Universitätsausbildung über Ländergrenzen hinweg getätigt werden.

Zunehmende transnationale Haushaltsstrategien

Weltweit lässt sich seit den 1970er Jahren eine sehr starke Zunahme der Geldrücküberweisungen aus Migration feststellen. Sie haben sich seitdem auf knapp 100 Mrd. US-Dollar verzehnfacht. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der weltweiten MigrantInnen nur etwas mehr als verdoppelt. Natürlich muss man die vorliegenden Daten vorsichtig interpretieren. Sie beruhen allesamt auf Schätzungen, weil die Geldrücküberweisungen nicht eindeutig erfasst werden können. In Absolutwerten führt Mexiko die Liste der Empfängerländer mit etwa 14 Mrd. US-Dollar im Jahre 2004 an. In Ländern wie Lesotho, Jordanien, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Nicaragua, Jemen, Moldawische Republik, El Salvador und Jamaika repräsentieren die Migrantenüberweisungen mehr als ein Zehntel des gesamten Bruttonationaleinkommens.

Für viele dieser Länder rangieren die Arbeitsmigrationsüberweisungen unter den drei wichtigsten Quellen für die Einnahme ausländischer Devisen überhaupt.

Selbst für ein touristisch so entwickeltes und mit über 100 Mio. EinwohnerInnen sehr großes Land wie Mexiko rangieren die Deviseneinnahmen aus Migrantenüberweisungen in ihrer Bedeutung vor den Einnahmen aus dem Tourismus! Große Entwicklungs- und Schwellenländer wie Albanien, Bangladesh, Brasilien, Kolumbien, Kroatien, Dominikanische Republik, Indien, Mexiko oder Marokko nehmen aus Arbeitsmigration mindestens das Doppelte, manche sogar mehr als das Zehnfache im Vergleich zu den Nettozuflüssen aus Entwicklungshilfe ein (vgl. World Bank 2006).

Schwierigkeiten bei der Erfassung der Geldüberweisungen aus Arbeitsmigration ergeben sich unter anderem dadurch, dass diese vielfach informell erfolgen. In Indien und Pakistan spielt z.B. das sogenannte Hawala-System eine große Rolle. Hierbei wird allein auf Vertrauen und persönliche Bekanntschaft beruhend ein bestimmter Geldbetrag in einer bestimmten Währung an einem beliebigen Ort der Erde einer/m Hawala-Beauftragten gegeben, und dieses Geld wird wesentlich zeitnäher als offizielle Banktransfers in einer anderen (oder auch derselben) Währung an einem beliebigen anderen Ort des Globus mit vergleichsweise geringen Gebühren durch eine/n andere/n Hawala-Beauftragte/n der angegebenen Person ausgezahlt. Neben diesem Hawala-System gibt es andere informelle Geld- und Warentransportnetze, die z.B. im kulturellen Zusammenhang der chinesischen *Guanxi*-Verwandtschafts- und Personenbeziehungen oder des lateinamerikanischen *compadrazgo*-Patensystems organisiert werden.

Diese vielfältigen Transportmechanismen für Waren, Kapital und Dienstleistungen bewegen sich zwischen legaler Formalität (z.B. übliche Banküberweisungen), legitimer Informalität (z.B. *Hawala*-System) und klandestiner Illegalität (z.B. Geldwäsche aus illegalen Schlepper- oder Drogengeschäften). Von den auf Vertrauen basierenden Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen einfacher ArbeitsmigrantInnen bis zu den auf Macht fußenden Anweisungsstrukturen der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus bilden sich vielfältige und hochgradig ausdifferenzierte transnationale ökonomische Austauschstrukturen heraus. Effiziente Kontrollen aller dieser Transportmechanismen sind unmöglich. Je umfangreicher die informellen und die illegalen Transferformen werden, desto stärker wird das Prinzip staatlicher Souveränität und Hoheit ausgehöhlt. Neben den Nationalstaaten sind auch die internationalen Wirtschaftsunternehmen in diese komplexen Austauschstrukturen eingewoben.

So hat z.B. die *Western Union* Bank durch hohe Gebühren für Migrantenüberweisungen von den USA nach Lateinamerika profitiert – nicht zuletzt, weil auch irreguläre MigrantInnen hier Überweisungen tätigen können, ohne ein eigenes Bankkonto in den USA zu haben. Traditionelle familiär-verwandtschaftliche Netzwerkstrukturen wie die chinesischen *Guanxi* können zum Fundament für durchaus beachtliche transnationale Handelsketten und Wirtschaftsorganisationen werden. Umgekehrt können internationale Konzerne durchaus mit Absicht und strategischem Kalkül die transnationalen Strukturen organisierter Kriminalität z.B. für den Absatz und Vertrieb von (unversteuerten) Zigaretten oder die Be- bzw. Entsorgung umweltschädlicher Materialien benutzen. Konzerne werden umgekehrt auch Opfer von Bestechungs- und Schutzgeldforderungen.

Die Bedeutung transnationaler Migration zeigt sich schließlich auch für politische Parteien, Nationalregierungen und Kommunalverwaltungen in den Herkunftsländern. So führen Präsidentschaftskandidaten in Mexiko ihren Wahlkampf nicht nur zu Hause, sondern auch in den USA. Sie machen Werbetouren für Landentwicklungsprojekte in mexikanischen Kommunen bei den ArbeitsmigrantInnen in New York und werben dort für Stimmen. Ähnlich gehen senegalesische PolitikerInnen vor, die nach Paris reisen, um die dortigen ArbeitsmigrantInnen für sich und zur Beeinflussung der WählerInnen in den Herkunftsgemeinden zu gewinnen.

Transnationale Familien- und Haushaltsstrategien im Zusammenhang mit Arbeitsmigration bauen einerseits auf bereits bestehenden transnationalen Organisationen, Kommunikationsmöglichkeiten, etablierten Kanälen für Geld-, Waren- und Personenverkehr sowie auf bestehenden traditionellen sozialen Institutionen (wie der *Hawala*, den *Guanxi* oder dem *compadrazgo*) auf. Andererseits entwickeln sie diese auch weiter, tragen zu ihrer Stabilisierung und zu ihrem Formwandel bei.

Ohne globale Kommunikations- und Transportmöglichkeiten gäbe es wesentlich weniger transnationale Migration. Aber ohne transnationale Migration würde auch wesentlich weniger ‚Funktionsmasse‘ für die Stabilisierung globaler Kommunikations- und Transportmöglichkeiten bestehen. Gleichzeitig gilt, dass internationale Migration schon immer in erster Linie familiäre Migration war.

Familien in Migration – Migration in Familien

„Für eine lange Zeit war die Familie die vergessene Form der Migration.“ (3) Internationale Migrationsprozesse wurden und werden vorwiegend als die Bewegung von Individuen über nationalstaatliche Grenzen hinweg untersucht. Berücksichtigt man, dass sehr viele Migrationstheorien auf der Grundlage ökonomischer Betrachtungsweisen entwickelt wurden, so ist dieser Umstand nicht verwunderlich. Denn die meisten ökonomischen Theorien basieren auf einem Menschenbild des *homo oeconomicus* und modellieren individuelle Entscheidungen. Die Dominanz individualistischer Erklärungsansätze wird auch verständlich angesichts der Tatsache, dass der allergrößte Teil der weltweiten internationalen MigrantInnen – je nach Definition etwa drei Viertel bis vier Fünftel – ArbeitsmigrantInnen sind. Diese wandern tatsächlich häufig zunächst allein für befristete Arbeitsaufenthalte in ein anderes Land mit der Absicht, später in ihr Herkunftsland zurückzukehren oder aber die Familie nachzuholen.

Auch wenn also ein Großteil der internationalen Migration oberflächlich betrachtet individuell erfolgt, so ist aus soziologischer Perspektive doch immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die Entscheidungen zur Wanderung meistens kollektiv und im Familienverband getroffen werden und dass grenzüberschreitende Migration in ihrer Dynamik eng mit Familienzyklen (Geburt von Kindern, Versorgung der Elterngeneration, Einkommensgenerierung etc.) analysiert werden muss. (4) In einer wesentlich erweiterten Perspektive wird die Migrantenfamilie heute „als fließend und ständig neu zusammengesetzt und ausgehandelt, als über Raum und Zeit sich anpassende“ verstanden (IOM 2008: 154). Bei genauerer Betrachtung unterstützen die Zahlen zum internationalen Migrationsgeschehen diese Sichtweise.

Von den insgesamt etwa 200 Mio. internationalen MigrantInnen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht in dem Land lebten, in dem sie geboren wurden, ist nur eine Minderheit als jenseits familiärer Zusammenhänge wandernd zu verstehen. Solche individuelle Arbeitsmigration kommt vor allem dort vor, wo – wie etwa im Rahmen von ‚Gastarbeiter‘-Migration oder zirkulärer Migration – befristete Arbeitsaufenthalte ohne längerfristige Verwurzelung in der Ankunftsregion von den Migrierenden gewünscht und von der Ankunftsregion erwartet werden (wie etwa bei der traditionellen Gastarbeitsmigration in Deutschland, im Nahen Osten oder in südostasiatischen Ländern).

Aber der allergrößte Teil selbst solch befristeter und restringierter, formal individuellen Wanderungsbewegungen erfolgt im Rahmen von familiären Reproduktionsstrategien. Vor allem dort, wo Länder aktiv qualifizierte Arbeitskräfte anwerben, wird die Mitwanderung von ‚begleitenden Familienmitgliedern‘ ausdrücklich geduldet. Dies gilt auch für die Auslandsentsendung von Führungskräften durch Unternehmen oder von Fachkräften im Rahmen technischer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern.

Überall dort, wo Menschen in Paarbeziehungen, in Kleinfamilien oder großfamiliären Strukturen leben, werden die Entscheidungen zur Migration eines Mitglieds dieser Familien fast immer von mehreren Familienmitgliedern beeinflusst bzw. getroffen; diese Entscheidungen orientieren sich nicht nur an den Interessen des Migrierenden, sondern an den Präferenzen und Notwendigkeiten des gesamten Familienverbandes. In dieser erweiterten Perspektive ist auch die sogenannte Gastarbeiter-Migration nach Deutschland oder etwa die polnische Arbeitsmigration nach England während der 1990er Jahre und die mexikanische Arbeitswanderung in die USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast immer familiäre Migration, insofern die Wanderung Einzelner nur im familiären Kontext verstehbar und erklärbar ist.

Benutzt man solch eine breite Definition von ‚Migration im Familienkontext‘, so ist nur ein geringer Teil der internationalen Migration nicht unmittelbar familiär bestimmt. Hierzu zählt z.B. die hauptsächlich individuelle Abenteuer-Migration oder die von religiösen Verbänden stimulierte Missions-Migration. Letztere ist zwar vielleicht nicht familiär, allerdings auch nicht individuell, sondern durch Organisationen bestimmt – so wie auch die Auslandsentsendung von Führungskräften (vgl. Minssen 2009).

Berücksichtigt man, dass generell fast alle grenzüberschreitenden Wanderungsprozesse in familiäre Lebensstrategien und Entscheidungsstrukturen eingebunden sind, so lassen sich bei näherer Betrachtung vor dem Hintergrund der neueren Forschung zumindest fünf spezifische Typen der familiären Migration unterscheiden (vgl. auch IOM 2008: 155ff).

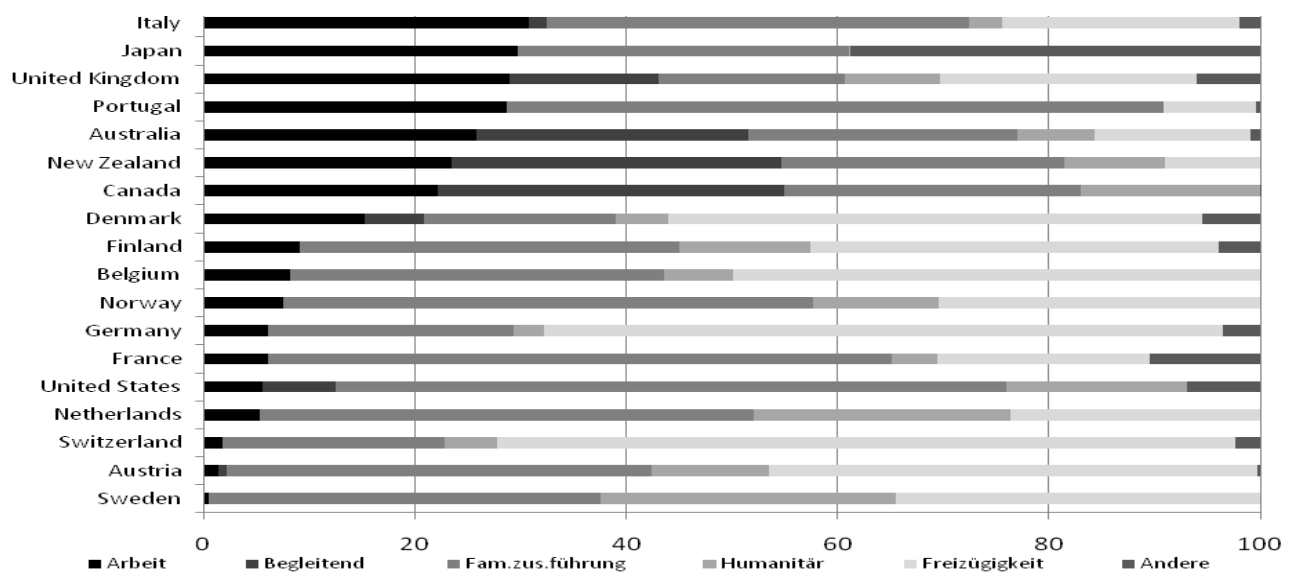
Der erste und in seiner qualitativen wie quantitativen Bedeutung herausragende Typus lässt sich als *individuelle Migration aus familiären Gründen* bezeichnen. Hierbei wandern ein oder mehrere Familienmitglieder aus Gründen und auf der Grundlage von Entscheidun-

gen, die im Wesentlichen familiärer Natur sind. Beispiele sind die klassische Gastarbeiter-Migration zum Zwecke des zusätzlichen Gelderwerbs für den Familienhaushalt im Herkunftsland oder die von der Familie beschlossene Ausbildungsmigration eines Jugendlichen.

Eine zweite Form familiärer Migration ist die sogenannte *Familienzusammenführung*. In Deutschland wurde sie vor allem ab den 1980er Jahren ermöglicht, nachdem deutlich wurde, dass aus vielen ‚GastarbeiterInnen‘ dauerhafte EinwandererInnen geworden waren. Wie Tabelle 1 verdeutlicht, ist der Nachzug von Familienmitgliedern in fast allen Einwanderungsländern quantitativ von sehr großer Bedeutung. (5) Sie macht für viele OECD-Länder ein Drittel oder sogar mehr als die Hälfte der gesamten dauerhaften Einwanderung (also jenseits von Tourismus) aus.

Ein dritter Typus familiärer Migration bezieht sich auf die sogenannten *mitreisenden Familienangehörigen*. Dieser Migrationstypus ist zahlenmäßig nicht so bedeutsam wie die bisher vorgestellten. Er tritt in der Regel bei der Migration qualifizierter Fachkräfte auf, die aufgrund ihrer Arbeitsmarktposition als Bedingung für ihre eigene Wanderung die Mitreise ihrer Familienangehörigen aushandeln können. Dieser Migrationstypus spielt in klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien eine beachtliche Rolle. Hier ist der Anteil mitreisender Familienangehöriger fast genauso groß wie der Anteil der ArbeitsmigrantInnen selbst (vgl. Tabelle 1). Mitreisende Familienangehörige fallen dagegen für die meisten EU-Mitgliedsländer kaum ins Gewicht. Dies gilt im Übrigen auch für die Kategorie der dauerhaften (individuellen) Einwanderung wegen Arbeit, in der weitgehend die erstgenannte Kategorie der *individuellen Migration aus familiären Gründen* enthalten sein dürfte. (6)

Tabelle 1: Dauerhafte EinwandererInnen nach Einwanderungskategorie 2006



2006, standardisierte Anteilswerte, für statistische Details siehe www.oecd.org/els/migration/imo2008

Ein vierter Typus familiärer Migration lässt sich als *Migration zur Familienbildung* bezeichnen. Hierzu zählen etwa die Heiraten von ArbeitsmigrantInnen mit PartnerInnen (in der Regel Ehefrauen) aus dem Herkunftsland. In diesen etwa für die Türkei und nordafrikanische Länder als Herkunftsregionen sehr wichtigen Formen familiärer Migration wechseln EhepartnerInnen aus der Herkunftsregion bzw. aus verwandtschaftlichen Netzwerken der ArbeitsmigrantInnen in das Ankunftsland (etwa Deutschland oder Frankreich) (Nauck 2001). Seit den 1990er Jahren haben auch Heiraten von Deut-

schen mit PartnerInnen aus südostasiatischen Ländern oder etwa der Karibik an Bedeutung gewonnen (Ruenkaew 2003; Lauser 2005). Da die einwandernden Menschen häufig ohne genauere Kenntnisse der Sprache und Besonderheiten des Ankunftslandes ankommen, ergeben sich nicht selten starke psychische Spannungen und innerfamiliäre Abhängigkeitsprobleme.

Eine andere Form der ‚Migration zur Familienbildung‘ entsteht, wenn TouristInnen, ArbeitsmigrantInnen oder StudentInnen bei Auslandsaufenthalten neue Partne-

innen kennen lernen und sich hieraus neue dauerhafte Beziehungen mit veränderten Migrationsabsichten ergeben. Diese Form der Migration zur Familienbildung sollte nicht unterschätzt werden. Für bestimmte kleinere Herkunftsländer und Ankunftsregionen kann sie durchaus von großem Gewicht sein. So wird berichtet, dass seit 1990 etwa 100.000 vietnamesische Frauen taiwanische Männer geheiratet haben (IOM 2008: 156). Schätzungsweise mehr als 10.000 russische Frauen migrieren jährlich zur Heirat in die USA (ebd.).

Ein fünfter Typus familiärer Migration lässt sich als *Migration unterstützter Verwandter* bezeichnen. Sie kommt vor allem in Einwanderungsländern zum Tragen, in denen die bereits länger angesiedelten Eingewanderten Verwandte zur Einwanderung vorschlagen können (etwa Geschwister oder volljährige Kinder). Dieser Typus von familiärer Migration dürfte in Zukunft für diejenigen (OECD-)Länder von größerer Bedeutung werden, die aufgrund demographischen Wandels oder anderer Faktoren dringend auf aktive Zuwanderung angewiesen sind.

Zusammengefasst zeigt sich, dass familiäre Migration insgesamt die weitaus dominante Form von grenzüberschreitender Wanderung überhaupt ist. Je nach Migrationsbedingungen und -politiken der Herkunfts- und Ankunftslander sowie der persönlichen Lebensstrategien sind die skizzierten Typen familiärer Migration jeweils von unterschiedlicher Bedeutung. Auch in Zukunft dürfte grenzüberschreitende Migration vor allem im familiären Zusammenhang erfolgen. Deshalb ist Migrationspolitik auch immer Familienpolitik, und die Familienpolitik beeinflusst die Bedingungen und Dynamiken von Migration.

Vor diesem Hintergrund erschließt sich die potentielle zukünftige Entwicklungsdynamik von transnationaler Migration. Diese kann im 21. Jahrhundert auf seit Generationen gewachsene grenzüberschreitende familiäre (und organisationale) Netzwerkstrukturen und neuerdings auch auf qualitativ und quantitativ erweiterte Transport- und Kommunikationstechnologien aufbauen. Hierdurch erweitern sich die Strukturen und Dynamiken der Internationalisierung von Vergesellschaftungsprozessen ganz erheblich.

Internationalisierung als mehrdimensionales und Mehrebenenmodell

Transnationale Migration und transnationale Familien- und Haushaltsstrategien sind eng miteinander verbun-

den und verstärken sich wechselseitig. Sie stehen in enger Wechselbeziehung zur Internationalisierung von Finanzströmen und Wirtschaftsorganisationen – auch wenn sie weniger sichtbar und schwieriger messbar sind. Für ein tieferes Verständnis der gegenwärtigen Internationalisierungsprozesse insgesamt muss diese ‚Transnationalisierung von unten‘ einbezogen werden. Die *ökonomische* Dimension von Internationalisierung – etwa in Form von Finanzkapitalflüssen – hängt eng mit der *sozialen* Dimension alltäglicher transnationaler Lebenswelten und Geldrücküberweisungen zusammen. Die *politische* Dynamik in einzelnen Nationalstaaten ist direkt verknüpft mit transnationalen sozialen und ökonomischen Faktoren wie etwa Migrantenwählerstimmen und Deviseneinnahmen aus Migration.

Schließlich bestehen in aller Regel auch Wechselwirkungen zwischen der ökonomischen, der politischen, der sozialen und der *kulturellen* Dimension von Internationalisierung, wie die ausgeführten Beispiele der *Hawala*, der *Guanxi* und des *compadrazgo*, aber auch transnationale Musik- und Kleidungsmoden zeigen. Gerade weil die ökonomische, die politische, die soziale und die kulturelle Dimension von Internationalisierungsprozessen eng miteinander verwoben sind, können auch deren Gefährdungen und Chancen nur in einer mehrdimensionalen Perspektive angemessen erörtert werden.

Neben der Differenzierung und dem Zusammendenken der ökonomischen, der politischen, der sozialen und der kulturellen Dimension von Internationalisierung ist die Unterscheidung der vielfältigen Raumbezüge von Internationalisierung wichtig. Denn selbst bei zunehmender Internationalisierung sind die konkreten alltäglichen Lebenswelten der Menschen doch immer an konkrete *Orte* und *Regionen* gebunden – sie sind nicht ‚de-lokalisiert‘, wie einige Globalisierungstheoretiker glauben machen wollen. Für viele Aspekte von Internationalisierung (z.B. für die rechtliche Rahmenordnung und die wohlfahrtsstaatlichen Teilhaberechte der Menschen) hat der ‚Containerraum‘ des *Nationalstaates* noch immer eine erhebliche und zum Teil sogar noch wachsende Bedeutung.

Jenseits der Nationalstaaten bilden sich mehr oder weniger verbindliche *supranationale* Kooperationsstrukturen heraus, die aber meistens nur eine der erwähnten Dimensionen von Internationalisierung betreffen. Hierzu zählen etwa die Organisation Afrikanischer Staaten (vorwiegend politische Dimension), der Nordamerikanische Freihandelspakt (vorwiegend ökonomische Di-

mension) und die Europäische Union (alle vier Dimensionen). Der umfassendste Raumbezug schließlich betrifft den gesamten *Globus*. Phänomene wie die Erderwärmung oder die Menschenrechte können sinnvoll nur auf dieser Ebene betrachtet werden.

Diese bisher betrachteten Raumbezüge der Internationalisierung (lokal, regional, national, supranational und global) repräsentieren ein Modell absoluter Containerräume, in dem Zwiebelringen oder den Russischen Puppen gleich kleinere Räume in größere eingeschachtelt und aufgehoben sind. In der Internationalisierungsforschung wurden aber auch noch drei Idealtypen von Raumbezügen nachgewiesen, die – beruhend auf relationalen Raumvorstellungen – gleichsam quer zu den Zwiebelringen bzw. ineinander verschachtelten Puppen gedacht werden. Unter dem Stichwort der *Glokalisierung* werden Phänomene betrachtet, die einen direkten Bezug von spezifischen Orten oder Regionen zu globalen Prozessen betreffen – etwa die Auswirkung der globalen Erderwärmung auf die Lebensbedingungen im Ganges-Flussdelta.

Als *Diaspora-Internationalisierung* wird die Ausbreitung und Intensivierung der Bezüge zwischen einem ‚Mutterland‘ und seinen räumlich weit verteilten lokalen ‚Dependancen‘ bezeichnet. Religiöse Organisationen, diplomatische Korps oder die Beziehungen politischer Flüchtlinge zu ihrem Herkunftsland entsprechen in der Regel solchen Diaspora-Beziehungen. Schließlich beschreibt *Transnationalisierung* eine idealtypische Internationalisierungsform, bei der sich ein relativ stabiler und verdichteter Sozialraum über mehrere Flächenräume (z.B. nationalstaatliche Territorien) hinweg erstreckt, ohne – wie im Falle der Diaspora – ein steuern des Zentrum aufzuweisen. Transnationale Sozialräume können im Rahmen internationaler Migrationsprozesse, aber auch aus anderen Formen internationaler Profit- oder Non-Profit-Organisationen entstehen.

Diese Beispiele zeigen: Sozialräume können sich – wie im Falle transnationaler Familien – über mehrere geographische Räume hinweg aufspannen, sie können aber auch – wie im Falle von Nationalgesellschaften in Nationalstaaten – den Russischen Puppen gleich passgenau ineinander verschachtelt sein. Im 19. und 20. Jahrhundert herrschte ein absolutes Raumdenken vor. Danach sind geographisch-physische Flächenräume (als souveräne und geschlossene nationalstaatliche Territorien) und Sozialräume menschlicher Verflechtungsbeziehungen ‚doppelt exklusiv ineinander verschachtelt‘: In einem Flächenraum (als nationalstaatli-

chem Territorium) kann es nur einen und genau einen Sozialraum (als sozial, kulturell und politisch homogen verfasste Nationalgesellschaft) geben. Umgekehrt benötigen dieser Anschauung zufolge dauerhafte Sozialräume immer genau einen kohärenten Flächenraum.

Wenn sich die Beziehungen zwischen solchen nationalgesellschaftlichen Containerräumen intensivieren (ohne dass sich die Grenzen der nationalen Container auflösen), so kann man vom Idealtypus einer *Inter-Nationalisierung* sprechen (z.B. im Fall der UNO oder OECD). Dehnt sich der geographische und sozialräumliche Bezugshorizont einfach nur aus (ohne dass es zu einer ‚Entbettung‘ von Sozialraum und Flächenräume), so kann man idealtypisch von der Internationalisierungsebene der *Supranationalisierung* sprechen (wie z.B. im Falle der EU).

Bezieht sich diese flächen- und sozialräumliche Ausdehnung auf die gesamte Welt, so kann man dies als Idealtypus *Globalisierung* bezeichnen. Reklamieren regionalistische Bewegungen innerhalb bestehender Containerstaaten den nationalstaatlich-nationalgesellschaftlichen Raumbezug für sich, so entspricht dies dem Idealtypus einer *Re-Nationalisierung* (solche Tendenzen sind auch im 21. Jahrhundert und bei der Gleichzeitigkeit von Globalisierungsprozessen zu beobachten, wie die Beispiele des Irak oder die Spannungen zwischen der VR China und Taiwan zeigen).

In der Perspektive eines relationalen Raumkonzeptes müssen Flächenräume und Sozialräume nicht unbedingt in einer doppelten Ausschließlichkeit ineinander verschachtelt sein. Vielmehr kann sich ein Sozialraum über mehrere Flächenräume hinweg erstrecken, oder es können in einem Flächenraum mehrere Sozialräume ‚aufgeschichtet‘ sein. Als Idealtypen der Internationalisierung lassen sich die bereits erwähnten Formen der Glokalisierung, Diaspora-Internationalisierung und Transnationalisierung nennen.

Betrachtet man Internationalisierung tatsächlich als mehrdimensionales und Mehrebenenmodell, so zeigen sich vielfältige und häufig auch widersprüchliche Muster grenzüberschreitender Verflechtungsbeziehungen. Supranationale, globale, inter-nationale, re-nationalisierte, globale, diasporische und transnationale Beziehungen bestehen nebeneinander und sind ineinander verwoben. Nimmt man dieses *pluridimensionale Mehrebenensystem* ernst, so wird die weitere Internationalisierung wahrscheinlich weder zu einer Weltregie-

rung nach dem nationalstaatlichen Muster noch zum gesetzlosen Dschungelkapitalismus führen.

Ihre Konturen wird diese *Governance der Internationalisierung* nicht zuletzt aus den Visionen und Strategien der unterschiedlichen international vernetzten Akteursgruppen gewinnen. (7) Die damit geforderte soziale Innovation ist die vielleicht größte Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Transnationale Migration wird dabei eine wichtige Triebkraft sein.

Endnoten

- (1) Teile der folgenden Ausführungen wurden in gekürzter Form veröffentlicht in: *Le Monde Diplomatique*, No. 4/2008, 20-25; ich danke Patricia Pielage für Hilfe bei der Literaturrecherche.
- (2) Für die Migration zwischen Polen und Deutschland vgl. z.B. Palenga-Möllnbeck 2005.
- (3) IOM 2008: 153; Übersetzung L.P.; vgl. auch Pflegerl/Trnka 2005.
- (4) Vgl. in klassischer Weise schon Thomas/Znaniacki 1958; neuerdings Boyd 1989; Nauck/Settles 2001.
- (5) In sehr vielen Verfassungen von Nationalstaaten und durch die Menschenrechte (Artikel 12) ist die Familie als eine wesentliche Grundeinheit von Gesellschaften besonders geschützt. Deshalb ist das Recht auf Familienzusammenführung nur in äußerst restriktiven ‚Gastarbeiter‘-Ländern wie im Nahen Osten oder in Südostasien gegenwärtig (noch) stark eingeschränkt.
- (6) Allerdings sind hier auch die Fälle der individuellen Migration ohne familiäre Gründe einbezogen, weil diese Unterscheidung zwar für den hier interessierenden Zusammenhang von Familie und Migration relevant ist, aber keine Entsprechung in den OECD-Kategorien hat; vgl. OECD 2008: 35ff.
- (7) Für den Bereich der grenzüberschreitenden Regulierung von Arbeit, Beschäftigung und Partizipation vgl. Pries 2010.

Literatur

Bade, Klaus J. (Hrsg.) (1992): *Deutsche im Ausland. Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*. München: C.H. Beck.

Boyd, Monica (1998): *Family and personal networks in international migration*. In: *International Migration Review* 23.3.638-670.

IOM (International Organisation for Migration) (2008): *World Migration 2008. Managing Labour Mobility in the Evolving Global Economy*. Geneva: IOM.

Klein, Thomas (Hrsg.) (2001): *Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe*. Opladen: Leske+Budrich.

Lauser, Andrea (2005): *Transnationale Subjekte zwischen Deutschland und Philippinen: ethnologischen Perspektiven am Beispiel philippinischer Heiratsmigration*. In: *Zeitschrift für Ethnologie* 130.2. 273-292.

Minssen, Heiner (2009): *Bindung und Entgrenzung. Eine Soziologie international tätiger Manager*. München/Mering: Hampp.

Nauck, Bernhard/Settles, BarbaraH. (2001): *Immigrant and ethnic minority families: An introduction*. In: *Journal of Comparative Family Studies* 32.4. 461-464.

Nauck, Bernhard (2001): *Generationenbeziehungen und Heiratsregimes – theoretische Überlegungen zur Struktur von Heiratsmärkten und Partnerwahlprozessen am Beispiel der Türkei und Deutschland*. In: Klein (Hrsg.): 35-55.

Nowicka, Magdalena (Hg.) (2007): *Von Polen nach Deutschland und zurück. Die Arbeitsmigration und ihre Herausforderungen für Europa*. Bielefeld: Transcript.

OECD (Organisation For Economic Cooperation And Development) (2008): *International Migration Outlook. Annual Report 2008 Edition*. Paris: OECD.

Palenga-Möllnbeck, Ewa (2005): *„Von Zuhause nach Zuhause“ – Transnationale Sozialräume zwischen Oberschlesien und dem Ruhrgebiet*. In: Pries(2005): 227-250.

Pflegerl, Johannes/Trnka, Sylvia (Hrsg.) (2005): *Migration and the Family in the European Union*. Wien: ÖIF (Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung). Heft 13.

Pries, Ludger (2010): *Erwerbsregulierung in einer globalisierten Welt*. Wiesbaden: VS Verlag.

Pries, Ludger (2008): *Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Pries, Ludger (2007): *Migration und transnationale Inkorporation in Europa*. In: Nowicka (2007):109-132.

Pries, Ludger (2006): *Verschiedene Formen der Migration – verschiedene Wege der Integration*. In: *neue praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik*. Sonderheft 8. 2006.19-28.

Pries, Ludger (Hrsg.) (2005): Zwischen den Welten und amtlichen Zuschreibungen. Neue Formen und Herausforderungen der Arbeitsmigration im 21. Jahrhundert (2005). Essen: Klartext-Verlag.

Pries, Ludger (1998): 'Transmigranten' als ein Typ von Arbeitswanderern in pluri-lokalen sozialen Räumen. Das Beispiel der Arbeitswanderungen zwischen Puebla/Mexiko und New York. In: Soziale Welt 49. 1998. 135-150.

Pries, Ludger (Hrsg.) (1997): Transnationale Migration. (Soziale Welt Sonderband 12). Baden-Baden: Nomos.

Ruenkaew, Pataya (2003): Heirat nach Deutschland. Motive und Hintergründe thailändisch-deutscher Eheschließungen. Frankfurt/New York: Campus.

Smith, Roy (1997): Reflections on Migration, the State and the Construction, Durability and Newness of Transnational Life. In: Pries (1997): 197-220.

Thomas, William I./Znaniecki, Florian (1958): The Polish Peasant in Europe and America. Vol. 2. New York: Dover Publications (Originalausgabe 1918 1921).

World Bank (2006): Global Economic Prospects. Economic Implications of Remittances and Migration. Washington: World Bank.

Ludger Pries ist Professor für Soziologie/Ruhr-Universität Bochum. Forschungs-/Lehraufenthalte in Brasilien, Mexiko, Spanien, USA. Arbeitsschwerpunkte: Organisations-, Arbeits- und Erwerbssoziologie, Transnationalisierungsforschung und Migrationssoziologie.

Saskia Sassen

The Making of Transnationalisms by Localized People and Organizations

Globalisation, the new digital network technologies, and the international human rights regime have each contributed to the creation of operational and legal openings for non-state actors to enter international arenas that were once the exclusive domain of national states. Various, often as yet very minor, developments signal that the state is no longer the exclusive subject of international law or the only actor in international relations. Other actors—from NGOs and indigenous peoples to immigrants and refugees who become objects of adjudications in human rights decisions—are increasingly emerging as subjects of international law and actors in international relations. That is to say, these non-state actors can gain visibility in international fora as individuals and as collectivities, emerging from the invisibility of aggregate membership in a nation-state exclusively represented by the sovereign.

One way of interpreting this is in terms of an incipient unbundling of the exclusive authority over territory and people that we have long associated with the national state. The most strategic instantiation of this unbundling is probably the global city, which operates as a partly denationalised platform for global capital and, at the same time, is emerging as a key site for the most astounding mix of people from all over the world and of causes. The growing intensity of transactions among major cities is creating a strategic cross-border geography that partly bypasses national states. The new network technologies further strengthen these transactions, whether they are electronic transfers of specialised services among firms or Internet-based communications among the members of globally dispersed diasporas and interest groups.

Do these developments contribute to the expansion of a global civil society? These cities and the new strategic geographies that connect them and bypass national states can be seen as constituting part of the infrastructure for global civil society. They do so from the bottom up, through multiple microsites and microtransactions. Among them are a variety of organisations focused on trans-boundary issues concerning immigration, asylum, international women's agendas, anti-globalisation struggles, and many others. While these are not neces-

sarily urban in their orientation or genesis, they tend to converge in cities. The new network technologies, especially the Internet, ironically have strengthened the urban map of these trans-boundary networks. It does not have to be that way, but at this time cities and the networks that bind them function as an anchor and an enabler of cross-border struggles. These same developments and conditions also facilitate the internationalising of terrorist and trafficking networks; it is not clear how these fit into global civil society.

Global cities are, then, thick enabling environments for these types of activities, even though the networks themselves are not urban per se. In this regard, these cities help people experience themselves as part of global non-state networks as they live their daily lives. They enact global civil society in the micro-spaces of daily life rather than on some putative global stage.

The Ascendancy of Sub- and Transnational Spaces and Actors

The key nexus in this configuration is that the weakening of the exclusive formal authority of states over national territory facilitates the ascendancy of sub- and transnational spaces and actors in politico-civic processes. These are spaces that tended to be confined to the national domain or that have evolved as novel types in the context of globalisation and digitisation. This loss of power at the national level produces the possibility of new forms of power and politics at the sub-national level and at the supra-national level. The national as container of social process and power is cracked. This cracked casing opens up a geography of politics and civics that links subnational spaces. Cities are foremost in this new geography. The density of political and civic cultures in large cities localises global civil society in people's lives. We can think of these as multiple localisations of civil society that are global in that they are part of global circuits and trans-boundary networks.

The organisational side of the global economy materialises in a worldwide grid of strategic places, uppermost among which are major international business and financial centres. We can think of this global grid as constituting a new economic geography of centrality,

one that cuts across national boundaries and increasingly across the old North-South divide. It has emerged as a transnational space for the formation of new claims by global capital but also by other types of actors. The most powerful of these new geographies of centrality at the inter-urban level bind the major international financial and business centres: New York, London, Tokyo, Paris, Frankfurt, Zurich, Amsterdam, Los Angeles, Sydney, Hong Kong, among others. But this geography now also includes cities such as Sao Paulo, Shanghai, Bangkok, Taipei, and Mexico City. The intensity of transactions among these cities, particularly through the financial markets, transactions in services, and investment, has increased sharply, and so have the orders of magnitude involved.

Economic globalisation and telecommunications have contributed to produce a space for the urban which pivots on de-territorialised cross-border networks and territorial locations with massive concentrations of resources. This is not a completely new feature. Over the centuries cities have been at the intersection of processes with supra-urban and even intercontinental scaling. Ancient Athens and Rome, the cities of the Hanseatic League, Genoa, Venice, Bagdad, Cairo, Istanbul, all were at the crossroads of major dynamics in their time (Braudel 1984). What is different today is the coexistence of multiple networks and the intensity, complexity, and global span of these networks. Another marking feature of the contemporary period, especially when it comes to the economy, is the extent to which significant portions of economies are now dematerialised and digitised and hence can travel at great speeds through these networks. Also new is the growing use of digital networks by a broad range of often resource-poor organisations to pursue a variety of cross-border initiatives. All of this has increased the number of cities that are part of cross-border networks operating on often vast geographic scales. Under these conditions, much of what we experience and represent as the local level turns out to be a micro-environment with global span.

The new urban spatiality thus produced is partial in a double sense: it accounts for only part of what happens in cities and what cities are about, and it inhabits only part of what we might think of as the space of the city, whether this be understood in terms as diverse as those of a city's administrative boundaries or in the sense of the public life of a city's people. But it is nonetheless one way in which cities can become part of the live infrastructure of global civil society.

The space constituted by the worldwide grid of global cities, a space with new economic and political potentialities, is perhaps one of the most strategic spaces for the formation of transnational identities and communities. This is a space that is both place-centred in that it is embedded in particular and strategic cities, and trans-territorial because it connects sites that are not geographically proximate yet are intensely connected to each other. It is not only the transmigration of capital that takes place in this global grid but also that of people, both rich—i.e., the new transnational professional workforce—and poor—i.e., most migrant workers; and it is a space for the transmigration of cultural forms, for the re-territorialisation of 'local' subcultures. An important question is whether it is also a space for a new politics, one going beyond the politics of culture and identity while likely to remain at least partly embedded in it. One of the most radical forms assumed today by the linkage of people to territory is the loosening of identities from their traditional sources, such as the nation or the village. This unmooring in the process of identity formation engenders new notions of community of membership and of entitlement.

Immigration is one major process through which a new transnational political economy is being constituted, one which is largely embedded in major cities in so far as most immigrants are concentrated in major cities. It is, on my reading, one of the constitutive processes of globalisation today, even though not recognised or represented as such in mainstream accounts of the global economy. It becomes in more and more cities part of a massive demographic transition towards a growing presence of women, native minorities, and immigrants in the population.

Global capital and immigrants are two major instances of transnationalised actors that have cross-border unifying properties internally and find themselves in conflict with each other inside global cities. The leading sectors of corporate capital are now global in their organisation and operations. And many of the disadvantaged workers in global cities are women, immigrants, people of colour—men and women whose sense of membership is not necessarily adequately captured in terms of the national, and who indeed often evince cross-border solidarities around issues of substance. Both types of actors find in the global city a strategic site for their economic and political operations. We see here an interesting correspondence between great concentrations of corporate power and large concentrations of 'others'.

Large cities in both the global South and the global North are the terrain where a multiplicity of globalisation processes assume concrete, localised forms. A focus on cities allows us to capture, further, not only the upper but also the lower circuits of globalisation. These localised forms are, in good part, what globalisation is about. Further, the thickening transactions that bind cities across borders signal the possibility of a new politics of traditionally disadvantaged actors operating in this new transnational economic geography. This is a politics that arises out of actual participation by workers in the global economy, but under conditions of disadvantage and lack of recognition, whether as factory workers in export-processing zones or as cleaners on Wall Street.

Peoples' Networks: Micro-Politics for Global Civil Society

The cross-border network of global cities is a space where we are seeing the formation of new types of 'global' politics of place which contest corporate globalisation. The demonstrations by the anti-globalisation movement signal the potential for developing a politics centred on places understood as locations on global networks. This is a place-specific politics with a global span. It is a type of political work deeply embedded in people's actions and activities but made possible partly by the existence of global digital linkages. These are mostly organisations operating through networks of cities and involving informal political actors –that is, actors who are not necessarily engaging in politics as citizens narrowly defined, where voting is the most formalized type of citizen politics. Among such informal political actors are women who engage in political struggles in their capacity as mothers, anti-globalization activists who go to a foreign country as tourists but to do citizen politics, and undocumented immigrants who join protests against police brutality.

What matters for my analysis here is that these activists engage in 'non-cosmopolitan' forms of global politics. The distinction brings to the fore a range of types of politics that are global but not necessarily cosmopolitan –they are embedded in thick local realities and struggles. Partly enabled by the Internet, activists can develop global networks for circulating not only information (about environmental, housing, political issues, etc.) but also political work and strategies. Yet they remain grounded in very specific issues and are often focused on their localities even as they operate as part of global networks. There are many examples of such a new type of cross-border political work. For instance,

the Society for Promotion of Area Resource Centres (SPARC), started by and centred on women, began as an effort to organise slum dwellers in Bombay to get housing. Now it has a network of such groups throughout Asia and some cities in Latin America and Africa. This is one of the key forms of critical politics that the Internet can make possible: a politics of the local with the big difference in that these are localities connected with each other across a region, a country, or the world. Although the network is global, this does not mean that it all has to happen at the global level.

The Forging of New Political Subjects

The mix of focused activism and local/global networks creates conditions for the emergence of at least partly transnational identities. The possibility of identifying with larger communities of practice or membership can bring about the partial unmooring of national identity. While this does not necessarily neutralise attachments to a country or national cause, it does shift this attachment to include trans-local communities of practice and/or membership. This is a crucial building block for a global civil society that can incorporate the micro-practices and micro-objectives of people's daily lives as well as their political passions. The possibility of transnational identities emerging as a consequence of this thickness of micro-politics is important for strengthening global civil society; the risk of nationalisms and fundamentalisms is, clearly, present in these dynamics as well.

The affective connections that people establish and maintain with one another in the context of a growing transnational civil society is a kind of citizenship, in the sense of membership. It shapes identities and commitments that arise out of cross-border affiliations, especially those associated with oppositional politics; but it also can include the corporate professional circuits that are increasingly forms of partly de-territorialised global cultures. These identities and commitments can be of an elite and cosmopolitan nature or they can be very focused and with specific objectives. Many aspects of the global environmental movement as well as the human rights movement are actually rather focused and illustrate these emergent cross-border identities in that these activists tend to identify more strongly with the global movement than with their national state. There are elements of this also in many women's organisations; MADRE and its affiliates in Central America is a good example..

Yet another type of trend is the emergence of transnational social and political communities constituted through trans-border migration. These begin to function as bases for new forms of citizenship identity to the extent that members maintain identification and solidarities with one another across state territorial divides. These are, then, identities that arise out of networks, activities, ideologies that span the home and the host societies. A key dynamic becoming evident among some of the organisations we studied is a shift away from the type of bi-national experience that most of the migration literature on the subject describes, towards a more diffuse condition of globally constituted diasporic networks. The orientation ceases to be confined to one's community of residence and one's community of origin, and shifts towards multiple immigrant communities of the same nationality or ethnicity wherever they might be located. The Internet has played a crucial role in making this possible. It is, perhaps, this type of network that best captures the notion of diasporic networks as enabling participation in and contribution to global civil society. Though of a very different sort from those that concern me here, diasporic networks can also enable the formation of international organised terrorism and certain types of ethnic-based cross-border trafficking networks.

Some of these organizations and networks begin to generate a global sense of solidarity and identification, partly out of humanitarian convictions. Notions of the ultimate unity of human experience are part of a long tradition. Today there are also more practical considerations at work, as in global ecological interdependence, economic globalisation, global media and commercial culture, all of which create structural interdependencies and senses of global responsibility.

Towards Denationalised Citizenship, Practices, and Identities

How do we interpret these types of developments in ways that help us understand their implications for global civil society? One way is to explore what they tell us about modern nation-based citizenship in so far as the existence of a global civil society requires the possibility of an at least partial reorientation towards objectives that are not exclusively geared towards one's nation-state. Yet global civil society would be severely weakened if it were to become completely disconnected from the substantive notion of citizenship as a complex condition predicated on formal rights and obligations

configured in ways that negotiate individual and shared interests and needs.

Most of the scholarship on citizenship has claimed a necessary and exclusive connection to the national state, thereby neutralising the meaning and significance of the types of citizenship practices and emergent identities discussed earlier. The transformations afoot today alter the conditions which in the past fed that connection and thereby weaken the proposition of a necessary connection of citizenship to the national state. If this is indeed the case, then we need to ask whether national conceptions of citizenship exhaust the possible range of experiences and aspirations that today denote citizenship. It is becoming evident that, far from being unitary, the institution of citizenship has multiple dimensions, only some of which might be inextricably linked to the national state.

The context of this possible transformation is defined by the two major, partly interconnected conditions. One is the change in the position and institutional features of national states since the 1980s resulting from various forms of globalisation, ranging from economic privatisation and deregulation to the increased prominence of the international human rights regime. Among the consequences of these developments is the ascendance of sub-national and transnational spaces for politics. The second is the emergence of multiple actors, groups, and communities partly strengthened by these transformations in the state and increasingly unwilling to automatically identify with a nation as represented by the state.

Key elements in this shift are the issues discussed in the preceding section which shows how the growth of the Internet and linked technologies has facilitated and often enabled the formation of cross-border networks. These networks can be among individuals and groups with shared interests that may be highly specialised, as in professional networks, or involve particularised political projects, as in human rights and environmental struggles or the diasporic networks and immigrant organisations. This has engendered or strengthened alternative notions of community of membership. These experiences and orientations of citizenship may not necessarily be new; in some cases they may well be the result of long gestations or features that were there since the beginning of the formation of citizenship as a national institution, but are only now evident because strengthened and rendered legible by current developments.

One of the implications of these developments is the possibility of post-national forms of citizenship. The emphasis in that formulation is on the emergence of locations for citizenship outside the confines of the national state. The European passport is, perhaps, the most formalised of these. But the emergence of a re-invigorated cosmopolitanism and a proliferation of trans-nationalisms have been key sources for notions of post-national citizenship. Whether it is the organisation of formal status, the protection of rights, citizenship practices, or the experience of collective identities and solidarities, the nation state is not the exclusive site for their enactment. It remains by far the most important site, but the transformations in its exclusivity signal a possibly important new dynamic.

There is a second dynamic becoming evident that, while sharing aspects with post-national citizenship, is usefully distinguished from it in that it concerns specific transformations inside the national state which directly and indirectly alter specific aspects of the institution of citizenship (Sassen 2008: chs 6, 7 and 8). These transformations are not necessarily predicated on a relocating of citizenship components outside the national state, as is key to conceptions of post-national citizenship. Two instances are changes in the law of nationality entailing a shift from exclusive allegiance to one nation-state to dual nationality, and enabling legislation allowing national courts to use international instruments, notably from the human rights regime. These are transformations inside the national state. More encompassing changes, captured in notions of privatisation and shrinking welfare states, signal a shift in the relationship of citizens to the state that can be described as a growing distance between the citizen and the state. Similarly, the widespread constitutionalising of the right to take one's government to court for failure to fulfil its obligations has also changed the relationship of citizens to their national states in the sense that they create a legally sanctioned possibility of separation of interests. All of these micro-shifts begin to weaken the foundational proposition of liberal democracy that the state is the people and the people are the state.

These and other developments all point to impacts on citizenship that take place *inside* formal institutions of the national state. It is useful to distinguish this second dynamic of transformation inside the national state from post-national dynamics because most of the scholarship on citizenship has failed to make this distinction. The focus has almost exclusively been on post-national citizenship, either by opposing or accepting it or by

interpreting these trends as post-national (for a full discussion of the literature please see Sassen 2008: ch 6). In my own work I have conceptualised these trends as a de-nationalising of particular aspects of citizenship to be distinguished from post-national developments.

The materials presented here on global cities and activist/diasporic networks fall into this second type of conception of changes in the institution of citizenship. These are mostly not post-national in their orientation: they are either sub-national, or they are about third issues where shared nationality, as in immigrant organisations, is the bonding element even though the objective of the organization or struggle may have little to do with nationality per se but rather with work, exploitation and so on. Further, they do not scale at the national level: these are micro-politics or micro-initiatives enacted in sub-national spaces that are part of cross-border networks connecting multiple such sub-national spaces.

Though often talked about as a single concept and experienced as a unitary institution, citizenship actually describes a number of discrete but related aspects in the relation between the individual and the polity. Current developments are bringing to light and accentuating the distinctiveness of these various aspects, from formal rights to psychological dimensions. These developments also bring to the fore the tension between citizenship as a formal legal status and as a normative project or an aspiration. Again, current conditions have led to a growing emphasis on claims and aspirations that go beyond the formal legal definition of rights and obligations. The last few years have witnessed a renewed determination by multiple organisations and individuals to play a role in this changed world. Many of the groups mentioned here do not necessarily have a particularly strong sense of gratitude to either their country of origin or that of immigration. Others have a generalised critical stance towards the major trends evident in the world, including their countries of origin, which also reorients their sense of attachment. It suggests that the building blocks for Global Civil Society are to a considerable extent micro-sites in people's daily lives.

For the development of notions of citizenship that can strengthen global civil society directly, it is important to question the assumption that people's sense of citizenship in liberal democratic states is fundamentally and exclusively characterised by nation-based frames. Non-formal identities and practices need to be taken into

account along with formal developments such as European Union citizenship and the growth of the international human rights regime. In so far as legal and formal developments have not gone very far, we cannot disregard experiences of identity and of citizens' practices which partly re-map the geography of citizenship. This deconstruction of citizenship feeds notions of citizenship not based on the nation-state, whether understood in narrow political terms or broader sociological and psychological terms. The growing prominence of the international human rights regime has played an important theoretical and political role in strengthening these conceptions even as it has underlined the differences between citizenship rights and human rights.

In my research I find two elements that further feed these developments. One is the strengthening, including the constitutionalising, of civil rights which allow citizens to make claims against their states and allow them to invoke a measure of autonomy in the formal political arena that can be read as a growing distance between the formal apparatus of the state and the institution of citizenship. Instances that capture this are lawsuits filed by citizens against particular state agencies, notably the police and the Immigration and Naturalization Service in the case of the U.S. The implications, both political and theoretical, of this dimension are complex and in the making: we cannot tell what will be the practices and rhetorics that might be invented.

The other is the granting, by national states, of a whole range of 'rights' to foreign actors, largely and especially economic actors—foreign firms, foreign investors, international markets, foreign business people (see Sassen 1996: Ch. 2; 2008: ch 5). Admittedly, this is not a common way of framing the issue. It comes out of my particular perspective about the impact of globalisation and denationalisation on the national state, including the impact on the relation between the state and its own citizens, and between the state and foreign actors. I see this as a significant, though not widely recognised development in the history of claim-making. For me the question as to how citizens should handle these new concentrations of power and 'legitimacy' that attach to global firms and markets is a key to the future of a de-

mocratic transnationalism. My efforts to detect the extent to which the global is embedded and filtered through the national (e.g. the concept of the global city) is one way of understanding whether this can enable citizens, still largely confined to national institutions, to demand transnational accountability—for instance, to demand accountability of multinational corporations through national institutional channels rather than having to wait for a 'global' state. Herein would also lie a key element for participation in and the further constituting of global civil society through sub-national initiatives that are part of cross-border dynamics or issue-oriented global networks.

These new conditions may well signal the possibility of new forms of citizenship practices and identities that can allow large numbers of localised people and organisations to become part of global civil society. Through these practices new understandings of what citizenship is about and can aspire to are being constituted. Cities and cross-border networks are two key sites for this type of engagement. After the long historical phase that saw the ascendancy of the national state and the scaling of key economic dynamics at the national level, we now see the ascendancy of sub- and transnational spaces. The city is once again today a scale for strategic economic and political dynamics. Many of the disadvantaged concentrated in cities can become part of this global civil society even as they remain confined to their localities and to some extent absorbed by problems and struggles that are not cosmopolitan.

This essay is based on Sassen: Territory, Authority, Rights (Princeton Univ Press 2008, chapters 5, 7 and 8); German translation: Das Paradox des Nationalen (Suhrkamp 2008).

Saskia Sassen is Robert S. Lynd Professor of Sociology and co-chairs The Committee on Global Thought, Columbia University. Her research focuses on globalization, immigration, global cities, the new technologies, and changes within the liberal state that result from current transnational conditions.

Thomas Faist

Transnationalism: Migrant Incorporation beyond Methodological Nationalism

“Transnationalism” entered the lexicon of migration studies in the early 1990s, over a century after earlier generations of migration researchers had introduced and made extensive use of the concept of assimilation. It did so in rather different circumstances, for whereas assimilation gained currency with relatively little reflection or debate at the moment that migration research was in its early formative period, transnationalism entered a well-developed sociological subfield dealing with migrant incorporation. Several principal advocates assertively promoted the concept, which was rather quickly embraced by many scholars. However, it was also confronted by sceptics. The result is that the concept has undergone substantial revision since its earliest formulations, the consequence of an often-spirited dialogue (see Levitt and Jaworsky 2007). Over time, the debate around transnationalism in migration has concerned broader issues in the social sciences, such as nationalism, political power, methodological nationalism and essentializing ethno-cultural groups.

Those scholars who initially embraced the idea of transnational migration did so because of a conviction that it was necessary to capture the distinctive and characteristic features of the new immigrant streams and groups that have developed in the advanced industrial nations at the core of the capitalist world system. The term has emerged and evolved at a time characterized by high levels of labour migration from economically less developed nations to the most developed, and from similarly high levels of political refugees fleeing conflicts and instability in former communist and Third World nations.

The influx of these new labour migrants and refugees has reshaped, not only nation-states with long histories of immigration, the settler states of the United States, Canada, and Australia, but also states that have not been notable as immigrant receiving nations in the earlier phases of industrialization, those of Western Europe and to a lesser extent, Japan. The high levels of immigration, the new locales of settlement, reshaped ethno-cultural mixes, changes in the nature of capitalist economies in a new (post-)industrial epoch, changes in the meaning and significance attached to the idea of

citizenship, and the potency of a globalized popular culture have contributed to the conviction that what is novel about the present requires equally novel conceptual tools if we are to make sense of the impact of the new international migration on the receiving, transition and sending countries.

This overview proceeds by examining: (1) the initial conceptualizations of the transnational perspective on migration and efforts at systematization; (2) discussions around contentious issues regarding past vs. present transnationalism, the extent of transnationalism among migrants, and transnationalism, states and politics; and, finally (3) venues for further research through a transnational lens.

Transnational social formations – also called fields or spaces – consist of combinations of social and symbolic ties and their contents, positions in networks and organisations, and networks of organisations that cut across the borders of at least two national states. In other words, the term refers to sustained and continuous pluri-local transactions crossing state borders. Most of these formations are located in between the life-world of personal interactions, on the one hand, and the functional systems of differentiated spheres or fields, such as the economy, polity, law, science and religion, on the other hand. The smallest element of transnational social formations is transactions, that is, bounded communications between social agents such as individual persons. More aggregated levels encompass groups, organisations and firms. It is an empirical question whether such transnational transactions are global or regional.

Initial Conceptualizations

Transnational approaches certainly do not form a coherent theory or set of theories. They can be more adequately described as a perspective, which has found entry into the study of manifold cross-border phenomena. We can delineate several generations of transnational scholarship but focus mostly on those which are relevant for migration research. A first precursor to the use of the concept in migration research, flourishing in the late 1960s and 1970s, asked about the emergence, role and impact of large-scale, cross-

border organizations. This literature, steeped in the field of International Relations, focused its attention on interdependence between states, resulting from the existence and operations of powerful non-state actors, such as multinational companies (Keohane and Nye 1977). Curiously, the interest in this transnational approach quickly disappeared with the onset of debates on globalization from the late 1970s onwards. Perhaps this demise was related to the fact that globalization studies re-centred the interest to how national political economies were reshaped by ever growing capital flows across borders. Almost two decades later, transnational ideas took root again in a very specific field – international or cross-border migration – and with a decided focus on the agency of a particular type of agent, migrants. It was in social anthropology and later sociology that this lens took hold. This approach dealt with dense and continuous ties across the borders of nation-states, which concatenate into social formations.

The initial phase ran from the early 1990s until the dawn of the new century. While a number of scholars contributed to this development, cultural anthropologist Nina Glick Schiller and her colleagues Linda Basch and Christina Szanton Blanc provided the pioneering impetus (Basch et al. 1994). Based on this foundation, a number of scholars have contributed to a further elaboration of types of transnational practices, and provided typologies of transnational practices and spaces.

Transnationalism as a New Mode of Incorporation: Glick Schiller and Colleagues

Glick Schiller et al. made two initial points, one historical and the other theoretical. Historically, they contended that there is something qualitatively different about immigrants today compared to their late nineteenth and early twentieth century counterparts. Glick Schiller viewed this earlier era's immigrants as having broken off all homeland social relations and cultural ties, thereby locating themselves solely within the socio-cultural, economic, and political orbit of the receiving society. By contrast, she contended, today's immigrants are composed of those whose networks, activities, and patterns of life encompass both their host and home societies. Their lives cut across national boundaries and bring two societies into a single social field.

From this historical comparison, Glick Schiller et al. offered a rationale for a new analytic framework, making a case for the introduction of two new terms: "transnationalism" and "transmigrants." The former refers to "the process by which immigrants build social fields that

link together their country of origin and their country of settlement," while the latter refers to the "immigrants who build such social fields" by maintaining a wide range of affective and instrumental social relationships spanning borders (Basch et al. 1994: 27). Implicitly, the introduction of these new concepts suggested that existing theoretical frameworks are not up to the task of analyzing the new immigrants.

To make their case, the authors presented vignettes. One of them involved a Haitian hometown association located in New York City. While the activities of the association clearly have something to do with immigrant adjustment, it has also initiated various projects in Haiti. This, Glick Schiller and her colleagues contended, distinguishes contemporary mutual aid societies from those in the past, which they argued were solely designed to address the adjustment needs of the immigrants themselves (Basch et al. 1994: 145-224).

Another example involved white-collar Grenadian immigrants being addressed by Grenada's Minister of Agriculture and Development: Immigrants are at once both Grenadian citizens with an ability to influence friends and relatives who have remained in the homeland and American ethnics capable of undertaking efforts to shape economic and political decisions in the host society. The third example looked to Filipinos and the *Balikbayan* box, a formalized and regulated form of remittance. This illustration suggests that remittances are not new, but that homeland governments are increasingly likely to embrace their expatriate communities when such an embrace can be economically beneficial.

From these illustrations, the authors made two main conceptual points. First, social science must become "unbound." The argument is that the problem with theories operating as closed systems in which the unit of analysis is ultimately the national state is that they fail to provide room for the wider field of action occupied by contemporary immigrants. Thus, Glick Schiller et al. argued for the necessity of recasting theory from the national to a global systems perspective. They stressed that transnationalism is the product of world capitalism that has produced economic dislocations making immigrants economically vulnerable (Basch et al. 1994: 30-34). While sympathetic to the discussions of transnationalism as cultural flows, seen in the work of scholars such as Arjun Appadurai and Ulf Hannerz, the main thrust of the authors' argument involved an articulation

of a notion of transnational migration that focuses primarily on social relations.

Second, the authors pointed to the multiple and fluid identities of contemporary transmigrants, contending that their manipulation of identities reveals a resistance on the part of transmigrants to “the global political and economic situations that engulf them” (Glick Schiller et al 1992: 13). This insight necessitates a rethinking of received ideas regarding class, nationalism, ethnicity, and race. Relying on the Gramscian idea of hegemony, the authors treated each of these aspects of identity as contested and pliable. The real significance of the discussion is that assimilation and cultural pluralism are inadequate to account for the distinctive character of contemporary immigration. From this perspective, whereas assimilation implies the loss of past identity, cultural pluralism advances an essentialist perspective that treats ethnic identities as immutable.

A Typology of Transnationalism

While Glick Schiller et al. placed transnational social fields in the framework of world systems analysis, this raised the question of how to conceptualize transnational social formations. One answer has been the concept of transnational social space. The idea of transnational spaces entailed considering the migratory system as a boundary-breaking process in which two or more nation states are penetrated by and become a part of a singular new social space. This space involves in part the circulation of ideas, symbols, activities, and material culture. It also involves the border-crossing movements of people who then come to engage in transnational social relations, with implications for immigrant incorporation. Social space does not only refer to physical features, but also to larger opportunity structures, the social life and the subjective images, values, and meanings that the specific and limited place represents to migrants. Space is thus different from place in that it encompasses or spans various territorial locations. It includes two or more places.

Transnational spaces can be differentiated according to their degree of formalisation. The degree of formalisation refers both to the internal characteristics of group organisation and the extent of common or shared values and symbols. On the one end there are networks with low levels of formalisation, and on the other there are highly formalised institutions. Organisations are characterised by a high degree of formalised relations, for example in terms of hierarchy and control. Commu-

nities also show a high degree of formalisation, though not in terms of their internal organisational structure but their common values and symbols. There are four ideal types of transnational spaces: areas of contact and diffusion; small groups, particularly kinship systems; issue networks; and communities and organisations (see Table 1).

Degree of formalisation	
Low: Networks	High: Institutions
<i>diffusion:</i> e.g. fields for the exchange of goods, capital, persons, information, ideas and practices (1)	<i>small kinship groups:</i> e.g. households, families (2)
<i>issue networks:</i> e.g. networks of business people, epistemic networks, advocacy networks (3)	<i>communities and organisations:</i> e.g. religious groups, political parties, businesses (4)

Table 1: Types of Transnational Social Spaces

(1) *Diffusion in Contact Fields:* This category comprises phenomena such as the exchange of goods, capital and services between businesses. People engaged in these transactions do not necessarily maintain sustained or close contact with each other. In some cases, strangers meet at the marketplace or at tourist resorts. Transboundary ties between individuals and organisations may also lead to a diffusion of language, e.g. specialist terms are borrowed from one language and incorporated into another.

We also find social and cultural practices diffusing across borders – as in the action repertoires of social movements. Among immigrants, for example, we observe processes that partly point to cultural diffusion from the country of origin to the country of settlement. For instance, Kurds from Turkey brought their traditional New Year’s celebration (*Newroz*) to Germany, where it became an important symbol of common Kurdish identity. In order to take the wind out of the Kurdish separatists’ sails, the Turkish government promptly responded by declaring *Newroz* an official bank holiday in 1996.

(2) *Small Groups – Kinship Systems:* Highly formalised transboundary relations within small groups like households and families, or even wider kinship systems, are representative for many migrants. Families may live

apart because one or more members work abroad as contract workers (like the former 'guestworkers' in Germany), or as posted employees within multinational companies. Small household and family groups have a strong sense of belonging to a common home.

A classic example for such relations are transnational families, who conceive of themselves as both an economic unit and a unit of solidarity and who may keep, besides the main house, a kind of shadow household in another country. Transnational families make use of resources inherent in social ties like reciprocity, and also resources existing in symbolic ties, such as solidarity. Economic assets are mostly transferred from abroad to those who continue to run the household 'back home'.

(3) *Issue Networks*: These are sets of ties between persons and organisations in which information and services are exchanged for the purpose of achieving a common goal. Linkage patterns may concatenate into advocacy networks (e.g. for human rights), business networks, or science networks. Often, there is a common discourse concerning a specific issue such as human rights or a profession, and such networks and organizations are sometimes even seen as the nucleus of a "global civil society" (cf. Keane 2003). In contrast to organisations with formal membership, access to these networks is not strictly limited to interested actors. While issue networks look back upon a long tradition in the realm of human rights, and are making steady progress in ecology, they are also emerging among migrants who have moved from the so-called third countries to the European Union (EU).

Regarding business networks, persons from emigration states who live abroad constitute an important source of financial transfer and investment, both as immigrant entrepreneurs in their new societies of settlement and with their countries of origin. The governments of sending nations have increasingly initiated programs to attract emigrants' investments. By far the largest set of transnational networks—a set of interlinked local, national, and regional networks—in the world is that of the Overseas Chinese and Indians abroad, promoting trade by providing market information and matching and referral services by utilizing their co-ethnic ties. Such ties alleviate the problems associated with contract enforcement and provide information about trading opportunities.

(4) *Transnational Communities and Organisations*: Communities and organisations constitute highly formalised types of transnational spaces with an inherent potential for a relatively long life-span. Close symbolic ties are characteristic of transnational communities, whereas a more formal internal hierarchy and systematically structured controls over social ties exist within transnational organisations.

Transnational communities comprise dense and continuous sets of social and symbolic ties, characterised by a high degree of intimacy, emotional depth, moral obligation and sometimes even social cohesion. Transnational communities can evolve at different levels of aggregation. The simplest type consists of village communities in interstate migration systems, whose relations are marked by solidarity over long periods of time. Members of such communities who are abroad or have returned home often invest in private or public projects for the benefit of the community in question.

The quintessential form of transnational communities consists of larger transboundary religious groups and churches. World religions, such as Judaism, Christianity, Islam, Hinduism and Buddhism existed long before modern states came into being. Diasporas also belong to the category of transnational communities. In classical renditions, these are groups that experienced the territorial dispersion of their members at some point in the past, either due to a traumatic experience, or specialisation in long-distance trade. Jews, Palestinians, Armenians and Greeks can be named as examples here. Generally, members of diasporas have a common memory of their lost homeland, or a vision of an imagined one to be created, while at the same time the immigration country often refuses the respective minority full acknowledgement of their cultural distinctiveness (see Gold 2002).

An early type of transnational organisation – interstate non-governmental organisations (INGOS) – developed out of issue networks like the Red Cross, Amnesty International and Greenpeace. At the other extreme there are organisations which are based in one specific country but whose sphere of influence extends abroad, as with the ethno-nationalist Kurdish Workers Party PKK. Transnational enterprises constitute a further type of transnational organisation. Overall, such transnational communities and organizations must be theoretically linked to transnationalism from above, rather than treating transnationalism from above and from below as discrete parallel phenomena.

What makes transnational communities different from the more familiar form that typified immigrant enclaves in industrializing nations a century ago is that they are located in a space that encompasses two or more nation-states, a situation made possible by time-space compression. Metaphorically, assimilation is associated with the image of “the uprooted” (Oscar Handlin), and cultural pluralism with “the transplanted” (John Bodnar). An appropriate transnational metaphorical alternative may be – borrowing from the novelist Salman Rushdie – the idea of “translated people,” that is, migrants as continually engaged in translating languages, cultures, norms, and social and symbolic ties. Transnational migrants forge their sense of identity and their community, not out of a loss or mere replication. Crucially, it is not simply individuals living with one foot in two places that constitute the sole occupants of transnational communities. These communities do not necessarily require individual persons living in two worlds simultaneously or between cultures in a total “global village” of de-territorialized space. What is required, however, is that communities without propinquity link through exchange, reciprocity, and solidarity to achieve a high degree of social cohesion, and a common repertoire of symbolic and collective representations.

Summarizing the various strands of research sketched here, Steven Vertovec (1999: 449-456) points out several recurring themes that shape the ways the term transnationalism is employed. He identifies six distinct, albeit potentially overlapping or intertwined, uses of the term: (1) as a social morphology focused on a new border spanning social formation; (2) as diasporic consciousness; (3) as a mode of cultural reproduction variously identified as syncretism, creolization, bricolage, cultural translation, and hybridity; (4) as an avenue of capital for transnational corporations (TNCs), and in a smaller but significant way in the form of remittances sent by immigrants to family and friends in their homelands; (5) as a site of political engagement, both in terms of homeland politics and the politics of homeland governments vis-à-vis their émigré communities, and in terms of the expanded role of international non-governmental organizations (INGOs); and (6) as a reconfiguration of the notion of place from an emphasis on the local to the translocal.

Transnational Social Spaces and Globalization

When comparing transnational and global approaches, transnationalism is an older term, predating globaliza-

tion by some ten to fifteen years; around 1970 as compared to the early to mid-1980s. Methodologically, most globalization approaches are concerned, in the first instance, with macro-dynamics, whereas accounts of the transnational tend to be more agency-oriented. This is very visible in world systems theory, which is, in essence, a top-down, outside-in approach. In contrast, transnational approaches take an agency-oriented view, usually starting from small groups and networks of mobiles. In its broader meaning, “transnational studies” (Khagram and Levitt 2008) thus tends to be concerned with topics such as migrant networks, traders and ethnic business constellations, politics of place among migrants and returnees, diasporas and development, immigrant incorporation – but also social movements and advocacy networks.

Transnationalism as a discourse could be regarded as a stepping stone towards globalism and even cosmopolitanism – but also on the contrary, reinforcing nationalism. After all, transnationalism refers to the Janus face of cross-border processes and conditions which may foster long-distance nationalism. Nationalist claims are frequently articulated and mobilized within cross-border groups and structures. Nationalism is not always geared towards achieving congruence between national-cultural boundaries and state borders. Nation-building may be confined to sub-state territories without ever crossing the threshold to secession, and it may extend beyond state borders by attempting to bind together populations in a homeland territory and abroad without trying to remove the borders between them or to bring back external kin-populations into the homeland. An example of the former has been, until now, Québec in Canada; an example for the latter has been the Irish diaspora in the USA since the 19th century.

Open and Contested Questions

A number of contentious issues have characterized the debate around transnationalism since the late 1990s: Is transnationalism a mode of immigrant incorporation or is it a mode of activity? If it is a mode of incorporation, is it antithetical to assimilation or multiculturalism? How many transnationals are there? What is the role of national states in forging transnational social ties and spaces?

Migrant Incorporation: Assimilation and Transnationalism – Exclusive or overlapping?

What is the relationship between transnationalism and assimilation? It is noteworthy that the pioneers of this

understanding of the transnational challenged the notion that the incorporation of immigrants takes place in the container of the respective nation-state in which immigrants settle for longer periods of time in their life course. The early Glick Schiller and colleagues (Basch et al. 1994) formulation viewed assimilation and transnationalism as contrasting, antithetical modes of incorporation, the former being at the least an alternative to the latter and perhaps—as a form of resistance—a direct challenge to it.

Later contributions conceptualized the two as distinct modes of incorporation, which existed side by side, such as assimilation, partial adaption, or integration in transnational groups. More recent arguments point towards assimilation and multiculturalism as modes of incorporation and transnationalism as distinct activities which may contribute to incorporation in various ways (Kivisto 2005); for example transnationalism, rather than being seen as something that slows assimilation, might actually accelerate the process.

A general consensus has emerged among key proponents of transnationalism that “simultaneity” is the characteristic relationship between assimilation and transnationalism. The point is that assimilation and transnationalism ought not to be construed as competing alternatives and the reason is clear: whereas assimilation refers to a mode of immigrant incorporation into a receiving society, transnationalism does not. Rather, it is a mode of connection between and across the borders of various states, a mode of connectedness that is achieved to the extent that a dialectical relationship between the movers and stayers in the two worlds is achieved in one or more arenas of social life: familial, religious, economic, political, cultural, and so forth.

How Many Transnational Migrants?

The guiding assumption of the first phase of transnational theorizing was that all, most, or at least a significant percentage of contemporary immigrants were transnational. Alejandro Portes and associates were among the first scholars to offer empirical evidence about the scope of transnationalism, studying three specific immigrant groups in the U.S.: Colombians, Salvadorans, and Dominicans and three fields, economic, political and socio-cultural. Their conclusion was that a relatively small minority of immigrants can be defined as transnational. Looking at the economic realm, they focused on self-employed immigrants whose business activities require frequent travel abroad

and who depend for the success of their firms on their contacts and associates in another country, primarily their country of origin.

They discovered that the percentages of immigrants from each group that were transnational entrepreneurs was very small, ranging between 4 to 6 percent. Similar results were obtained in their examination of the political activities of these three groups. The study examined such practices as memberships in home country political parties, giving money to those parties, taking part in home country electoral activities, membership in civic hometown associations and charity organizations, and giving money to such non-electoral organizations. The percentages of immigrants involved in regular engagements with these practices ranged from 7 to 14 percent. While the percentage of migrants engaged in routine and sustained cross-border activities may be small, this does not necessarily lead to the conclusion that transnationalism is a minor side stream (Portes 2003).

National States, Politics and Transnationalism

What is new is the role some emigration country governments are playing in attempting to encourage ongoing connections with their expatriate communities. Immigrants in Europe and North America a century ago confronted governments and cultural elites that tended to be overtly hostile; today's counterparts, in contrast, frequently find their emigrants to be useful economically, and sometimes politically and culturally as well. Thus, rather than condemning their decision to exit or enticing them to return, they instead work to create relationships with the immigrants that are beneficial to the homeland.

Moreover, for a viable transnational community to be established and to sustain itself over time, a continual pattern of involvement with both governmental and civic institutions in the homeland and receiving country is essential. This is due to the fact that transnational immigrants *qua* transnational immigrants are engaged in activities designed to define and enhance their position in the immigration region, while simultaneously seeking to remain embedded in a participatory way in the everyday affairs of the homeland community, be that national or local or both.

What is distinctive about this type of communities without propinquity is that over time the transnational social space thus carved out makes the dichotomous character of host society concerns versus homeland concerns

if not irrelevant, at least less pronounced and at some level part of a transcendent structure of border-crossing social relations. Instruments include dual citizenship, tax incentives for investments by expatriates, additional social security schemes and consular services abroad.

Vice versa, there are manifold efforts of diasporas to engage in “homeland” politics. Migrant transnational activities are part of broader transnational politics, expressed in studies of social movements and advocacy networks. This literature mainly does not address competitors to the state, such as multinational companies, or flows across the borders of states, such as transnational migration, but emphasizes issues prevalent in the public spheres and involving mobilization of target groups around various issues, such as the environment, production chains, human rights, gender, religion or crime (see Khagram and Levitt 2008).

Outlook: Beyond Methodological Nationalism and Groupism

Current scholarship has taken off with the criticism of methodological nationalism and groupism. Methodologically, both criticisms are crucial points of departure toward developing a transnational or transboundary methodology. First, studies in a transnational vein are critical of methodological nationalism (Wimmer and Glick Schiller 2003), that is, the often unstated assumption that national society or the national state is the ‘natural’ unit of analysis and of data collection. Yet there is a need to go beyond criticism and explicitly name the reference points for transnational analysis.

Second, the concomitant danger of groupism (Brubaker and Cooper 2001) refers to studies that treat diasporic and transnational communities as units that are stable over time, and of overriding importance for the individual identities and social practices of their members. Migrant formations can be built around various categorical distinctions, such as ethnicity, race, gender, schooling, professional training, political affiliation, and sexual preference.

Ethnicity constitutes a particularly vexing issue in transnational studies. On the one hand a transnational approach should be able to overcome the ethnic bias inherent in much migration scholarship. The fallacy is to label migrants immediately by ethnic or national categories. Often scholars presuppose prematurely that categories such as Turks, Brazilians and so forth matter a lot for all realms and purposes, since they often do in

public discourse. On the other hand, methods should enable researchers to trace actually existing social formations, such as networks of reciprocity built around ethnic markers, which are of great importance, for example, in informal transfer systems of financial remittances. This means to turn the issue of the importance of ethnicity into an empirical question.

Thus, future research should be concerned less with accounting for cross-border ties and flows of fixed categories of persons or groups, but focus more on changing boundaries. This is so because social spaces denote dynamic processes, not static notions of ties and positions. The main point is a concern with boundaries demarcating social spaces in a wider sense – in particular, how the boundaries themselves come into existence and change. Boundaries may refer to distinctions along categories such as groups, organizations and cultural differences.

In general, if it makes sense, as the critique of methodological nationalism charges, that national states – and, by implication, ethnic or national groups – are not quasi-natural entities, it is of prime importance to develop a distance to fixed notions of social formations and their boundaries. It is then useful to start with less obtrusive concepts such as boundaries and spaces. This way offers a chance to look at changing boundaries – in relation to existing ones (e.g. national states) and to new ones (emergent properties of transnational and global systems), and explore how old spaces are transformed and new spaces emerge. It is an approach cognizant that borders and, more broadly, boundaries, are ever shifting and changing.

Looking at cross-border transactions is intimately connected to changing boundaries along economic, political and cultural lines. Boundary changes are essentially a question of power constellations. The creation, maintenance and enforcement of boundaries are functions of power, be it authoritative (non-)decision-making or symbolic power of generating frames through which persons, groups and events are slotted. Just take geographical mobility across borders and boundaries. States make rules of admission and membership; they exercise the power of ascription in that they and other agents are involved in definitions of “us” and “them”, or desirable and undesirable migrants.

The early transnational migration literature portrayed the power aspect in a dichotomous way. Transnationalism from above referred to the practices of multinational

corporations, or international institutions, such as the IMF's structural adjustment programs in the 1990s. By contrast, transnationalism from below was supposedly found in grassroots transnational enterprise, social movements, and migrant networks – and challenged the institutionalized power structures. In early formulations one almost gets the impression that transnational migrants are a cross-border substitute for the lost working class as a historical subject of social transformation.

Such a conceptualization of above vs. below is misleading, however. As we know, practices from below may also reproduce authoritarian structures or exclusion along gender, class, religious, ethnic or racial lines (e.g. Goldring and Krishnamurti 2008). In short, the above and below are found in all social formations, however small and grassroots they may (appear to) be. If this is plausible, then we need to turn to a more nuanced discussion of borders and boundaries within social spaces going beyond and intersecting with places such as nation-states. It is important to unpack the notion of power and identify the social mechanisms which are at work in the making and unmaking of boundaries in social spaces.

The search for mechanisms indicating change of boundaries leads to a distinction of two crucial fields, namely, first, accounting for the integration of social spaces and, second, accounting for changing boundaries in social spaces. The first realm has received some attention. Transnational ties can concatenate in various forms of transnational social spaces, namely transnational reciprocity in kinship groups, transnational circuits in exchange-based networks, and transnational communities such as diasporas, characterized by high degrees of diffuse solidarity. Thus, mechanisms such as various forms of exchange, reciprocity and solidarity are operative in ensuring the integration of cross-border social formations. What has received much less attention is the transformation of boundaries in intersecting social spaces. We need to understand how boundaries in such spaces change, are redrawn, reinforced or transformed.

It is therefore helpful to think about how boundaries change and by which mechanisms such transformations occur. Social boundaries interrupt, divide, circumscribe, or segregate distributions of persons and groups within social spaces which cross the borders of national states. Shifting boundaries are indications of the changing of institutions, practices and cognitions. The dynamics of changing boundaries can be nicely captured in

the debate on the newness of migrant transnational social spaces.

Some transnational scholars early on claimed the newness of such phenomena. It did not take long until historically minded social scientists showed convincingly that not only have return migration and occasional visits to home regions existed for quite some time (Foner 2005), but also that transnational communities, with dense internal ties both within states of immigration and towards regions of emigration, have likewise existed for a long time. Max Weber, for example, spoke of the *Auslandsgemeinschaften* of German immigrants in South and North America in the late 19th century.

Certainly, these cases were not as widespread as they are today, and were not further encouraged by means of instant long-distance communication. Yet these technological changes would not have translated into social change if it had not been for the right towards collective self-determination, and boundary shifts in thinking and acting upon cultural diversity which have produced the new trends. Among these socio-political processes are a higher extent of tolerating cultural pluralism (multiculturalism) and dual citizenship provisions, in conjunction with other changes in the national and international political contexts. All of these have added new dimensions to and altered the scope and thrust of transnational cultural, political and economic involvements.

It is useful to analyse actual boundaries as the institutionalization of the relations and differentials of power. There are four types of how boundaries are being redrawn (inspired by the typology in Zolberg and Long 1999): First, existing boundaries become porous, as in the case of dual citizenship when more and more national states tolerate overlapping membership in nations. Second, boundaries may shift, as when lines between “us” and “them” do not run along national lines but along religious ones. This has happened in many states in Western Europe over the past three decades. Public debates have come not to portray nationalities but conflicts between Muslims and “us” as relevant trench lines. Third, boundaries can be maintained or even reinforced, as in the extension of border control in the European Union to both the patrolling of exterior borders, the emergence of buffer zones with adjacent countries, and an increase in controls internal to national states.

And fourth, new boundaries emerge, as evidenced by the portrayal and public policies towards transnational

activities. While transnational practices of highly-skilled and prosperous migrants are celebrated by immigration country and increasingly also emigration country governments as a significant contribution to the competitiveness of national economies, transnational ties of other categories of so-called low-skilled migrants are often seen as contributing to segregation and self-exclusion. Or, to give another example, transnational ties may represent a security risk, as in the case of terrorists, on the one hand, but international migrants are also cast as a new type of development agent, on the other hand. The exact mechanisms of boundary genesis and changes need to be researched in order to gauge how new societal formations emerge across borders but also in what ways well-entrenched institutions such as national states and international organizations change and adapt.

References

Basch, Linda, Nina Glick Schiller, and Christina Szanton Blanc 1994, *Nations Unbound: Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States*, Longhorne, MA: Gordon and Breach.

Brubaker, Rogers. 2004, *Ethnicity Without Groups*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Faist, Thomas 2000, *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces*. Oxford: Oxford University Press.

Faist, Thomas 2009: *Beyond a Border: The Causes and Consequences of Contemporary Immigration*, Co-authored with Peter Kivisto. Pine Forge Press.

Faist, Thomas 2010: *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*, mit Rainer Bauböck. Amsterdam: Amsterdam University Press.

Foner, Nancy. 2005. *In a New Land: A Comparative View of Immigration*. New York: New York University Press.

Glick Schiller, Nina, Linda Basch, and Christina Szanton Blanc. 1992. *Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity and Nationalism Reconsidered*. New York: New York Academy of Sciences.

Gold, Steven J. 2002. *The Israeli Diaspora*. Seattle, WA: University of Washington Press.

Goldring, Luin and Sailaja Krishnamurti (eds.). 2007. *Organizing the Transnational: Labour, Poli-*

tics, and Social Change. Vancouver: University of British Columbia Press.

Keane, John. 2003. *Global Civil Society*. Cambridge: Cambridge University Press.

Keohane, Robert O. and Joseph S. Nye. 1977. *Power and Interdependence: World Politics in Transition*. Boston: Little, Brown.

Kivisto, Peter. 2005. *Incorporating Diversity: Rethinking Assimilation in a Multicultural Age*. Boulder, CO: Paradigm Publishers.

Khagram, Sanjeev and Peggy Levitt (eds.). 2008. *The Transnational Studies Reader: Intersections and Innovations*. London: Routledge

Levitt, Peggy and B. Nadya Jaworsky. 2007. Transnational Migration Studies: Past Developments and Future Trends. *Annual Review of Sociology*, 33: 129-156.

Portes, Alejandro, Luis E. Guarnizo, and Patricia Landolt. 1999. The Study of Transnationalism: Pitfalls and Promise of an Emergent Research Field. *Ethnic and Racial Studies*, 22,2: 217-237.

Portes, Aljeandro. 2003. Conclusion: Theoretical Convergences and Empirical Evidence in the Study of Immigrant Transnationalism. *International Migration Review*, 37,3: 874-892.

Smith, Michael Peter and Luis Eduardo Guarnizo. 1998. *Transnationalism from Below*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.

Vertovec, Steven. 1999. Conceiving and Researching Transnationalism. *Ethnic and Racial Studies*, 22,2: 447-462.

Wimmer, Andreas and Nina Glick Schiller, 2003. Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration: An Essay in Historical Epistemology. *International Migration Review* 37,3: 576-610.

Zolberg, Aristide R. and Long Litt Woon. 1999. Why Islam is Like Spanish: Cultural Incorporation in Europe and the United States. *Politics and Society*, 27,1: 5-38.

Thomas Faist is Professor of Transnational Relations and Sociology of Development at the Faculty of Sociology, University of Bielefeld. Research interests: Transstate Migration, Transstate Spaces, Citizenship, Social Policy, Sociology of Development.

II Soziokulturelle Transformation in transnationale Räume

Im Zuge der weltweiten Migrationsbewegungen entstehen transnationale Räume durch das Knüpfen von Netzwerken zwischen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. MigrantInnen legen ihre Heimatkultur nicht ab, sobald sie sich an ihrem neuen Lebensort eingelebt haben, sondern stellen in Auseinandersetzung mit den jeweils örtlichen Gegebenheiten neue Bezüge her, formen eine multipolare Identität und schaffen sich spezifische Lebensräume. Die Sozialwissenschaft geht davon aus, dass die gesellschaftliche Bedeutung dieser transnationalen Räume wächst.

Zwischen Deutschland und der Türkei ist beispielsweise ein ausgeprägter transnationaler Raum entstanden: Die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Deutschland, der daran anschließende Familiennachzug, Deutschland als lange Zeit wichtigster Handelspartner der Türkei, die Türkei als beliebtes Reiseziel der Deutschen – dies sind Phänomene, die auf umfangreiche und differenzierte deutsch-türkische Netzwerke hinweisen, die sich abseits der internationalen Beziehungen zwischen StaatsvertreterInnen und jenseits politischer Steuerungsversuche entwickelt haben. Diese Netzwerke konstituieren den deutsch-türkischen transnationalen Raum, der Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit in beiden Ländern hat.

Vor allem in den Weltstädten manifestiert sich Transnationalität auch physisch in „Zwischenräumen“ – in Bahnhöfen, Flughäfen oder Hotels. Aber was bedeutet diese Entwicklung für die Menschen? Bedeutet sie eher Fragmentierung, Zerstörung fester Bindungen, solidarischer Nachbarschaften und verlässlicher sozialer Regeln? Oder wird durch den Aufbau neuer, mehrfacher Bindungen der städtische und der soziale Raum überlagert, ergänzt und erweitert?

Regina Römhild untersucht die transethnischen, subkulturellen Milieus und Szenen junger MigrantInnen in der Global City Frankfurt am Main, deren transnationale Orientierung keinen Widerspruch bildet zu ihrer aktiven Teilhabe am lokalen Alltagsleben. Sie betont, dass Migration zwangsläufig zu einer Kosmopolitisierung der Gesellschaft führt.

Regina Bittner untersucht die Transnationalisierung urbaner Räume und beschreibt Städte, die in Bewegung sind und dynamische Knotenpunkte für Mobilität bilden. Sie verbindet dabei die Konzepte des physischen Raums und der sozialen Aktivität zu einer Analyse multipolarer räumlicher Bindungen.

Zeynep Sezgin befasst sich mit der transnationalen politischen Arbeit türkischer Migrantenorganisationen in Deutschland. Am Beispiel der historischen Entwicklungen der Organisationen IGMG und ADÜTDF erläutert er, inwiefern diese Organisationen in ihren Zielen, Aktivitäten und Strukturen auf Gegebenheiten und Entwicklungen sowohl im Herkunftsland als auch im Aufnahmeland reagieren.

Sara Fürstenau und **Heike Niedrig** befassen sich mit den Sozialisations- und Bildungslaufbahnen von Kindern und Jugendlichen, die in transnationalen Kontexten aufwachsen. Sie argumentieren, dass deren Mehrsprachigkeit und Mehrfachzugehörigkeit eine Ressource und Kompetenz bedeutet, die im deutschen Bildungssystem oft ignoriert statt positiv bewertet und gefördert wird.

Kathrin Kissau und **Uwe Hunger** geben einen Einblick in die Praxis der Internet-Nutzung von MigrantInnen. Deren transnationale Online-Gemeinschaften, virtuelle Diasporas oder „ethnische“ Online-Öffentlichkeiten demonstrieren, inwiefern nationalstaatliche Grenzen ständig virtuell überschritten werden.

Regina Römhild

Transnationale Migration und soziokulturelle Transformation: Die Kosmopolitisierung der Gesellschaft

Migration lässt sich heute weniger denn je als Einbahnstraße von einer Gesellschaft in die andere verstehen. Seit den 1980er Jahren belegen Studien aus aller Welt – und zunehmend auch für Deutschland –, dass MigrantInnen keineswegs alle Brücken hinter sich abbrechen, sondern vielfältige Beziehungen ökonomischer, sozialer und kultureller Art zu ihren Herkunftsländern aufrecht erhalten. Die so entstehenden transnationalen, d.h. nationale und europäische Grenzen überschreitenden Netzwerke verbinden Gesellschaften und erleichtern die Mobilität und die Kommunikation zwischen ihnen.

Aber es sind nicht nur persönliche Kontakte und die körperliche Mobilität von Menschen, die transnationale Beziehungen schaffen. Auch die mediale Kommunikation und die virtuellen Netzwerke im Internet ermöglichen es heute immer mehr Menschen, mit anderen Menschen und anderen Orten der Welt in Kontakt zu treten, die sie gar nicht persönlich kennen. Transnationalität ist also keineswegs nur an die biographische Erfahrung der Migration gebunden. Auch die schon in den Einwanderungsgesellschaften geborenen „PostmigrantInnen“ der zweiten und dritten Generation entwickeln eigene transnationale Verbindungen, nicht nur zu den Herkunftsgesellschaften ihrer Eltern und Großeltern, sondern auch in dem erweiterten Rahmen der ohnehin nationale Grenzen überschreitenden Jugendkulturen. Selbst die als sesshaft geltenden „Einheimischen“ sind beruflich und privat weit mobiler als vielfach angenommen, und auch in ihrem Alltag spielen transnationale Kontakte und Beziehungen eine zunehmend wichtige Rolle. (1)

Transnationale Mobilität und die Orientierung in grenzüberschreitenden sozialen, kulturellen Räumen sind also keine Sondererscheinungen, sondern gehören heute zum Leben vieler Menschen ganz selbstverständlich dazu. Wenn es um die Transnationalität in der Migration geht, weckt dies schnell gängige Befürchtungen von „Parallelgesellschaften“ und mangelnder „Integration“. Zahlreiche internationale Forschungsergebnisse und auch unsere Studien zum transnationalen Alltag in Frankfurt am Main (2) zeigen jedoch, dass die Teilhabe an transnationalen Welten keineswegs im Widerspruch zur aktiven Teilhabe am lokalen Alltags-

leben steht. Gerade MigrantInnen führen eindrucksvoll vor Augen, dass es sich sehr wohl mit mehreren Heimatmen leben lässt und dass damit weder Identitätsverlust noch Loyalitätskonflikt verbunden sein müssen. Angesichts einer immer mobileren, global verflochtenen Welt wird diese kosmopolitische Fähigkeit zu einem grenzüberschreitenden Leben zukünftig für alle – MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen – an Bedeutung gewinnen. Und auch das heute noch vorherrschende Bild der national begrenzten Gesellschaft und ihrer sesshaften „NormalbürgerInnen“ wird von diesen transnationalen Realitäten längst massiv in Frage gestellt.

Transnationale Mobilität verbindet und verändert Gesellschaften

Mit Migration und anderen Formen transnationaler Mobilität werden Beziehungen zu anderen Regionen Europas und der Welt Teil des lokalen Alltagslebens, und zwar sowohl in den Einwanderungs- wie auch in den Herkunftsgesellschaften. Migration macht damit die traditionell als geschlossene „Container“ gedachten Gesellschaften und Kulturen durchlässig: nicht nur für Menschen, Güter und finanzielle Ressourcen, sondern auch für Ideen und Erfahrungen. Wie sehr dies in den beteiligten Gesellschaften zu einer sozialen und kulturellen Globalisierung „von unten“ beiträgt, hat die internationale Migrationsforschung längst gezeigt. Für Deutschland gilt es hier noch einiges nachzuholen.

Dabei zeigt jedoch schon der Blick in die jüngere Geschichte der Arbeitsmigration in Westdeutschland, dass auch die ehemaligen „GastarbeiterInnen“ eigene transnationale Netzwerke zu allen Mittelmeeranrainerstaaten aufgebaut haben, aus denen seit den 1950er Jahren offiziell Arbeitskräfte für die Bundesrepublik angeworben wurden. (3) Seither ist der Alltag vieler Menschen in Deutschland verbunden mit dem Alltag von Verwandten und FreundInnen in Tunesien und Marokko, der Türkei, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Spanien und Portugal. Entlang dieser und vieler anderer Pfade der Migration wurde in örtliche Ökonomien investiert, wurden Häuser gebaut und Familien unterstützt, lokale Güter im- und exportiert, neue Produkte und Geschäftsideen erfunden, transnationale Kulturen und Existenzweisen erprobt und etabliert.

Vieles, was die deutsche Konsumgesellschaft heute ganz selbstverständlich für sich reklamiert – von der Mediterranisierung des heimischen Lebensmittelangebots und der Gastronomie bis zu mediterranen Lebensstilen und transnationalen Jugendkulturen –, geht auf Importe und auf Erfindungen der Migration zurück. Und auch in ihren Herkunftsländern trugen und tragen MigrantInnen nicht nur zur wirtschaftlichen Prosperität, sondern auch zum kulturellen und politischen Wandel bei.

Viele der frühen ArbeitsmigrantInnen kamen nicht nur als „GastarbeiterInnen“, sondern auch als politische Flüchtlinge nach Deutschland: aus den autoritären Regimen der Nachkriegszeit in der Türkei, in Spanien, Portugal und Griechenland. Von ihrem deutschen Exil aus setzten sich viele für politische Veränderungen dort ein, engagierten sich aber auch in Deutschland für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Freiheit, nicht zuletzt mit Blick auf ihre eigenen Rechte in einem Land, das sich bis heute vielfach seiner eigenen Realität als Einwanderungsgesellschaft und den Eingewanderten selbst widersetzt. Wie sehr die Mobilisierung zur politischen und kulturellen Erneuerung mit Migration und virtueller Mobilität zusammen hängt, zeigt sich gerade heute wieder in den jüngsten Umbrüchen in Nordafrika und der großen Bedeutung, die dabei sozialen Internet-Netzwerke wie Facebook oder Twitter und der Kommunikation mit der Diaspora der MigrantInnen im Ausland, auch in Deutschland, zukommt.

Migration widersetzt sich politischen Missständen und der sozialen Ungleichheit, die heute innerhalb des neuen Europas, aber vor allem auch im globalen Maßstab immer dramatischere Formen annimmt. Sie setzt Menschen und ihre Vorstellungskraft in Bewegung, auf der Suche nach „anderen möglichen Leben“, wie der Kulturanthropologe Arjun Appadurai dies formuliert. (4) Dabei setzt sie sich über nationale wie auch über die neuen europäischen Grenzen hinweg – hier zum Preis von Lebensgefahr und illegaler Existenz. Im Gegenzug schafft sie entlang ihrer transnationalen Netzwerke ein anderes, selbst gestaltetes Europa „von unten“, das so noch auf keiner Landkarte existiert: ein Europa, das weit über seine aktuellen Grenzen im Süden und Osten hinausreicht, das längst schon die Türkei einschließt und sich mit Europas ehemaligen Kolonien verbindet.

Kreuzungspunkt Einwanderungsgesellschaft

Migration und transnationale Mobilitäten verändern die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse im Inneren der Einwanderungsgesellschaften – ganz ent-

gegen dem Bild, das sich diese Gesellschaften von sich selbst machen. Denn dieses Bild wird noch immer vielfach von der Vorstellung einer nationalen Mehrheitsbevölkerung im Zentrum und eingewanderten Minderheiten am Rand bestimmt. Und es ist orientiert an scheinbar homogenen kulturellen „Containern“, in die Menschen nach ihrer Herkunft und Nationalität „sortiert“ werden können. Diese Vorstellung zeigt sich deutlich etwa im derzeitigen Diskurs über „Integration“ in Deutschland: Implizit wird hier eine dominante „deutsche“ Mehrheitskultur mit „europäischen“ Werten zugrunde gelegt, an die sich MigrantInnen mit ihren „fremden“ kulturellen Werten und Praktiken anzupassen haben.

Und auch die populären Vorstellungen von der multikulturellen Gesellschaft machen implizit – wenn auch mit gänzlich anderer Zielsetzung – von demselben Sortiermuster Gebrauch: Hier geht es zwar um eine Anerkennung (und nicht um die Auflösung) kultureller Vielfalt, jedoch werden die Kulturen, die dabei zur Debatte stehen, eben auch meist nur nach ethnischen und nationalen Kriterien der Herkunft definiert und fest geschrieben. All diese Vorstellungen sind inspiriert vom Ideal des Nationalstaats, der sich als fest gefügte territoriale, politische und kulturelle Einheit versteht, in dem eine Nation (mit ihrer Kultur, Geschichte und Identität) dominiert und Mobilität über die Grenzen den Ausnahmefall – gegenüber der nationalen Norm langfristiger Sesshaftigkeit – darstellt.

Aber eben dieses Ideal des Nationalstaats haben die transnationalen Realitäten der Migration längst überholt: Das betrifft sowohl die Verhältnisse von Mehrheit und Minderheiten als auch das starre Bild der „Herkunfts-kulturen“, in denen sich „Einheimische“ und „Fremde“ gegenüberstehen.

In der kleinen Global City Frankfurt am Main, in der wir, ein Team von Sozial- und KulturanthropologInnen, unlängst eine Expertise zur urbanen Einwanderungsgesellschaft vorgelegt haben (5), zeigen sich diese Entwicklungen besonders plakativ. In Frankfurt haben heute schon – und die Tendenz ist steigend – etwa 60% der unter 16-Jährigen einen „Migrationshintergrund“, d.h. sie sind entweder selbst eingewandert oder haben MigrantInnen als Eltern. Gleichzeitig sind jedoch viele von ihnen – etwa, wenn sie in Deutschland geboren wurden oder wenn sie als SpätaussiedlerInnen in Frankfurt leben – ihrem Pass nach Deutsche. Schon allein an dieser Tatsache zeigt sich die Unmöglichkeit, Menschen heute noch ohne weiteres in die klassischen

Kategorien des Nationalstaats – „Einheimische“ / „AusländerInnen“ – einzusortieren, und auch die Bestimmung eindeutiger Mehrheiten und Minderheiten, die zugleich verschiedene Kulturen repräsentieren sollen, wird dadurch praktisch unmöglich.

Dabei erweist sich auch das ethnische Bild der „kulturellen Vielfalt“ als viel zu grobschlächtig. Im Diskurs zur Migration dominieren die großen Einwanderungsgruppen der ehemaligen „GastarbeiterInnen“ aus dem mediterranen Süden und die SpätaussiedlerInnen aus dem Osten Europas. Es kursieren stark vereinfachte Bilder von „den“ türkischen MuslimInnen oder „den“ Russlanddeutschen. Tatsächlich aber kommen seit langem immer mehr Menschen in immer kleineren Gruppen aus immer mehr unterschiedlichen Ländern der Welt nach Frankfurt. Schon allein das Spektrum der Herkunft ist also wesentlich diverser als weithin angenommen.

Das gilt ebenso für die soziale Vielfalt der Migration: MigrantInnen und Migrantinnen prägen in Frankfurt alle Schichten der Stadt, von den prekären Sphären der Arbeitslosigkeit und der irregulären Beschäftigung über eine breite Mittelschicht bis hinauf in die obersten Etagen der Dienstleistungsunternehmen, die in Frankfurt – aber nicht nur hier – längst auch von internationalen Führungskräften gemanagt werden. Nicht nur ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge, auch Studierende, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen kommen aus aller Welt in die Stadt. So sind die „Herkunftsgruppen“ in sich viel diverser, als es das Bild der ethnisch sortierten Multikultur nahe legt: In jeder dieser Gruppen finden sich – wie im übrigen in der deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ auch – Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen Geschlechts, mit unterschiedlichem Bildungsstand, unterschiedlichen kulturellen, religiösen, politischen, sexuellen Orientierungen.

Hinzu kommt für MigrantInnen eine große „Vielfalt“ unterschiedlicher Aufenthaltsrechte: von der fast uneingeschränkten Freizügigkeit, wie sie BürgerInnen des „alten Europas“ genießen, über die noch begrenzte Bewegungsfreiheit der MigrantInnen aus den neuen EU-Ländern im Osten bis zu den höchst unterschiedlichen Bedingungen für so genannte „DrittstaatlerInnen“ ohne europäischen Pass, einschließlich der Menschen, die in der Illegalität oder als „Geduldete“ leben müssen. Die Aufenthaltstitel von MigrantInnen derselben Herkunft und manchmal sogar ein und derselben Familie können sich gravierend unterscheiden.

Dieses sich nach Herkunft und Bürgerrechten sowie sozial und kulturell immer weiter differenzierende Spektrum der Migration lässt sich mit einem Begriff des Sozialanthropologen Steve Vertovec als „Super-Diversität“ bezeichnen: eine Diversität, die weit über das übliche Bild einer kulturellen Vielfalt, die letztlich aber nur die ethnische Vielfalt der Herkunft meint, hinausgeht. Im Hinblick auf kulturelle und soziale Diversität steht die Einwanderungsgesellschaft der MigrantInnen und PostmigrantInnen den „Einheimischen“ in nichts nach.

Transethnische Milieus und die Kosmopolitisierung der Gesellschaft

Das alte Modell der ethnischen Herkunftsgemeinschaften führt nicht weiter und entspricht nicht den realen Verhältnissen, in denen sich eingewanderte und ansässige BürgerInnen orientieren. So zeigte die „Migranten-Milieus-Studie“ des Sinus-Instituts (6) erstmals repräsentativ, dass auch die Einwanderungsgesellschaft in soziokulturelle Milieus – quer zu den Herkunftsnationalitäten – differenziert ist. Solche nach Herkunft gemischten, „transethnischen“ Milieus sind bislang – wenn überhaupt – vorwiegend in der jungen Generation der (Post-)MigrantInnen vertiefend untersucht worden. Hier zeigt sich, dass die Jugendlichen sich auf eigene Art und auch kritisch mit den kulturellen Traditionen der Elterngeneration sowie mit ihren Erfahrungen in der Einwanderungsgesellschaft auseinandersetzen.

Daraus entstehen quer zu den einzelnen Herkunft transethnische jugendliche Subkulturen, in denen sich die verschiedenen transnationalen Weltbezüge der jeweiligen familiären Migrationsgeschichten begegnen und mischen. Während die klassische Vorstellung des nationalen Integrationsparadigmas primär von einer Verständigung und Annäherung zwischen „Einheimischen“ und „MigrantInnen“ ausgeht, findet sehr viel unbeachtete Verständigung und Annäherung, aber auch konfliktreiche Auseinandersetzung zwischen MigrantInnen unterschiedlicher Herkunft statt: eine Dimension der kulturellen Dynamik in einem neuen Deutschland, über die man in den Filmen von Fatih Akin, in der Literatur Feridun Zaimoglus oder in den Theaterproduktionen am Ballhaus Naunynstraße in Berlin mehr erfahren kann als im Gros der wissenschaftlichen Literatur und in der öffentlichen Diskussion zur Einwanderung.

Junge MigrantInnen entwickeln eigene transnationale Bezugspunkte, die über die konkreten Herkunft der

Eltern weit hinausreichen: in die weltstädtischen Metropolen im Süden und Osten Europas, in die weit verzweigten Landschaften religiöser Diasporas, in die globale Welt jugend- und popkultureller Szenen. Nicht nur in Frankfurt entstehen so auf „deutschem Boden“ neue, selbstinszenierte Interpretationen des „Balkans“ und des „Orients“, die längst auch in den angesagten Mainstream der Clubszene Eingang gefunden haben. „Orient Deluxe Parties“ zeugen von imaginären türkischen Kulturen, die sich nicht auf eine ländliche Herkunft der Eltern beziehen, sondern ein weltstädtisches Istanbul mit der Partyszene in Bodrum, dem Rap der europäischen Vorstädte und dem schwarzen Soul der USA verbinden.

Solche Entwicklungen tragen ganz wesentlich dazu bei, dass aus Einwanderungsmetropolen wie Frankfurt, Berlin oder München zunehmend kulturelle Weltstädte werden, die nicht nur durch eine globalisierte Ökonomie, sondern vor allem durch die kulturellen Erfindungen der Migration mit der Welt jenseits der nationalen Grenzen eng verknüpft sind. Das gilt auch für religiöse oder politische Netzwerke: Die Forschung zur Rolle des Islams in der Migration zeigt, dass es sich auch hier nicht in erster Linie um einen Import aus dem Ausland handelt, sondern meist um neue Entwicklungen und Ausrichtungen, die gerade MigrantInnen in der Diaspora vor dem Hintergrund ihrer eigenen Auseinandersetzung mit einem ausgegrenzten Leben in der „Aufnahmegesellschaft“ entwerfen.

Diesen Entwicklungen transethnischer, soziokultureller Milieus und Szenen wäre im Rahmen einer an der Praxis der Einwanderungsgesellschaft interessierten, ethnografischen Forschung weiter nachzugehen. Denn was sich in den Jugendkulturen abzeichnet, könnte sich sehr wahrscheinlich ebenso in der gesamten Gesellschaft zeigen: nämlich dass auch Deutschland keine Provinz am Rande der kulturellen und politischen Globalisierung „von unten“ ist, sondern mit der Migration Anschluss gefunden hat an die postkolonialen, multipolaren Realitäten einer mobilen, transnationalen Welt.

Entgegen der landläufigen Vorstellung einer sich scheinbar selbst genügenden, national geschlossenen Gesellschaft tritt dies als eine von der Migration er-

zwungene „Kosmopolitisierung“ (Ulrich Beck) politischer, sozialer und kultureller Verhältnisse zunehmend in den Blick. Vielfach wird dies als Bedrohung angestammter nationaler Privilegien wahrgenommen und mit zunehmend rassistischen Argumentationen zurückgewiesen. Das ändert jedoch nichts daran, dass in der Realität der globalisierten Einwanderungsgesellschaft das überalterte Modell des Nationalstaats und seiner sesshaften „NormalbürgerInnen“ heute zur Disposition steht. Zukünftig wird es darum gehen, neue Formen der postethnischen, postnationalen Zugehörigkeit zu Europa, neue Formate einer an Partizipation – und nicht an Herkunft – gebundenen (Staats)Bürgerschaft zu entwickeln.

Endnoten

- (1) Steffen Mau: Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten. Frankfurt, New York: Campus 2007.
- (2) Siehe u.a.: Sven Bergmann, Regina Römhild (Hg.): global heimat. Ethnografische Recherchen im transnationalen Frankfurt. Frankfurt a.M.: Kulturanthropologie Notizen 2003; Regina Römhild, Steve Vertovec u.a.: Frankfurt vernetzt. Vernetzungs- und Vielfaltspolitik in Frankfurt am Main. 2009. (Online verfügbar unter „Diversity and Integration in Frankfurt“: www.mmg.mpg.de), Publikation im Druck.
- (3) Vergleichbare transnationale Beziehungen unterhielten auch die „VertragsarbeiterInnen“ der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die u.a. aus Vietnam, Mozambique und Angola kamen, nach 1989 jedoch in großer Zahl in ihre Herkunftsländer zurückkehren mussten. Siehe dazu und zu den folgenden Angaben in diesem Absatz: Kölnischer Kunstverein u.a. (Hg.): Projekt Migration. Köln: DuMont 2005.
- (4) Arjun Appadurai: Globale ethnische Räume. Bemerkungen und Fragen zur Entwicklung einer transnationalen Anthropologie. In: Beck, Ulrich (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1998, S. 11-38.
- (5) Siehe dazu und zu den folgenden Ausführungen: Römhild, Vertovec u.a. 2009 (wie in Fußnote 2).
- (6) Siehe u.a.: Sebastian Beck: Migranten-Milieus als Schlüssel zur Stadtgesellschaft von morgen. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4, Juli-September 2009.

Regina Römhild ist Professorin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität Berlin. Ihre Schwerpunkte sind: Europäisierung in globaler, postkolonialer Perspektive; Migration, Trans-nationalisierung, Kosmopolitisierung und Anthropologie.

Regina Bittner

Hotel Stadt

Wenn sich heute ehemalige türkische GastarbeiterInnen die ersten Jahre in Deutschland vergegenwärtigen, dann spielen die Bahnhöfe eine zentrale Rolle. E.D. erinnert sich, dass das Warten auf die Neuankömmlinge auf dem Bahnhof in Köln am Sonntag auch mit dem Wunsch verbunden gewesen war, etwas über die Heimat zu erfahren, die eigene Sprache wieder einmal zu sprechen, Landsleute zu treffen. Hier in den verlassenen Bahnhöfen inmitten einer immobilen deutschen Nachkriegsgesellschaft konnte man dem tristen Alltag an den Fließbändern von Opel entkommen, der sich nur aus wenigen Handgriffen und deutschen Worten erschloss, mehr schien nicht nötig, um Geld zu verdienen, und dafür hatte man sich schließlich auf den Weg gemacht.

Der Sonntag auf dem zugigen Bahnhof brachte bald, so E.D., eine Reihe von kleinen Geschäften und Bars hervor, in denen sich die Leute die Zeit des Wartens vertreiben konnten. Dieses pionierhafte Unternehmertum hat letztlich die Transformation der städtischen Bahnhöfe initiiert. Heute, so E.D., sind die Bahnhöfe lebendige Geschäftsmeilen, Shoppingmalls für die globale Konsumgesellschaft, die nichts mehr mit den tristen Orten der 1960er Jahre gemeinsam haben. Diese Wandlung hat Praktiken der türkischen GastarbeiterInnen zum Hintergrund, die die verlassenen Bahnhöfe neu entdeckt haben. (1)

Städte sind in Bewegung geraten. Sie lassen sich nicht mehr als exklusive territorial fixierte, national kontextualisierte Einheiten verstehen, sondern sind Knotenpunkte, in denen sich vielfältige Ströme von Menschen, Waren, Ideen, Bildern, Informationen und Kulturen überlagern und durchkreuzen. Das bringt eine Vielzahl nebeneinander existierender, oft kontrastierender Wirklichkeitsbilder und Lebensrealitäten der Stadt hervor. Neue Identitätsformationen und Raumbildungsformen entstehen, die sich über die vielfältigen Dynamiken der Mobilität und Migration erschließen lassen.

Wenn heute Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland die Bahnhöfe als die wenigen in den 1960er Jahren zugänglichen und verfügbaren Orte ihrer migrantischen Praxis reklamieren, so scheinen sich hier besondere räumlich-kulturelle Praktiken manifestiert zu haben, die mit den Vorstellungen von Ankunft und Her-

kunft, die den nationalstaatlichen Regulationsmustern von Migration zugrundeliegen, kontrastieren. Der Bahnhof gilt hier als paradigmatischer Ort zwischen Kommen, Bleiben und Gehen, ein Ort, der sich aus vielfältigen Verknüpfungen und Austauschbeziehungen zusammensetzt und zugleich exemplarisch für die Urbanisierungsdynamiken einer transnationalen Stadtgesellschaft ist. Welche veränderten Muster des Herstellens von städtischen Orten sich hier beobachten lassen und wie diese die bisherigen Verhältnisse zwischen „Großstadt“ und „Territorium“ durcheinander bringen, soll im Folgenden diskutiert werden.

Im Zwischenraum

In den kulturgeografischen und stadthethnografischen Forschungen zu Migration leistete der Begriff des Transnationalen konzeptionelle Pionierarbeit: was da in Berlin Kreuzberg, London Soho oder Chinatown New York passierte, schien sich im begrifflichen Zusammendenken vom physischen Raum der Nachbarschaft und den darin stattfindenden sozialen Aktivitäten nicht mehr abbilden zu lassen. Gleichwohl Tür an Tür verbringen die Familien ihr soziales Leben in Netzwerken, die weit über den Stadtraum hinausweisen. Diese neuen sozialen Räume sind nicht mehr durch eine eindeutig exklusive, sondern durch eine „multipolare räumliche Bindung“ gekennzeichnet. Während die Moderne, so der Soziologe Ludger Pries (vgl. Artikel in diesem Dossier), durch die fortschreitende Relativierung des Ineinander-greifens von geografischem und sozialem Raum gekennzeichnet war, führt der gegenwärtige Entkopplungsprozess zur „Emergenz von transnationalen Räumen“. (2)

Bei transnationalen Räumen handelt es sich nicht lediglich um eine Erweiterung. Vielmehr sind sie gekennzeichnet durch die „Aufstapelung unterschiedlicher sozialer Räume im gleichen Flächenraum und der Ausdehnung sozialer Räume über mehrere Flächenräume“. (3) Der britische Soziologe Martin Albrow stellt bei seinen Untersuchungen zu Nachbarschaften in „global cities“ wie London, deren soziales Leben weit über den physischen Raum der Stadt reicht, fest, dass Begriffe wie Community oder Neighbourhood nicht mehr geeignet sind, diese städtischen Orte als sozialräumlichen Zusammenhang zu beschreiben. Das klassische Para-

digma hat noch den Ort, die Lokalität, als über lokale Kultur zur Community vermittelt begriffen. Hier jedoch stellt er fest, dass die BewohnerInnen „*inhabit coexisting social spheres, coeval and overlapping in space, but with fundamentally different horizons and time spans.*“

Albrow schlägt deshalb den Begriff „sociospheres“ vor: Dabei handelt es sich um besondere Muster sozialer Aktivitäten „*belonging to networks of social relations of very different intensity, spanning widely different territorial extents, from a few to many thousands of miles. In the locality they may scarcely touch each other.*“ Diese unterschiedlichen Sociospheres treffen an konkreten Orten aufeinander, wo sie miteinander eher koexistieren, ohne sich wechselseitig wesentlich zu beeinflussen. „*Locality*“, so Albrow „*is criss crossed by networks of social relations whose scope and extent range from neighbouring houses over a few weeks, to religious and kin relations spanning generations and continents.*“ (4)

Mittlerweile sind eine Reihe von Begriffen im sozial- und kulturgeografischen Diskursraum verhandelt worden, um diese Eigenart städtischer Raumproduktion, in der sozialer und physischer Raum immer weniger in Deckung gebracht werden können, zu definieren. Als prominentester Begriff gilt sicherlich der von dem amerikanischen Kulturanthropologen Arjun Appadurai vorgeschlagene Begriff „*scapes*“. Dieser versucht, die besondere Verschränkung zwischen physischen und imaginären Räumen in migrantischen Diasporen zu erfassen und erschließt damit zugleich einen für die gegenwärtigen Dynamiken der Migration konstitutiven Zusammenhang.

In seinem Buch „*Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*“ stellte Appadurai die Vermittlung zwischen elektronischen Massenmedien und Migration als einen entscheidenden Faktor der Hervorbringung einer veränderten Subjektivität in der Gegenwart heraus, die sich am deutlichsten in den städtischen Metropolen artikuliert. Das Besondere dieses Prozesses bestünde darin, dass die Integration des Globalen in die alltägliche Praxis dabei wesentlich über die Imagination vermittelt wird. Die Imagination sei, so Appadurai, nun ein kollektiver sozialer Faktor geworden und dies stelle die Basis für eine Pluralität der imaginierten Welten dar. Er sieht in der Verschränkung von modernen globalen Medien mit Migrationsbewegungen deshalb eine postnationale Ermächtigungsstrategie am Werk, durch die die Subjekte sich in die Lage versetzen „*to live in such imagined worlds and thus are able to contest and*

sometimes even to subvert the imagined worlds of the official mind and the entrepreneurial mentality that surround them.“ (5)

Bei *ethnoscapes*, *ideoscapes* oder *mediascapes* (um einige der von Appadurai identifizierten *scapes* zu benennen) handelt es sich um Verhandlungsfelder, in denen ganz verschiedene AkteurInnen unterschiedlichster Reichweite von global bis zur unmittelbaren Nachbarschaft miteinander in Interaktion treten. Auch wenn sich mit den globalen Medien die Möglichkeiten dieser Verflechtung erweitert haben, neu sind sie nicht. Das Entscheidende am Postkolonialismus-Diktum ist doch, dass die westliche Welt schon längst in den kolonialen Städten existierte: Anthony King wies darauf hin, dass der Multikulturalismus in den kolonialen Städten geboren wurde. Stuart Hall's Ankunftserfahrung in den 50er Jahren kann dafür als beredtes Zeugnis gelten:

People like me who came to England in the 50s have been there for centuries; symbolically, we have been there for centuries. I was coming home. I'm the sugar at the bottom of the English tea cup. ... There are thousands of others beside me that are, you know, the cup of tea itself. Because they don't grow in Lancashire. ... Not a single tea plantation exists within the United Kingdom. This is the symbolization of the English identity – I mean what does anybody know about an English person except that they can't get through the day without a cup of tea. (6)

Dieses Nebeneinander unterschiedlicher Erfahrungsräume ist insbesondere in den Metropolen von Spannungen und Konflikten begleitet. David Morley hat am Beispiel des öffentlichen Diskurses um Satellitenschüsseln als „*antennes parabolique*“ in den Banlieus von Paris, was Empfindungen wie Ärger oder Übel zum Ausdruck bringen soll, darauf hingewiesen, dass diese *mediascapes* der vorwiegend nordafrikanischen EinwandererInnen, mit denen sie das heimische Fernsehen empfangen, als Ausweis mangelnder Integration in die französische Gesellschaft gewertet wird. Offensichtlich nimmt die Mitte der französischen Gesellschaft die VorortbewohnerInnen zunehmend als Bedrohung wahr, denn sie seien hier „*in ihrer eigenen muslimischen Welt, mit ihren Moscheen und Satellitenfernsehen aus Nordafrika und Saudi-Arabien*“. (7)

Ähnliche Beobachtungen macht Kevin Robins bei seinen Studien der Kultur- und Medienpraxis der türkischen Diaspora in London. Er stellt dabei heraus, das transna-

tionale Fernsehkanäle wie TRT-INT Medienräume darstellen, die auf eine wesentlich komplexere Form kultureller Erfahrung der MigrantInnen reagieren. Der oft in Europa zu hörende Argumentation, der Konsum dieser Sender würde die Integration in das Ankunftsland erschweren, erteilt Robins eine Absage. Solche Kanäle hätten sich auf eine transnationale Zuschauer-klientel eingestellt. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der alltäglichen Praxis türkischer MigrantInnen; sie erlauben es ihnen, in mehreren Welten gleichzeitig zu leben. In diesen Mediascapes prägen MigrantInnen hybride Identitäten aus, die zwischen virtuellen und geografischen Orten hin- und herpendeln.⁽⁸⁾ Diese neuen Formen der Verortung, die sich nicht mehr entlang der Achse zwischen Herkunfts- und Ankunftsgesellschaft beschreiben und zuordnen lassen und die wesentlich aus der Verflechtung zwischen Migration und Medien resultieren, haben eine eigene kulturelle Produktion hervorgebracht.

Landeplatz world city

Dass die Produktivkraft Imagination inzwischen auch die städtischen Räume der Metropolen transformiert, zeigt sich an der vitalen Praxis vieler Migrantenviertel. Rosengard in Malmö, Kreuzberg in Berlin oder Hoogvliet in Rotterdam, um nur einige zu nennen – migrantische Ökonomien, die oft aus informellem und familienbasiertem wirtschaftlichen Handeln hervorgegangen sind, haben dazu beigetragen, dass aus diesen abgewerteten Vierteln lebendige Stadtteile wurden. „Die Migranten haben die Stadtteile gerettet“, bestätigt ein leitender Mitarbeiter des Bundesbauministeriums in Berlin. Im Ruhrgebiet stellen ForscherInnen inzwischen einen Wandel in den Selbstwahrnehmungen der BewohnerInnen fest: eine Umwertung vom benachteiligten zum internationalen Stadtteil ist zu beobachten.

Inzwischen setzt sich auch in Deutschland die Einsicht durch, dass es zur internationalen Stadtgesellschaft keine Alternative gibt. Der schwedische Kulturanthropologe Ulf Hannerz hat schon in den 1990er Jahren darauf hingewiesen, dass Städte wie London, Sao Paulo oder New York weniger nationale Städte sind. Sie spielen eine herausragende Rolle bei der Produktion und Transformation von kulturellen Bedeutungen, ihnen kommt als ImpulsgeberInnen eine zentrale Stellung zu, wenn es um Veränderungen der globalen kulturellen Geografie geht. Dass sie dies leisten können, hat mit der besonderen Interdependenz zwischen Kultur und Ökonomie zu tun.

World cities (vgl. Beitrag Saskia Sassen in diesem Dossier) zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur in vielfältige internationale wirtschaftliche Austausch- und Vernetzungsprozesse integriert sind, sondern dass diese Vernetzung spezifische AkteurInnen mit einer besonderen transitorischen Praxis zum Hintergrund hat. Die Verknüpfung zwischen Städten und die damit einhergehende urbane Praxis charakterisieren die Rolle der *world cities*. Internationale Geschäftsleute, TouristInnen, Kulturschaffende und Kreative sowie MigrantInnen bezeichnet Hannerz als AkteurInnen der *world cities*, die in ihrer Praxis kulturelle Bedeutungen produzieren, die sich zwar in und aus der jeweiligen Stadt ergeben, aber zugleich und vor allem über diese hinausweisen. Mit diesen vier Akteursgruppen hebt Hannerz zugleich die transitorischen Aspekte ihrer urbanen Praxis hervor. „*World cities are places in themselves, and also nodes in networks, their cultural organization involves local as well as transnational relationships.*“ Insofern sind *world cities* in „cultural flows“ eingebunden, in denen eine ständige Uminterpretation und Übersetzung der Kulturen stattfindet. ⁽⁹⁾

Das gilt für KünstlerInnen und Kulturschaffende, in deren Praxis ein permanenter Austausch zwischen Städten und Szenen stattfindet, und es trifft ebenso auf MigrantInnen zu. Die Stadtethnologin Alexa Färber hebt in Anlehnung an Ulf Hannerz hervor, dass *world cities* aber nicht nur Möglichkeitsräume für solche urbanen kulturellen Praxen anbieten, sondern dass in sie zugleich die Aufforderung an die AkteurInnen eingeschrieben ist, sich an der Herstellung kultureller Bedeutungen aktiv zu beteiligen und damit an der Transformation dieser Städte mitzuwirken. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Handlungsmöglichkeiten und der permanenten Anforderung zu eigenen unternehmerischen Aktivitäten wird in *world cities* über den Markt vermittelt. In *world cities* kann nur existieren, wer erfolgreich in die ökonomischen Wechselbeziehungen integriert ist, in die diese Städte eingebunden sind, sei es nun der internationale Kunstmarkt, die Tourismusindustrie oder die globale Migrantenökonomie. ⁽¹⁰⁾

World cities sind kulturelle Marktplätze, hier werden kulturelle Bedeutungen immer wieder umkodiert und konsumierbar gemacht. Der Erfolg ethnischer Viertel wie Chinatown in London, Little India in Singapur oder im Fall von Berlin „Little Istanbul“, die inzwischen auch als touristische Highlights markiert werden, kann als Beispiel dafür gelten. Die Problematik dieser Umwertung in ein konsumförmiges Format besteht allerdings darin, dass die schwer verdaulichen Differenzen und

Konflikte, die ihrer Existenz zugrunde liegen, dabei ignoriert werden. In Berlin konnte man gut beobachten, wie die sogenannten migrantischen Ökonomien mittlerweile im Bild einer internationalen multikulturellen Stadt aufgewertet wurden, aber die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der mangelnde Zugang zu Bildungschancen der ProduzentInnen ausgeblendet bleiben.

Das Beispiel zeigt, dass die Mechanismen der „unternehmerischen Stadt“, von denen *world cities* geprägt sind, besondere Ambivalenzen und Konflikte hervorbringen. Zugleich bilden sich aber in den sogenannten ethnischen Ökonomien mit ihren eigenen Wirtschaftskreisläufen in den Städten neue Muster der Migration ab: ihre ökonomischen Praktiken sind eingebunden in transnationale Familiennetzwerke und Relationen. Und oft genug gelingt es durch diese, zunächst als Schattenwirtschaft bezeichneten Unternehmungen, die mangelnde Unterstützung seitens der Aufnahmegesellschaft zu kompensieren. Es sind die großen Städte in Europa, die es den MigrantInnen erlauben, die schwindende Fürsorge und Integration der Nationalstaaten und auch die oft ausländerfeindliche Stimmung des Gastlandes durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten auszugleichen.

Die Soziologin Ingrid Oswalt hat dabei neue Migrationsmuster identifiziert: anstelle der vertikalen Integration in das Ankunftsland, die dann von einer Binnenintegration in die jeweiligen ethnischen Milieus begleitet wird, beobachtet sie eine horizontale Integration in weitverzweigten Netzwerkbeziehungen. Entstanden sind diese als Überlebensstrategie für dauerhaft marginalisierte Zuwanderergruppen, denen die vertikale Integration verweigert bzw. durch Widerstände in der Aufnahmegesellschaft behindert wurde. Beim Pendeln zwischen verschiedenen Staaten werden die Netzwerkmitglieder so platziert, dass sie die Optionsstrukturen dieser Länder nutzen können. Ein neues „mobiles Migrationsmuster“ ist dabei im Entstehen, das weder durch dauernde Mobilität noch durch dauernde Sesshaftigkeit charakterisiert ist und räumlich erweiterte Migrantenfamilien hervorbringt. (11)

All diesen Netzwerkaktivitäten ist gemein, dass sie auf Selbstorganisation beruhen und nicht auf die Integrationsangebote der sie umgebenden Gesellschaft angewiesen sind. Entscheidend ist hier, dass die staatliche Fürsorge, die den MigrantInnen nur selten ausreichend gewährt wird, nun von Netzwerken substituiert wird. So entsteht der Eindruck, das gerade MigrantInnen die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen besser zu be-

wältigen im Stande sind, als die mehr vom sozialen Abstieg bedrohte weiße Mittelschicht. Ihre Überlebensstrategien können sich auf soziales Kapital, lebensweltliche Solidaritäten und schliesslich auch Handlungskompetenz jenseits der klassischen Muster der Erwerbstätigkeit verlassen. Dazu braucht es große, dichte und prosperierende Städte, die durch Verdichtung und Vernetzung charakterisiert sind und deshalb über die Integrationsangebote des Staates hinaus Lebenschancen bieten können.

Kommen Bleiben Gehen

Der Bahnhof ist ein paradigmatischer Ort für die Städte des 21. Jahrhunderts prägende Bewegung des Kommens, Bleibens und Gehens. Und er hat sich, wie die Geschichte der türkischen GastarbeiterInnen zeigt, im Zuge dieser Bewegung selbst verändert. Zudem sind Bahnhöfe Orte, in denen sich das Paradigma der Mobilität, von dem die gesellschaftlichen Dynamiken der Gegenwart geprägt sind, räumlich manifestiert: Tom Holert und Mark Terkessidis haben darauf hingewiesen, dass Beschreibungen und Definitionen von Mobilität einen normativen Kern haben: Unterwegssein, sei es beruflich, im Ausbildungsprozess, privat oder wirtschaftlich, gehört heute zu den zentralen Handlungsanforderungen an die Individuen. Im Paradigma der Mobilität schreiben sich Diagnosen gesellschaftlicher Dynamiken in den Städten fort. Ihre Verwandtschaft zu marktliberal induzierten Begriffen wie Dynamisierung und Deregulierung verweist auf die Ambivalenz der Mobilität, denn die Aufforderung, sich in Bewegung zu setzen und beweglich zu bleiben, hat ökonomische und oft genug existentielle Bedingungen zum Hintergrund.

In diesem Kontext ist die Rede von Mobilität heute doppelbödig: sie beschreibt einen Zustand und zugleich eine Norm. In der heutigen Mobilitätskultur lösen sich die Widersprüche von Mobilität und Immobilität nicht auf, sondern sie bestehen fort in den unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Technologien, Institutionen und Infrastrukturen der Mobilität. Die Normativität der Mobilität produziert eigene Hierarchien, die von den Mobilitätseliten der hochqualifizierten und hochbezahlten ManagerInnen und AkademikerInnen bis zu den zwangsmobilisierten BewohnerInnen von Flüchtlingslagern reichen. (12)

Die Soziologin Mary Caldar traf auf das Dilemma der gegenwärtigen Mobilitätskultur in der bosnischen Nachkriegsgesellschaft in Sarajevo: Auf der einen Seite agieren die für internationale Organisationen tätigen,

Englisch sprechenden, mobilen, mit Internet und Mobiltelefon vertrauten und auf den Flughäfen dieser Welt sich frei bewegenden kosmopolitischen AkteurInnen. Und auf der anderen Seite leben die nicht-kosmopolitischen StadtbewohnerInnen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind oder auf illegale Weise, über Schwarzmarkt oder Korruption, versuchen, mit den unsicheren Bedingungen zurechtzukommen. Caldor beobachtet eine

[...] growing cultural dissonance between those who see themselves as part of an international network, whose identity is shaped within a globally linked and oriented community of people ... and those who still cling or who have to found new types of territorially based identities. (13)

Dieser *new divide* verstärkt das Gefühl, mehr und mehr ausgegrenzt und von den internationalen Mobilitätsoptionen ausgeschlossen zu sein. Und er führt auf der Seite derjenigen, die verbannt sind, am Ort zu bleiben, denen es an Sprachkenntnissen, Bildungsvoraussetzungen sowie ökonomischem und kulturellem Kapital mangelt, zu Formen repressiver nationaler bzw. regionaler Identitäten.

Die Koexistenz von Enklaven/Räumen unterschiedlicher Reichweite von Mobilität hat neue Polarisierungen in der Stadt zur Folge. Der Soziologe Martin Albrow beobachtet in den durch die Mechanismen der Mobilität geprägten Sozialräumen neue Muster der Stratifizierung, die an die Stelle der Klassendifferenzierung getreten sind:

The new conflicts are not between the established and outsiders in the globalized localities, but between locals and cosmopolitans and all gradations between. ... The stratification layers are vividly represented by the different modes of transformation available, the use of telecommunications and the use made of space. Very frequently the greatest living space is available for those who occupy it least. ... Time space social stratification is the frame within which inequalities of access to resources and life chances are contained today which are more acute than any which prevailing [sic.] during the period of class based industrial society. (14)

Reise und Migration sind die neuen strukturierenden Prinzipien und Medien, durch die Lokalität entweder in

eine Ressource, eine Ware oder aber in eine Falle konvertiert wird.

Die in Bewegung geratenen städtischen Räume sind insofern von Auseinandersetzungen um Mobilitätsoptionen, Zugangschancen und Teilhabe, kurz: um Lebenschancen geprägte Orte. Aber die „Power of Imagination“ (Arjun Appadurai), die aus der Verschränkung von migrantischen Diasporas und Medienräumen erwächst, schreibt der kollektiven Phantasie eine neue Bedeutung zu. In „Scapes“ bilden sich Vorstellungen und Erfahrungsräume ab, die auf den konkreten Ort, in dem Menschen leben, einen manifesten Einfluss haben. Schließlich hat die „Power of Imagination“ aus Bahnhöfen lebendige Orte gemacht und zu Ghettos erklärte Satellitenstädte der 1970er Jahre vitalisiert. Der Gegensatz zwischen der Dürftigkeit der gestalterischen Qualität und der vitalen Praxis dieser Orte erscheint PlanerInnen und GestalterInnen oft als Paradox: Sie unterschätzen die Ressource Phantasie, mit der MigrantInnen die Widersprüche der gegenwärtigen Mobilitätskultur zwischen Ankommen, Warten, zeitweiligem Aufenthalt, Fortgehen und Bleiben in den Städten ausbalancieren.

Endnoten

- 1) zitiert nach Statement von Erdal Dogrul, gehalten am 13.5.2009 im Rahmen eines Expertenworkshops zu „Stadt und Migration“ im Bundesbauministeriums in Berlin.
- 2) Ludger Pries, Neue Migration im transnationalen Raum. In: Ders.(Hg.) Transnationale Migration Soziale Welt. Sonderband 12, Baden Baden 1997, S.18.
- 3) Daniela Ahrens, Grenzen der Enträumlichung. Opladen 2001, S.149.
- 4) Martin Albrow, Travelling Beyond Local cultures. Socio-scapes in a global city. In: John Eade (Hg.) Living the global City. London 1997, S. 51.
- 5) Arjun Appadurai, Modernity at Large Cultural Dimensions of Globalization. Minneapolis 1996, S. 31.
- 6) Stuart Hall, Old and New Identities, Old and New Ethnicities. In: Anthony King, Culture, Globalization and the World- System. Minneapolis 1997, S. 48.
- 7) zitiert nach David Morley Globalisierung, Ort und Identität. In: Regina Bittner, Die Stadt als Event. Frankfurt am Main 2001, S. 64.
- 8) Siehe Asu Aksoy und Kevin Robins, The Enlargement of Meaning. In: Gazette. The International Journal for Communication studies. Vol.65 (4-5), London 2003, S. 365-388.
- 9) Ulf Hannerz, Transnational Connections. London 1996, S.128.
- 10) Alexa Färber, Vom Kommen Bleiben und Gehen. In: Diess. (Hg.), Hotel Berlin. Formen urbaner Mobilität und Verortung. Berliner Blätter, Ethnografische und Ethnologische Beiträge, Heft 37/2005, S. 11.

- 11) Ingrid Oswald, Neue Migrationsmuster – Flucht aus oder in Überflüssigkeit. In: Berliner Debatte INITIAL 15/2004, S. 65.
- 12) Tom Holert /Mark Terkessidis, Was bedeutet Mobilität? In: Projekt Migration. Hg. Kölnischer Kunstverein DOMiT, Institut für Kulturanthropologie der Universität Frankfurt am Main, Institut für Theorie der Gestaltung und Kunst HGK. Zürich/Köln 2005, S. 101.
- 13) Mary Calder, Cosmopolitanism versus Nationalism: The New Divide? In: Richard Caplan/John Feffer (Hg.), Europe's new nationalism: states and minorities in conflict. New York 1996, S. 43.

- 14) Martin Albrow, Travelling Beyond Local Cultures. Socioscapes in a global city. In: John Eade (Hg.) Living the Global City. Globalization as a local process. London New York 1997 S. 54.

Regina Bittner, Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin, leitet das Internationale Bauhauskolleg und ist stellvertretende Direktorin der Stiftung Bauhaus Dessau. Arbeitsschwerpunkte: Stadtethnographie, Kulturgeschichte der Moderne, heritage studies.

Zeynep Sezgin

Mitgliederinteressen und transnationale politische Arbeit der türkischen Migrantenorganisationen in Deutschland

Türkische MigrantInnen haben sich in Deutschland seit dem Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland von 1961 niedergelassen. Zurzeit stellen die Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit ca. 1,7 Millionen die größte Immigrantengruppe in Deutschland dar (Statistisches Bundesamt 2009: 31). Neben diesen 1,7 Millionen Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit leben ca. 700.000 Personen im Lande, die früher die türkische Staatsbürgerschaft besaßen, aber inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben (Worbs 2008: 23; basierend auf Daten des Mikrozensus 2006).

In den 50 Jahren der türkischen Migration nach Deutschland sind eine Vielzahl von so genannten türkischen Migrantenorganisationen (im Folgenden: TMO) entstanden. (1) In den frühen 1970er Jahren entstanden die ersten politischen Migrantenorganisationen. Diese Organisationen zielten darauf ab, ihre Ideologie unter türkischen MigrantInnen in Deutschland zu verbreiten und die türkische Politik ihrer eigenen politischen Linie entsprechend zu verändern (Özcan 1989). Die Herkunftslandorientierung dieser politischen Organisationen wurde auch von alevitischen oder kurdischen Vereinen in Deutschland geteilt, die eine Veränderung des Status von AlevitInnen bzw. KurdInnen in der Türkei anstrebten (Østergaard-Nielsen 2003).

Mit der Pluralisierung der Migrationsformen (u.a. durch den Einfluss von politischen Flüchtlingen nach dem Militärputsch im Jahr 1980 in der Türkei und der Familienzusammenführung in den 1980ern) haben einige dieser TMO sich zu formalisierten und professionellen Organisationen entwickelt (Sohler 2004). Heute sind diese politischen TMO „fast nie auf eine Aufgabe, ein Tätigkeitsfeld oder eine Funktion begrenzt“ (Pries 2010: 21). Sie pflegen das ‚kulturelle Kapital‘ der türkischen MigrantInnen mit diversen kulturellen Aktivitäten und treiben deren ‚soziales Kapital‘ durch Netzwerkbildung voran (Gaitanides 2003; Thränhardt/Weiß 2005). Viele TMO unterstützen auch den interkulturellen Dialog sowie die Integration ihrer Mitglieder (Sezgin 2010a). Sie organisieren z.B. Deutsch-Sprachkurse und Informationskampagnen zur Förderung der Einbürgerung. Darüber hinaus vertreten manche dieser Organisatio-

nen die Interessen ihrer Mitglieder und agieren als AnsprechpartnerInnen für die Entscheidungsträger und die kommunalen Verwaltungen (Rosenow 2010; Sezgin 2008).

Um die Beziehungen zwischen Mitgliederinteressen und transnationaler politischer Arbeit der TMO zu untersuchen, werden in diesem Aufsatz erst wissenschaftliche Studien über TMO präsentiert. Darauf aufbauend werden die transnationalen politischen Ziele, Aktivitäten und Strukturen zweier TMO – der „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu: ADÜTDF) und der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) – analysiert und miteinander verglichen. (2) Die Intensivierung oder auch Abnahme von deren transnationalen politischen Verbindungen wird in Rahmen der Mitgliederinteressen diskutiert. In einem kurzen Fazit werden schließlich offene Forschungsfragen erörtert.

TMO in den deutschen sozialwissenschaftlichen Studien

In den letzten 30 Jahren erhielten Migrantenorganisationen zunehmend Aufmerksamkeit in der deutschen sozialwissenschaftlichen Forschung (Pries/Sezgin 2010; Thränhardt/Weiß 2005). Dabei wurden auch TMO vermehrt zum Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung (Sökefeld 2008; Yurdakul 2009). Eine Reihe von Studien analysiert die multiplen Ziele, Tätigkeitsfelder, Strukturen, Ressourcen und Funktionen von TMO (Østergaard-Nielsen 2003; Kücükhüseyin 2002). Yurdakul (2006) betont zum Beispiel, dass zwei der größten Dachorganisationen der TMO in Berlin eine unterschiedliche Entwicklungsgeschichte sowie unterschiedliche Zielgruppen und KooperationspartnerInnen und konkurrierende Visionen für den Integrationsprozess besitzen.

Weitere Studien analysieren seit den 1990er Jahren die Rolle dieser Organisationen im Bezug auf zivilgesellschaftliche und politische Partizipation von türkischen MigrantInnen und die Artikulation von ihren Interessen (Diehl 2002; Halm/Sauer 2005). Sezgin (2008) z.B. zeigt, dass TMO als Brücke zwischen türkischen Mig-

rantInnen und deutschen EntscheidungsträgerInnen agieren, die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und gegen diskriminierende politische Regelungen kämpfen.

Ein großer Teil der Untersuchungen über TMO konzentrieren sich auf die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion dieser Organisationen im Integrationsprozess in Deutschland (Pries 2010). Dabei wurde die Debatte, inwieweit TMO integrationsfördernd oder integrationshemmend seien, eher polarisierend geführt (Thränhardt/Weiß 2005; Sezgin 2010a). In dieser polarisierten Debatte vertreten manche WissenschaftlerInnen die These, dass zwischen der Integration im Ankunftsland und dem Interesse am Herkunftsland ein umgekehrt-proportionaler Zusammenhang besteht (Esser 1996; Diehl 2002). Andere wiederum argumentierten, dass die Integration von MigrantInnen und deren Interesse am Herkunftsland nicht notwendigerweise eine Entweder-Oder-Option darstellen (Pries 2010; Sezgin 2010a).

Im Bezug auf transnationale Theorien setzte in der deutschen sozialwissenschaftlichen Forschung vor 10 Jahren auch eine intensivere Beschäftigung mit den transnationalen Charakteristika von TMO ein (Østergaard-Nielsen 2003; Sökefeld 2008). U.a. zeigt Sezgin (2010b), dass einige dieser Organisationen der MigrantInnen kollektive Überweisungen für Katastrophenhilfe und wohltätige Zwecke in der Türkei koordinieren.

Die bisherige Forschung belegt auch, dass manche TMO von bestimmten sozialen, religiösen und/oder politischen Bewegungen und Parteien in der Türkei gegründet wurden und diese weiterhin finanziell, personell und logistisch unterstützen (Lemmen 2000; Schiffauer 2010; Yurdakul 2009). Arslan (2009) z.B. analysiert die Entstehungsbedingungen und Entwicklung der türkischen Partei der nationalistischen Bewegung (Milli Hareket Partisi: MHP), ihre Jugendorganisation „Graue Wölfe“ (Bozkurtlar) und ihre Auslandsorganisation „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu: ADÜTDF) und beschreibt ihre Ziele und Aktivitäten in der Türkei und in Deutschland. Weiterhin betten transnationale Studien TMO in die politischen Opportunitätsstrukturen der Ankunfts- und Herkunftsländer sowie in den supranationalen Kontext ein, um deren transnationale Charakteristika verstehen und erklären zu können (Halm/Sezgin i.E.; Pries/Sezgin i.E.).

Eine erhebliche Anzahl der deutschen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen behandelt hauptsächlich

religiöse Organisationen der türkischen MigrantInnen (Lemmen 2000; Schiffauer 2010; Wunn 2007). Es gibt jedoch vergleichsweise wenige Untersuchungen, die sich intensiv mit der Entwicklungsgeschichte von politischen TMO beschäftigten (Arslan 2009; Özcan 1989). Die Beziehungen zwischen Mitgliederinteressen und transnationaler politischer Arbeit der TMO sind auch selten diskutiert worden (siehe beispielsweise Schiffauer 2010; Rosenow 2010).

Mitgliederinteressen und transnationale Arbeit

Die Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu: ADÜTDF) ist eine türkisch-nationalistische Organisation mit ca. 200 Mitgliedsvereinen, die Kultur-, Jugend- und Sportvereine sowie Moscheen umfassen (Arslan 2009). Die Föderation hat schätzungsweise 10.000 Mitglieder in Deutschland und den Nachbarstaaten (Wunn 2007: 67). Sie entstand im Jahr 1978 mit Hauptsitz in Frankfurt am Main als Auslandsabteilung der MHP (Innenministerium NRW 2007).

Nachdem die ADÜTDF in Deutschland gegründet worden ist, gab sie den Anstoß, neue Vereine und Föderationen in anderen europäischen Ländern wie Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz zu gründen.. Bei der Mitgliederversammlung am 5. Oktober 1996 in Essen wurde für die Koordination dieser Vereine und Föderationen in Europa eine Konföderation („Konföderation der idealistischen Türken in Europa“ - Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri Konfederasyonu: AÜTDK) mit Sitz in Brüssel gegründet. Die deutsche Föderation soll nunmehr „Deutsche Türkische Föderation“ (Almanya Türk Federasyonu: ATF) heißen (Innenministerium NRW 2004: 4), ist jedoch nach wie vor beim zuständigen Amtsgericht mit ihrem bisherigen Namen gemeldet (Lemmen 2000) und wird auch im Folgenden so genannt.

Die Organisation ADÜTF strebt ein Großtürkisches Reich von Innerasien bis hin zum Balkan an - teilweise durch eine Einheit aller Turkvölker auf der Grundlage der türkischen Identität (Innenministerium NRW 2004). Dabei wird das europäische Türkentum als ein Glied dieses Großtürkisches Reiches angesehen (Arslan 2009). ADÜTDF vertritt heute die Türkisch-Islamische Synthese (Türk Islam Sentezi), was bedeutet, dass der Islam als konstitutives Element der türkischen Identität und Nation verstanden wird (ebd.). Der Zweck der Föderation besteht der Satzung zufolge auch in der sozia-

len, kulturellen und ökonomischen Unterstützung ihrer Mitglieder und der Förderung der Zusammenarbeit und Solidarität von Mitgliedsvereinen (§2 Abs. 1+2). Des Weiteren sieht die Föderation ihre Aufgabe in der religiösen Versorgung der türkischen Muslime und betreibt zahlreiche Gebetsstätten, verrichtet Freitagsgebete und organisiert Korankurse und Wallfahrten nach Mekka. Laut ihrer eigenen Webseite bemüht die ADÜTDF sich auch um die Herstellung einer Brücke zwischen eigenen Mitgliedern und der Mehrheitsgesellschaft (sowie der zivilen Verwaltung) in Deutschland. Die ADÜTDF stellt Forderungen an die deutsche Seite bezüglich des kommunalen Wahlrechts für in Deutschland lebende türkische Staatsangehörige bzw. der Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft (Küçüküseyin 2002: 27).

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) ist eine der wichtigsten religiösen Organisationen in Deutschland. Aufgrund der überaus komplexen Organisationsstruktur lässt sich die genaue Zahl der Mitgliedervereine und Mitglieder von IGMG schwer feststellen. Laut ihrer Selbstdarstellung umfasst die IGMG 323 Moscheegemeinden in Deutschland (IGMG 2009). Hinzu kommen Frauen-, Jugend-, Sport- und Bildungsvereine. Weiterhin unterhält sie Lokal-, Regional- und Nationalverbände und Moscheegemeinden in Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Schweiz und Schweden. Insgesamt verfügt die IGMG über 1800 Einrichtungen in Europa und zählt ca. 87.000 MuslimInnen als Mitglieder. (ebd.)

Die IGMG hat eine lange und komplizierte Entstehungsgeschichte. Sie wurde offiziell im Jahr 1994 gegründet. Ihre Vorläuferin, die Milli Görüs Moschee Gemeinden, existierte jedoch in Deutschland seit 1972 (Seidel et al. 2001). Die erste Dachorganisation der Milli Görüs Moschee Gemeinden wurde 1976 in Köln unter dem Namen „Türkische Union Deutschland“ (Türk Birliği Almanya) „auf Anweisung des türkischen Politikers Necmettin Erbakan gegründet“ (ebd.: 28). (3) Diese Organisation benannte sich am 19. Dezember 1982 in „Islamische Union Europa“ (Islam Birliği Avrupa) um. Im Laufe des Jahres 1984 kam es innerhalb der Islamischen Union zu heftigen Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung der Organisation. (4) In Folge dieser Auseinandersetzungen trennte sich ein Großteil der Gemeinden von der Organisation, und danach benannte die Islamische Union Europa sich am 20. Mai 1985 um in „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa“ (Avrupa Milli Görüs Teskilatları: AMGT) (Schiffauer 2010: 84). Ab 21. Dezember 1994 wiederum nannte

sich die AMGT „Europäische Moscheebau und -Unterstützung Gemeinschaft“ (EMUG). Einen Monat später, am 23. Januar 1995, erfolgte die Umbenennung eines seit 1992 in Bonn bestehenden AMGT-Ortsvereins in Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Derzeit befindet sich der Hauptsitz von IGMG in Kerpen. (Schiffauer 2010: 84ff; Seidel et al. 2001: 28f; Lemmen 2000: 40ff)

Der zentrale Zweck der IGMG ist, den Angehörigen des Islams in Deutschland eine religiöse Anleitung in allen Lebenslagen anzubieten und sie bei der Praktizierung der Gottesdienste zu unterstützen. Zu den wichtigsten Aufgaben der Organisation zählen auch die Koordination der Gemeindefarbeit, die Administration einer Rechtsabteilung und die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinschaft. Die IGMG bietet ferner religiöse Bildung an und unterstützt ihre Mitglieder beim Erlernen der deutschen Sprache und in der schulischen und beruflichen Bildung. Bei diesen Aktivitäten finden die Anliegen von Jugendlichen und Frauen besondere Berücksichtigung. (www.igmg.de)

Laut Seidel et al. (2001: 29) geht der Vereinsname „Milli Görüs“ auf das 1973 von Erbakan veröffentlichte gleichnamige Buch (Religiöse Nationale Sicht) zurück, in dem Erbakan seine Perspektive und Strategie zur Errichtung einer islamischen Republik in der Türkei darlegt. Ebenso argumentiert Lemmen (2000: 45), dass der Vereinsname die Verbindung zwischen IGMG und der politischen Bewegung Erbakans zum Ausdruck bringe. Die VertreterInnen des Vereines sind aber bemüht, diese Beziehungen zu bestreiten. Laut ihrer eigenen Darstellung bezeugt die IGMG über den Namen „Milli Görüs“ ihre Zugehörigkeit zu der Anschauung und der Sichtweise der Gemeinschaft von Abraham, der als der Urvater aller Monotheisten gilt (IGMG 2009). Auch die ADÜTDF versucht ihre Verbindungen zu MHP zu verschleiern oder zumindest als in der Vergangenheit liegend darzustellen. Sie ist bemüht, als demokratischer Verein der politischen Mitte und Repräsentantin der türkischen MigrantInnen in Deutschland wahrgenommen zu werden (Sezgin 2008).

Auf der formalen Ebene lässt sich keine organisatorische Verbindung zwischen diesen TMO und politischen Parteien in der Türkei feststellen (Arslan 2009; Schiffauer 2010). Dies rührt erstens daher, dass das türkische Parteiengesetz den Parteien die Gründung von Auslandsorganisationen verbietet (Lemmen 2000). Zweitens ist dies eine Reaktion auf die Erwartungen

des deutschen Staats (Rosenow 2010; Pries/Sezgin i.E.). (5)

Die Beziehungen zwischen diesen TMO und den türkischen politischen Parteien beruhen nicht auf direkten organisatorischen Verbindungen, sondern vielmehr auf inhaltlichen und personellen Bezügen (Lemmen 2000; 45; Wunn 2007; 67). Auf der inhaltlichen Ebene ist festzustellen, dass IGMG viele der politischen Anschauungen der Erbakan-Bewegung teilt und mit Vereinsarbeit unterstützt (Lemmen 2000; Schiffauer 2010). So wurden im Jahre 1991 sechs Millionen DM (ca. drei Millionen €) aus Deutschland in die Türkei überwiesen, um den Wahlkampf der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi: RP) zu unterstützen (Rosenow 2010: 199).

Ebenso basiert die Arbeit der ADÜTDF auf der Ideologie der MHP. Im Rahmen sportlicher, kultureller oder sozialer Aktivitäten, bspw. Veranstaltungen, welche nationalistische Hymnen und Koranlesungen beinhalten, integriert die ADÜTDF den Islam in das nationale Konzept, vermittelt den Glauben an die Überlegenheit der türkischen Ethnizität in Relation zu anderen, und propagiert die nationale Einheit türkischer Völker (Arslan 2009; Wunn 2007). Dies wird auch bei dem Treuegelöbnis der ADÜTDF Mitglieder deutlich. (6)

Auf der personellen Ebene bestehen vielfache Verbindungen zwischen FunktionsträgerInnen von Erbakans Partei in der Türkei und der IGMG in Deutschland (Schiffauer 2010). Innerhalb der früheren AMGT und der heutigen IGMG haben Familienangehörige von Erbakan Schlüsselpositionen eingenommen (Lemmen 2000). Auch in der ADÜTDF sitzen viele Parteimitglieder und FunktionärInnen der MHP in Schlüsselpositionen (Arslan 2009). Die Vorsitzenden und FunktionärInnen der jeweiligen türkischen politischen Parteien sind auch gern gesehene Gäste und RednerInnen bei Veranstaltungen der IGMG und ADÜTDF (Lemmen 2000; Schiffauer 2010).

Die ADÜTDF ist mehrmals Gegenstand der Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern gewesen. Das Innenministerium NRW (2004: 3) z.B. argumentierte, dass die Ülkücü-Bewegung zur Entstehung einer Parallelgesellschaft in Europa beitrage und ein Hindernis für die Integration der türkischstämmigen Bevölkerung darstelle. Ebenso fand die IGMG immer wieder Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern, und sie ist wegen ihrer Verbindungen zu der politischen Erbakan-Bewegung als extremis-

tisch eingestuft worden (siehe beispielweise Bundesministerium des Innern 2009).

IGMG verfolgte für lange Zeit das Ziel, eine islamische Republik in der Türkei zu errichten. Dieses Ziel änderte sich aber schrittweise in den letzten 10 Jahren, als die zweite Generation (7) die Vertretung der Organisation nach außen übernahm, den Gesamtkurs der Gemeinde entwickelte und das Sagen auf der überregionalen Ebene erhielt (Schiffauer 2010: 115). Derzeit passt die IGMG ihre Aktivitäten an die Interessen dieser Mitglieder an (ebd.; Rosenow i.E.; Pries/Sezgin i.E.). Das heißt, dass die IGMG: 1) an der Entwicklung eines europäischen Islams arbeitet und versucht, die Rolle des Islams in den säkularen europäischen Staaten zu definieren, 2) sich für den interreligiösen Dialog engagiert, 3) ein neues Verhältnis zur Türkei und zur islamischen Weltgemeinschaft bestimmt, und 4) dass an die Stelle einer türkeibezogenen Politik eine an globalen Anliegen orientierte proaktive Politik tritt (Schiffauer 2010: 112ff).

Die IGMG bekennt sich zu einer Verantwortung gegenüber der weltweiten muslimischen Gemeinschaft (umma) und setzt sich für die Lösung von deren Problemen ein (IGMG 2009). In diesem Zusammenhang bietet sie den Bedürftigen auf vier Kontinenten und in ca. 67 Ländern soziale Dienste an und leistet humanitäre Hilfe sowie Nachbau- und Entwicklungshilfe in Katastrophengebieten (www.igmg.de). Im Zusammenhang mit diesen innerorganisatorischen Entwicklungen und den Mitgliederinteressen werden die Beziehungen zur Erbakan-Bewegung schwächer (Rosenow 2010; Schiffauer 2010; TRAMO i.E.).

Es ist noch nicht empirisch analysiert worden, ob die ADÜTDF eine ähnliche Entwicklung durchmacht. Arslan (2009) berichtet, dass die Mitgliederzahlen der ADÜTDF in der Mitte der 1990er Jahre, besonders nach den rechtsradikalen Brandanschlägen auf türkische Familien in Solingen und Mölln, einen Zuwachs erlebten. Davon ausgehend fragt er, woran es gelegen hat, dass die türkischen Jugendlichen plötzlich den Nationalismus für sich entdeckten. Er behauptet, dass die Biographien der Jugendlichen, die von ADÜTDF mobilisiert werden, von Ausgrenzungserfahrungen und Chancenungleichheit auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt geprägt seien. Demzufolge argumentiert er, dass die Diskriminierungserfahrungen für den Zuwachs der ADÜTDF-Mitgliederzahlen verantwortlich wären. Er diskutiert aber leider nicht, wie der Zuwachs der Mitglieder mit Diskriminierungserfahrungen die Ziele, Akti-

vitäten, Funktionen und Strukturen der ADÜTDF (bzw. die transnationale politische Arbeit) beeinflusst haben könnte.

Fazit

Die bisherigen wissenschaftlichen Studien zeigen, dass die transnationalen politischen Verbindungen der TMO viele Jahre des Aufenthalts in Deutschland überdauern (Østergaard-Nielsen 2003). Sie belegen auch, dass transnationale politische Arbeit und integrationsfördernde Aktivitäten nicht eine Entweder-Oder-Option darstellen (Pries 2010; Sezgin 2010a). Viele der TMO unterstützen bestimmte politische Parteien in der Türkei und kümmern sich gleichzeitig um die Integration ihrer Mitglieder in Deutschland (ebd.).

Obwohl die transnationalen politischen Verbindungen der TMO die Integration der MigrantInnen nicht unbedingt hemmen, könnten sie von der erfolgreichen (politischen) Integration ihrer Mitglieder beeinflusst werden. Mit anderen Worten könnten sich die politischen Aktivitäten, Funktionen und Strukturen der TMO entsprechend ändern, wenn ihre Mitglieder den Lebensmittelpunkt in Deutschland sehen und sich wie gleichberechtigte Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft fühlen würden. (8) Dies kommt daher, dass diese Organisationen sich an die Erwartungen der Mitglieder anpassen, da ihr Überleben stark von der Unterstützung und den Beiträgen der Mitglieder abhängt. (9)

Trotz ihrer Relevanz fanden die Interessen der Mitglieder von TMO selten Aufmerksamkeit in den deutschen sozialwissenschaftlichen Studien. Die Beispiele von IGMG und ADÜTDF zeigen aber, dass die transnationale politische Arbeit und die Verbindungen der TMO stark von deren Mitgliederinteressen beeinflusst werden können und in Zukunft systematisch und empirisch analysiert werden sollten.

Endnoten

- 1) Die Bezeichnung 'türkische MigrantInnenorganisationen' (TMO) wird in diesem Aufsatz für diejenigen Vereinigungen verwendet, die von türkischen MigrantInnen oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund gegründet worden sind. Der Terminus 'türkische MigrantInnen' bezeichnet dabei die in Deutschland lebenden türkischen StaatsbürgerInnen (unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft). Für eine genaue Definition von 'Migrationshintergrund' vgl. Statistisches Bundesamt (2008: 6).
- 2) Allein in kreisfreien Städten wie Berlin oder München existieren mehrere hundert TMO mit verschiedenen Zielen, Funktionen und Strukturen (TRAMO i.E.). Diese Organisationen vertreten unterschiedliche ethnische und/oder religiöse Gruppen und decken das gesamte

politische Spektrum von extrem rechts bis extrem links ab (Østergaard-Nielsen 2003). Es gibt auch Organisationen, die von türkischen MigrantInnen oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund gegründet wurden, aber über ein nationales Verhältnis hinaus, sogar kosmopolitisch ausgerichtet sind. TMO pflegen auch differenzierte Beziehungen zu Institutionen und EntscheidungsträgerInnen in Deutschland und in der Türkei (Pries/Sezgin i.E.; Yurdakul 2009). Ein Großteil dieser Organisationen trägt zur Integration ihrer Mitglieder bei. Sie sind weder nationalistisch noch islamisch ausgerichtet und werden auch nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Die in diesem Aufsatz präsentierten politischen TMO können nicht stellvertretend für alle diese TMO betrachtet werden. Sie laden vielmehr zu einer Reflektion über die Beziehung zwischen Mitgliederinteressen und dem Wandel der Ziele, Funktionen und Strukturen von TMO ein.

- 3) Der Name Erbakan steht in der Türkei seit Anfang der 1970er Jahre für eine politische Bewegung, welche die Wiedereinführung eines islamischen Staats zum Ziel hat. Die aus dieser Bewegung hervorgegangene „Partei der Nationalen Ordnung“ (Milli Nizam Partisi: MNP – von 1970-1971) wurde aufgrund ihres islamistischen Charakters von dem türkischen Militär aufgelöst und entstand unter dem Namen „Nationale Heilspartei“ (Milli Selamet Partisi: MSP) im Jahre 1972 neu. MSP hatte ein ähnliches Schicksal wie ihre Vorläuferin und wurde 1980 von dem Militär aufgelöst. Diese Entwicklung wiederholte sich auch bei der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi: RP) von 1983 bis 1997 und bei der „Tugendpartei“ (Fazilet Partisi: FP) von 1997 bis 2001. Heute nennt sich die Partei „Partei der Glückseligkeit“ (Saadet Partisi: SP).
- 4) Die Gruppe, die Cemalettin Kaplan führte, argumentierte, dass in der Türkei ein islamischer Staat nicht durch den parlamentarischen Weg errichtet werden könnte. Laut dieser Gruppe würde das türkische Militär nie zulassen, dass eine islamische Partei in der Türkei die Macht übernimmt, obwohl sie sich in demokratischen Wahlen durchsetzen könnte. Daher plädierte diese Gruppe für eine radikale Revolution wie im Iran. Die andere Gruppe wollte aber weiterhin den parlamentarischen Weg verfolgen, um einen islamischen Staat in der Türkei zu etablieren. (Schiffauer 2010: 84ff)
- 5) Die Verbindungen von TMO zum Herkunftsland sind ein entscheidender Faktor in der Frage, wer die Interessen der türkischen MigrantInnen gegenüber dem deutschen Staat vertreten soll (Sezgin 2010a). Der deutsche Staat vermied es größtenteils, Beziehungen zu TMO aufzunehmen, die Vernetzungen mit radikalpolitischen und anti-laizistischen Bewegungen haben (ebd.). Weiterhin werden einige der TMO mit solchen transnationalen Verbindungen als verfassungsgefährdend betrachtet, und der Verfassungsschutz beobachtet die Aktivitäten dieser Organisationen (siehe Bundesministerium des Innern 2009).
- 6) Das Treugelöbnis besagt: „Bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, der Fahne wird geschworen: Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein: Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen. Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut. Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis Turan erreicht ist. Wir, die idealistische türkische Jugend, werden nicht zurückschrecken, nicht wanken, sondern wir werden erreichen, erreichen, erreichen. Möge Allah die Türken schützen und erhöhen. Amen.“ (Innenministerium NRW 2007: 115)

- 7) Diese umfasst Personen mit türkischem Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, über gute Deutschkenntnisse und einen erfolgreichen Hochschulabschluss verfügen, sich als deutsche MuslimInnen sehen und sich nicht an erster Stelle für türkische Politik interessieren (Schiffauer 2010).
- 8) Es gibt keine einfache Beziehung zwischen Integration und politischem Herkunftslandengagement. Das politische Herkunftslandengagement hängt von mehreren Faktoren ab, u.a. den individuellen und organisatorischen Ressourcen und politischen Opportunitätsstrukturen im Ankunfts- und Herkunftsland. Wenn die Interessen im Herkunftsland mit den Interessen in Deutschland verflochten sind, könnte die politische Arbeit im Herkunftsland, unabhängig von der Integration der Mitglieder in Deutschland, weiterhin bestehen. Die „Alevitische Gemeinde Deutschland“ (Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu: AABF) z.B. setzt sich seit ihrer Gründung für die Anerkennung des Alevitentums als offizielle Religion nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Türkei ein, da die Anerkennung in einem dieser Länder einen Präzedenzfall für die Anerkennung in dem anderen Land darstellen könnte. Es ist auch wichtig zu betonen, dass trotz gelingender Integration der Mitglieder und abnehmender transnationaler politischer Verbindungen der Organisationen die transnationalen sozialen, kulturellen und ökonomischen Aktivitäten weiterhin bestehen können. Z.B. können sich die erfolgreich integrierten Personen aktiver in den ökonomischen Aktivitäten (Geldrücküberweisungen, Investitionen in Entwicklungsprojekte, humanitäre Hilfe etc.) für die Herkunftsländer engagieren, da sie die dafür nötigen Qualifikationen und Ressourcen besitzen.
- 9) Für die Erforschung von Migrantenorganisationen ist die neo-institutionalistische Organisationstheorie besonders relevant, weil diese Organisationen sich in einem komplexen Umfeld bewegen, in dem sie sich gegenüber vielfältigen (sowohl externen als auch internen) Erwartungsgruppen legitimieren müssen (Pries 2010; Pries/Sezgin i.E.; Rosenow 2010).

Literatur

Arslan, Emre (2009): Der Mythos der Nation im transnationalen Raum: Türkische Graue Wolfe in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag.

Bundesministerium des Innern (2009): Verfassungsschutzbericht 2008. Vorabfassung. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Diehl, Claudia (2002): Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung? Opladen: Leske und Budrich.

Esser, Hartmut (1996): „Ethnische Kolonien: 'Binnenintegration' oder gesellschaftliche Isolation?“ in: Jürgen H.P. Hoffmann-Zlotnik (Hrsg.) Segregation oder Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim: Forschung Raum und Gesellschaft. 106–117.

Gaitanides, Stefan (2003): Partizipation von Migranten/innen und ihren Selbstorganisationen. Manuskript: E&C-Zielgruppenkonferenz „Interkulturelle Stadt(teil)politik“. Dokumentation der Veranstaltung vom 8. und 9. Dezember 2003 Berlin.

Halm, Dirk/Sezgin, Zeynep (i.E.): Migration and Organized Civil Society - Rethinking National Policy. London and NY: Routledge.

Halm, Dirk/Sauer, Martina (2005): Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Essen: Stiftung Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

IGMG (2009) Introductory Brochure (Kerpen: IGMG).

Innenministerium des Landes NRW (2007): Verfassungsschutzbericht des Landes NRW 2007, http://www.im.nrw.de/imshop/shopdocs/verfassungsschutzbericht_2007.pdf (11.04.2011).

Innenministerium des Landes NRW (2004): Türkischer Nationalismus: 'Graue Wölfe' und 'Ülkücü' (Idealisten) Bewegung, http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/tuerkischer_nationalismus.pdf (11.04.2011).

Küçüküseyin, Sevkett (2002): Türkische politische Organisationen in Deutschland. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer Stiftung, Nr. 45.

Lemmen, Thomas (2000): Islamische Organisationen in Deutschland. Gesprächskreis Arbeit und Soziales. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

Østergaard-Nielsen, Eva (2003): Transnational Politics: Turks and Kurds in Germany. London: Routledge.

Özcan Ertekin (1989): Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Migranten in der BRD und Berlin West. Berlin: Hitit Verlag.

Pries, Ludger (2010): „(Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde“ in: Pries/Sezgin (Hrsg.): 15-60.

Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.) (2010): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘ Grenzen überspannende Migrantenorganisationen. Wiesbaden: VS Verlag.

Rosenow, Kerstin (2010): Muslim Umbrella Organizations in Germany in the 21st Century: Between Institutional Expectations and Member Interests. PhD Thesis; Department of Sociology, Ruhr-University Bochum.

Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Seidel, Eberhard et al. (2001): Politik im Namen Allahs. Der Islamismus – eine Herausforderung für Europa. Hrsg. Ozan Ceyhan, MdEP.

Sezgin, Zeynep (2008): Umbrella Organizations of Turkish Migrants: A Comparative Analysis of Migrant Claims-Making in Austria and Germany. PhD Thesis, Department of Sociology, University of Leipzig.

Sezgin, Zeynep (2010a): „Türkische Migrantenorganisationen in Deutschland – Zwischen Mitgliederinteressen und Umwelterwartungen“ in: Pries/Sezgin (Hrsg.): 201-232.

Sezgin, Zeynep (2010b): „Turkish Migrants Organizations in Germany and their Role in the Flow of Remittances to Turkey“ in: Journal of International Migration and Integration. DOI: 10.1007/s12134-010-0157-1

Sohler, Karin (2004): „Turkish and Kurdish Migrants' Associations in the Austrian and Viennese Context: Development, Structure and Relevance for Civic and Political Participation“ Paper presented at the Conference on the Integration of Immigrants from Turkey in Austria, Germany and the Netherlands. Bogazici University, Istanbul. February 27-28, 2004.

Sökefeld, Martin (2008): Struggling for Recognition. The Alevi Movement in Germany and in Transnational Space. New York: Berghahn Books.

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Er-

gebnisse des Ausländerzentralregisters 2008. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2008): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrosensus 2005. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Thränhardt, Dietrich/Weiß, Karin (2005): „Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft“. In: Thränhardt/Weiss (Hrsg.) Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg: Lambertus: 8-45.

TRAMO (i.E.): Diffusion and Contexts of Transnational Migrant Organizations in Europe. NY: Palgrave.

Yurdakul, Gökce (2009): From Guest Workers into Muslims: The Transformation of Turkish Immigrant Associations in Germany. Newcastle, UK: Cambridge Scholars Press.

Yurdakul, Gökce (2006): „State, Political Parties and Immigrant Elites: Turkish Immigrant Associations in Berlin“ in: Journal of Ethnic and Migration Studies 32(3). 435-453.

Worbs, Susanne (2008): Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Wunn, Ina (2007): Muslimische Gruppierungen in Deutschland. Ein Handbuch. Stuttgart: Kohlhammer.

Zeynep Sezgin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie/Organisation, Migration, Mitbestimmung an der Ruhr-Universität Bochum und am Institut für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht (IFHV) der gleichen Universität.

Mehrsprachigkeit und Partizipation im Kontext transnationaler Migration

Als Erziehungswissenschaftlerinnen befassen wir uns mit den Sozialisationsbedingungen und den Bildungslaufbahnen von Kindern und Jugendlichen, die in transnationalen Kontexten aufwachsen. Bildungslaufbahnen, die *transnational* verlaufen, überschreiten nationalstaatliche Gesellschaften und Bildungssysteme und lassen sich – anders als z.B. klassische Modelle internationalen Schüleraustauschs – nicht als Laufbahnen 'zwischen' zwei nationalstaatlichen Bildungssystemen beschreiben. Laut Adick (2005, S. 246) sind „*jenseits*’, *über*’, *neben*’ oder zu *nationalstaatlichen* *quer liegende*’ *Praxen und Institutionen von Erziehung und Bildung*“ als transnational zu bezeichnen.

Zwei Beispiele zur Verdeutlichung :

1. Sandra studiert an einer Universität in Portugal. Als Kind portugiesischer ArbeitsmigrantInnen ist sie in Hamburg aufgewachsen und zur Schule gegangen. Im Anschluss an den Realschulabschluss ging sie an ein Aufbaugymnasium, wo sie die Hochschulreife erreichte. Während der Schulzeit besuchte Sandra elf Jahre lang am Nachmittag einen von der portugiesischen Community organisierten Portugiesischunterricht. Ihre Portugiesischkenntnisse pflegte sie außerdem bei regelmäßigen Sommeraufenthalten im Herkunftsort der Familie in Portugal, wo die Eltern ein eigenes Haus gebaut hatten. Dort hatte Sandra unter anderem Kontakt zu Cousinen und Cousins, die ebenfalls in Hamburg aufgewachsen waren und inzwischen in Portugal studierten.

Im Anschluss an die Schulzeit orientierte Sandra sich an den Vorbildern in ihrem transnationalen sozialen Netzwerk und begann ein Lehramtsstudium mit den Fächern Englisch und Deutsch in Portugal. Dort bewohnt sie nun als Studentin das Haus ihrer Eltern, die selbst weiterhin in Hamburg arbeiten. Für die Zukunft will sie sich die Optionen offen halten, entweder in Deutschland oder in Portugal als Lehrerin tätig zu sein (Fürstenau 2004, S. 45ff). Mobilität innerhalb transnationaler sozialer Netzwerke ist für viele Jugendliche der großen portugiesischen Community in Hamburg selbstverständlicher Teil ihrer Zukunftspläne und -visionen, denn viele von ihnen pflegen Kontakte zu Verwandten nicht nur in Portugal, sondern auch in weiteren Ziellän-

dern der portugiesischen Migration, wie z.B. Frankreich oder Kanada.

2. Juliette aus Togo ist 15 Jahre alt und lebt als Flüchtling in Hamburg. Ihr Vater, ein Lehrer, wurde wegen politischer Tätigkeiten in Togo inhaftiert, und ein Onkel bezahlte die Flucht des Kindes. In Juliettes Familie wurden *Mina*, *Ewe* und Französisch gesprochen. Französisch war auch Juliettes Unterrichtssprache in der Primarschule. Dies ist die Sprache, die sie lesen und schreiben konnte, als sie mit elf Jahren als unbegleitetes minderjähriges Flüchtlingsmädchen nach Hamburg kam. In Hamburg lernte sie in einer Vorbereitungsklasse Deutsch und später in der Regelklasse der Gesamtschule (6. Klasse) Englisch. Englisch war bereits eines ihrer Schulfächer in Togo. Erst ab der 8. Klasse konnte sie im Wahlpflichtbereich Französisch wählen – zwei Stunden pro Woche und konzipiert für SchülerInnen ohne Vorkenntnisse.

Mit ihren Schulfreundinnen spricht sie ausschließlich Deutsch, inzwischen schon fast akzentfrei, nur an einigen kleinen grammatischen Abweichungen merkt man, dass Deutsch nicht ihre Erstsprache ist. Da ihr Sprachenlernen leicht fällt, plant sie zum Zeitpunkt des Interviews zusätzlich einen Spanischkurs an der Volkshochschule zu belegen, um ihr sprachliches Repertoire um eine weitere „nützliche Sprache“ zu erweitern, denn sie ist der Meinung, dass ihre Mehrsprachigkeit ihr nach Abschluss der Schule berufliche Vorteile bringen könnte. Wenn sie in Hamburg mit Leuten zusammentrifft, die ebenfalls aus Togo stammen, z.B. im Hamburger Togo-Verein, spricht sie eine Mischung aus Französisch, Deutsch und afrikanischen Sprachen (Niedrig 2003, S. 321f.).

Von anderen Jugendlichen aus Afrika wissen wir, dass die afrikanischen Sprachen auch in den zahlreichen afrikanischen Kirchen in Hamburg von großer Bedeutung sind und darüber hinaus als transnationale Netzwerksprachen fungieren, wenn Kontakte mit Verwandten und Freunden in Afrika sowie mit MigrantInnen in anderen europäischen Staaten gepflegt werden.

Zentrale Begriffe, unsere wissenschaftliche Perspektive

Der Begriff *Partizipation* im Titel des Beitrags verweist aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive auf die Teilhabe(chancen) von Kindern und Jugendlichen an formaler Bildung. Wie internationale Vergleichsstudien belegen, haben SchülerInnen mit sog. Migrationshintergrund im Hinblick auf Schulerfolgchancen im deutschen Schulsystem besondere Nachteile (vgl. für einen Überblick Diefenbach 2010 und zu den jüngsten PISA-Ergebnissen Stanat/ Rauch/ Segeritz 2010).

Wenn in unserem Beitrag von *Mehrsprachigkeit* die Rede ist, dann geht es uns um lebensweltliche Mehrsprachigkeit, wie sie in Migrationskontexten zustande kommt. Diese Form der Mehrsprachigkeit wurde sowohl aus erziehungswissenschaftlicher als auch aus linguistischer Perspektive eingehend beschrieben und analysiert (z.B. Gogolin 2005; Dirim/ Auer 2004; Rampton 1994; Tracy 2008). Gemeinsam ist diesen Studien, dass sie die spezifischen Spracherwerbsbedingungen und die sprachliche Praxis von Kindern und Jugendlichen in Migrationskontexten zunächst empirisch fundiert beschreiben, und sich von einer Auffassung abgrenzen, die Monolingualität als Norm(alität) betrachtet und kompetente Zweisprachigkeit daher nicht anders als ‚doppelte Einsprachigkeit‘ denken kann (vgl. Fürstenau/ Niedrig 2010).

Das dieser Vorstellung von Zweisprachigkeit zugrunde liegende Ideal der völligen Symmetrie des doppelten Sprachbesitzes ist unrealistisch; allenfalls eine besondere qualifizierte Ausbildung kann solch eine Form der Zweisprachigkeit annäherungsweise hervorbringen, aber selbst SimultandolmetscherInnen verfügen nie über ein völlig symmetrisches sprachliches Repertoire. Im Alltag, so zeigt die Mehrsprachigkeitsforschung, werden die sprachlichen Ressourcen von Mehrsprachigen in der Regel domänenspezifisch eingesetzt und ausgebaut; so auch in den Fallbeispielen zu Beginn des Artikels: Juliette und Sandra verwenden ihre Sprachen je nach Kontext – deutsche Schule, diverse *peer-groups*, Togo-Verein, portugiesische Community, Medienutzung, etc. – ganz unterschiedlich.

Die Begriffe *transnationale Migration*, *Transnationalisierung* und *Transnationalismus* gebrauchen wir als Sensibilisierungskonzepte, um Phänomene zu fokussieren, die aufgrund eines „methodologischen Nationalismus“ (Wimmer/Glick Schiller 2002) in der erziehungswissenschaftlichen Migrationsforschung oft nicht in den Blick

kommen. Der Begriff methodologischer Nationalismus weist darauf hin, dass sozialwissenschaftliche Forschung in aller Regel den Nationalstaat als quasi-naturgegebene Rahmung von ‚Gesellschaft‘ auffasst und somit die territorialen Staatsgrenzen als Grenzen von Vergesellschaftungsprozessen behandelt. Ludger Pries spricht in diesem Zusammenhang daher von einem Container-Modell von Gesellschaft, dem er ein *relationales* Modell entgegensetzt, das von den relevanten sozialen Netzwerken ausgeht: Nach diesem Modell können transnationale, d.h. Nationalstaatsgrenzen überschreitende gesellschaftliche Räume beschrieben werden. (vgl. den Beitrag von Ludger Pries in diesem Dossier)

Die Anfang der 1990er Jahre im US-amerikanischen Kontext entwickelte und von Ludger Pries 1997 in die deutsche Diskussion eingeführte Transnationalismus-Perspektive (Glick Schiller/Basch/Szanton Blanc 1992; Pries 1997) stieß zunächst auf heftige Grundsatzkritik durch die etablierte, an Assimilationstheorien orientierte Migrationsforschung. Mittlerweile hat sich aber in der Transnationalismus-Diskussion eine Position herausgebildet, die die Gleichzeitigkeit von Assimilationsprozessen und transnationalen Prozessen sowie deren Interaktion differenziert untersucht (Levitt/Glick Schiller 2004, Goebel/Pries 2003). Dieser Position schließen wir uns in unseren eigenen Untersuchungen an (vgl. Fürstenau/Niedrig 2007a).

Die lebensweltliche Verankerung von Transnationalisierungsprozessen im Kontext von Migration, die wir mit Fokus auf Sozialisation und Bildung untersuchen, wird auch als *Transnationalisierung von unten* bezeichnet (Smith/Guarnizo 1998). Das Konzept impliziert zum einen, dass es um die Handlungsebene individueller AkteurInnen – meistens MigrantInnen – geht, und zum anderen auch um die Lebenslagen sozial benachteiligter Minderheiten, die im Kontext von Globalisierung keine Macht ausüben. Demgegenüber erfasst das Konzept der *Transnationalisierung von oben* Entwicklungen des globalisierten Bildungsmarktes, auf dem „transnationale Bildungsanbieter“ konkurrieren (Adick 2005, S. 251).

Die Unterscheidung zwischen Transnationalisierung *von unten* und *von oben* verweist auf soziale Ungleichheit. Transnationale Bildungsangebote, wie beispielsweise das Internationale Baccalaureate, das jährlich in 100 Ländern der Welt unter gleichen Bedingungen erworben und weltweit als Hochschulzugang anerkannt wird, werden zu großen Teilen privat finanziert, von

einer sozioökonomisch privilegierten Zielgruppe. Die Angebote sind deshalb in der Mehrheit als eine Art der Elitenbildung konzipiert (vgl. Adick 2005, S. 258). Strategische Bildungsentscheidungen von Eltern werden zusehends von Angeboten auf dem globalen Bildungsmarkt beeinflusst (vgl. Van Zanten 2005). Soziale Eliten, die sich durch Reisen und das Erlernen von Sprachen längst international orientieren, eröffnen sich neue Bildungsmöglichkeiten. Ihre ‚Elitenmehrsprachigkeit‘ fungiert als kulturelles Kapital, das – anders als die lebensweltliche Mehrsprachigkeit von MigrantInnen – die Partizipation an formaler Bildung und darüber hinaus im (internationalen) Arbeitsmarkt begünstigt.

Sprachliche Identitäten und Bildungsperspektiven

Aus der erziehungswissenschaftlichen Perspektive beleuchten wir im Folgenden zunächst die Sozialisationskontexte, sozialen Identitäten, sprachlichen Kompetenzen und Bildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen, die migrationsbedingt in transnationale soziale Netzwerke eingebunden sind. Im Anschluss formulieren wir – ausgehend von dem Anspruch, die Partizipationsmöglichkeiten transnationaler MigrantInnen im Bildungssystem zu verbessern – Herausforderungen für die Konzeption und Organisation von (sprachlicher) Bildung im Kontext von Schulentwicklung.

Ausgangspunkt unserer Ausführungen sind zwei wissenschaftlich begründete Thesen, die dem ‚Common Sense‘ über Mehrsprachigkeit und Bildung im Kontext transnationaler Migration in mancher Hinsicht widersprechen. Den Begriff des Common Sense definieren wir in Anlehnung an Clifford Geertz im Sinne von Bekundungen des sog. gesunden Menschenverstands, die die Evidenz des Offensichtlichen beanspruchen und unmittelbar einleuchten, daher auch keiner kritischen Überprüfung standhalten müssen: *„Der common sense präsentiert die Dinge [...] so, als läge das, was sie sind, einfach in der Natur der Dinge. Ein Hauch von ‚wie denn sonst‘, eine Nuance von ‚versteht sich‘ wird den Dingen beigelegt“* (Geertz 1997, S 277). Der Common Sense ist nicht ‚unwahr‘ oder ‚unsinnig‘, sondern durchaus realitätsnah, insofern er die herrschenden Verhältnisse widerspiegelt.

Daher speisen sich aus ihm auch die hegemonialen (dominanten) gesellschaftlichen Diskurse, die vor allem massenmedial verbreitet, beständig wiederholt und als ‚plausible Gedankengänge‘ eingeschliffen werden. Der Common Sense stellt Deutungsmuster bereit, die für

die Alltagsbewältigung hilfreich sind, denn er enthebt die AkteurlInnen des Alltags von jeglicher kritischer Infragestellung des Gegebenen. Dieses wiederum, die kritische Infragestellung des scheinbar Unhinterfragbaren, verstehen wir als eine zentrale Aufgabe der Sozialwissenschaften. Unsere Überlegungen zu Mehrsprachigkeit zielen darauf ab, die Komplexität transnationaler Sozialisationsbedingungen und damit verbundener sprachlicher Herausforderungen zu erfassen. Im Unterschied zum Common Sense lassen sich aus diesen Analysen keine einfachen Handlungsanweisungen für die Bildungsarbeit ableiten

Erste These: Lebensweltliche Mehrsprachigkeit und Mehrfachzugehörigkeit sind Teil der sozialen Identität transnationaler MigrantInnen

Im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung sind internationale Erfahrungen in der Bildungslaufbahn ein großes Plus: Internationale Schüleraustausch-Projekte, Schulpartnerschaften und Sprachkuraufenthalte sind mittlerweile selbstverständlicher Bestandteil von vielen Schulkarrieren; Erfahrungen außerhalb des eigenen nationalen Bildungsraums bringen unter Umständen entscheidende Vorteile in Bewerbungsgesprächen. Viele Firmen erwarten von ihren ManagerInnen ‚interkulturelle Kompetenz‘, die sogar in speziellen Trainingskursen vermittelt werden soll. Die alltäglichen Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen, die in transnationalen Familien und Netzwerken aufwachsen, werden hingegen vorwiegend als problematisch betrachtet und für Entwicklungsstörungen und Konflikte verantwortlich gemacht.

Common Sense ist hier: Diese Heranwachsenden hätten ein Identitätsproblem, weil sie zwischen zwei Kulturen lebten und aufwachsen und daher nicht wüssten, wo sie hingehören. Um sich in Deutschland zu integrieren, müssten sie sich mit der deutschen Kultur identifizieren und sich von der Herkunftskultur der Eltern ablösen. Dazu gehöre, dass sie vor allem ‚deutsche‘ FreundInnen haben, ihre Freizeit in ‚deutschen‘ Kontexten verbringen und nach Möglichkeit vorwiegend Deutsch sprechen (vgl. auch die sog. Leitkultur-Debatte).

Seit Anfang der 1990er Jahre wird in Publikationen der interkulturellen Erziehungswissenschaft das Konzept der ‚Kultur‘ bzw. der ‚kulturellen Identität‘, das dieser Common-Sense-Argumentation zugrunde liegt, kritisiert, u. a. weil es die Prozesshaftigkeit und Wandelbarkeit von Kultur ausblendet, ebenso wie die Tatsache, dass kulturelle Praktiken, Symbole und Ausdrucksfor-

men nie eindeutig, sondern immer interpretationsbedürftig und ihre Bedeutungen umkämpft sind. Bemerkenswert ist zudem, dass in einem starren Konzept von Nationalkultur alles eingeebnet wird, was ansonsten als Merkmal demokratisch freiheitlicher Gesellschaften gilt, wie z.B. die Vielfalt individualisierter Lebensformen, Wertpluralismus, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und anderes mehr.

Die Vorstellung, dass die ‚deutsche Kultur‘ (wie andere nationale Kulturen) etwas Homogenes, Einheitliches sei, an das sich ImmigrantInnen anpassen könnten, geht u. a. zurück auf die deutsche Romantik Anfang des 19. Jahrhunderts, vor allem auf die Schriften der Philosophen Fichte und Herder, deren Versuche, die deutsche Nation zu begründen, sich auf die Formel *‚ein Volk = eine Kultur = eine Sprache‘* bringen lässt (vgl. hierzu Gogolin 1994, S. 41ff.; Krüger-Potratz 2005, S. 63ff). Die Idee, es gebe jenseits allen geschichtlichen Wandels einen innersten Kern bzw. eine Wesenhaftigkeit (Essenz) eines ‚Volks‘ und ‚seiner Kultur‘, ist die Basis für ein essentialistisches Konzept von kultureller Identität und dient seit Beginn der noch recht jungen Nationalstaatsgründungen der klaren Abgrenzbarkeit und der Vereindeutigung von „Zugehörigkeitsverhältnissen“ (Mecheril 2003).

Es sei darauf hingewiesen, dass solch ein essentialistisches Kulturkonzept auch in hohem Maße anschlussfähig an (neo)-rassistische Weltbilder war und ist. Aus rassismustheoretischer Sicht dient die Abgrenzung von den als ‚anders‘ definierten – ein Prozess, der auch als ‚Othering‘ bezeichnet wird – dazu, über alle reale Heterogenität und Interessenkonflikte hinweg die Fiktion eines einheitlichen ‚Wir‘ (ein ‚nationales Phantasma‘) zu begründen bzw. aufrechtzuerhalten.

Nichts irritiert daher das nationalistische und/oder rassistische Bedürfnis klarer Entweder-Oder-Zuordnungen so sehr wie „Mischung“ und „Mehrfachzugehörigkeiten“ (Mecheril/ Melter 2010, S. 177; Mecheril 2010, S. 189). Für viele Heranwachsende, die in transnationalen Haushalten und Netzwerken aufwachsen, sind solche Mehrfachzugehörigkeiten aber selbstverständlich; erkennbar ist das z.B. an Selbstdefinitionen von Jugendlichen, die von sich sagen, sie seien *sowohl* portugiesisch *als auch* deutsch oder sie seien „typische Deutsch-Afrikanerinnen“ (Fürstenau/Niedrig 2007b, S. 255f., S. 258).

Diese transnationalen Identitäten signalisieren eine Zurückweisung der Zumutung, sich eindeutig verorten

zu müssen; sie entsprechen den plurilokalen biographischen Erfahrungen und Zugehörigkeitsbedürfnissen dieser Jugendlichen, die wir daher auch als TransmigrantInnen bezeichnen: Wie unsere Studien zeigen, ist ihre familiäre und die peer-group-Sozialisation durch das Aufwachsen in transnationalen Haushalten geprägt. Die Mitglieder einer Familie (inklusive Großeltern, Tanten und Onkel, Cousins und Cousinen) leben an verschiedenen Orten, wobei der familiäre Zusammenhalt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gepflegt und die transnationale Familie als sozio-ökonomische Einheit wahrgenommen wird. Das bedeutet, dass auch diejenigen Jugendlichen, die erst später oder gar nicht selbst migriert sind, bereits von klein auf die transnationale Familienkonstellation sowie die damit verbundene Lebensorganisation und Lebensplanung als Alltagsnormalität erleben und oft bereits Vorbilder für ihre eigenen transnationalen Lebensentwürfe und Bildungslaufbahnen in ihrem sozialen Umfeld vorfinden.

Konflikte und Entwicklungshindernisse wären aus dieser Sicht nicht den transnationalen Identitäten anzulasten, sondern ließen sich auf den sozialen und politischen Druck, sich eindeutig zu verorten, zurückführen. Pädagogische Maßnahmen, die auf ‚Integration‘ im Sinne der Vereindeutigung der Zugehörigkeitsverhältnisse abzielen, wären demzufolge eine Form von struktureller Gewalt, da sie die Möglichkeit, das Sowohl-als-auch zu leben, beschneiden. Ein Beispiel für solch eine gewaltsame Beschneidung von Lebensmöglichkeiten sind Verbote von Minderheitensprachen im schulischen Raum.

Anders als assimilationstheoretische Annahmen dies vorhersagen, ist die anhaltende Vitalität von Migrantensprachen in europäischen Großstädten durch soziolinguistische Untersuchungen belegt (vgl. Extra/ Yagmur 2004). In zwei deutschen Regionalstudien (Hamburg, Essen) zur sprachlichen Praxis von Grundschulkindern wurde festgestellt, dass neben der deutschen Sprache etwa 100 Familiensprachen tagtäglich gebraucht werden (Fürstenau u.a. 2003, Chlosta u.a. 2003). Neueste Forschung weist auf eine zunehmende sprachliche Diversifizierung hin (Gogolin 2010). In transnationalen Kontexten stehen Herkunftssprachen und die deutsche Sprache nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern sie werden in unterschiedlichen sozialen Domänen verwendet. Nicht nur im Falle der großen Sprachgruppen (z.B. Türkisch, Russisch), sondern auch, wenn die Sprachen in der Umgebung weniger gesprochen werden (z.B. Urdu, Albanisch, Twi, Ewe), werden sie in den Familien gepflegt.

Zweite These: Die lebensweltliche Mehrsprachigkeit transnationaler MigrantInnen ist eine Ressource, die im deutschen Bildungssystem ver-schenkt wird

Während manche bildungsorientierte Eltern ohne eigene Migrationserfahrung unter dem Einfluss der Transnationalisierung ‚von oben‘ unter Druck geraten, ihre Kinder schon im Vorschulalter in Englisch- oder Chinesischkursen unterzubringen, machen viele Kinder und Jugendliche, die innerhalb transnationaler Migrationsnetzwerke mehrsprachig aufwachsen, im deutschen Bildungssystem die Erfahrung, dass ihre lebensweltliche Mehrsprachigkeit ein Nachteil ist. Sprache fungiert als Selektionskriterium (vgl. Hormel 2010, S. 182ff), wenn z.B. migrationsbedingt mehrsprachige SchülerInnen von der Einschulung ‚zurückgestellt‘ werden oder keine Empfehlung für ein Gymnasium erhalten.

Die vermeintlichen ‚Sprachprobleme‘ von sog. SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind ein Thema, das im öffentlichen Diskurs über Schule und Bildung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft präsent ist. Der dominante Diskurs folgt in etwa dem folgenden Common Sense: In der Schule und auf dem Arbeitsmarkt könnten Migrantenkinder und -jugendliche nur erfolgreich sein, wenn sie gut Deutsch sprechen. Die Herkunftssprachen seien hier nicht nur überflüssig, sondern sogar ein Ballast, denn sie behinderten den schnellstmöglichen Deutscherwerb. Nach dem Motto „Viel hilft viel!“ sollten zweisprachige Kinder nach Möglichkeit ausschließlich Deutsch sprechen – vor allem im Kindergarten und der Schule, aber am besten auch im familiären Umfeld.

Das Common-Sense-Argument „Viel hilft viel“ ist in der Wissenschaft als ‚maximum-exposure‘- bzw. als ‚time-on-task‘-Hypothese bekannt. Der zunächst plausibel erscheinende Gedankengang – je mehr Unterrichtszeit in einer Zweitsprache zur Verfügung steht, desto besser lernt man diese Sprache – ist jedoch durch Forschung zu bilingualen Schulmodellen im Hinblick auf die *sozial dominante* Sprache widerlegt: Wird in bilingualen Unterrichtsmodellen ein (auch großer) Teil des Unterrichts im Medium einer Minderheitensprache erteilt, wirkt sich das nachweislich nicht abträglich auf die Entwicklung der Sprache der sozialen Mehrheit aus – weder bei Mehrheits- noch bei Minderheitskindern (vgl. Forschungsüberblick von Söhn 2005). Mit anderen Worten: Wie gut Kinder in der Schule Deutsch (als Bildungssprache) lernen, hängt von der *Qualität* des entsprechenden Unterrichts ab und keineswegs davon, dass

ausschließlich Deutsch gesprochen oder unterrichtet wird.

Dennoch findet man eine diesem Common Sense ähnliche Argumentation nicht nur in Alltagsdiskursen, sondern durchaus auch in wissenschaftlichen Publikationen (prominent bei Esser 2004, 2006). Es handelt sich um eine Position, die in der wissenschaftlichen Migrationsdebatte kritisiert und als „neo-assimilationistisch“ bezeichnet wird (vgl. z.B. Otto/Schrödter 2006, Castro Varela/Mecheril 2010). Ausgehend von den oben skizzierten Erkenntnissen über Sozialisationsbedingungen in transnationalen Lebenswelten kritisieren wir vor allem den affirmativen Charakter der neo-assimilationistischen Position. Dieser besteht z.B. darin, dass die Bildungsvoraussetzungen von Kindern und Jugendlichen, die im Kontext transnationaler Migration mehrsprachig aufwachsen, nicht zum Anlass genommen werden, Strukturen und Routinen der Schulen, die diesen Kindern und Jugendlichen womöglich nicht gerecht werden, zu hinterfragen.

Während die erziehungswissenschaftliche Forschung starke Hinweise darauf enthält, dass SchülerInnen aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem auf verschiedenen Ebenen Benachteiligung erfahren (vgl. Diefenbach 2010, S. 83ff), wird diese Möglichkeit aus neo-assimilationistischer Perspektive durch einen „migrationswissenschaftlichen Empirismus“, der nur mit „dem (empirisch) Gegebenen“ argumentiert (Castro Varela/Mecheril 2010, S. 48) ausgeblendet.

Es wird empirisch bestätigt, dass Kinder, die nicht mit den schulischen Erfolg garantierenden sprachlichen Ressourcen ausgestattet sind, im gegebenen Schulsystem deutlich weniger Schulerfolgchancen haben. Daraus wird die normative Empfehlung für einsprachige Bildung im Medium der gesellschaftlichen Mehrheitsprache und für den Verzicht auf Unterricht in den Migrantensprachen abgeleitet, ohne dass der Übergang von der empirischen Analyse zur normativen Forderung explizit gemacht und reflektiert würde. Die Forderung nach einer Anpassung der MigrantInnen an schulische Bedingungen, die ihren Bildungsvoraussetzungen nicht entsprechen und daher diskriminierend wirken, wird vielmehr als ‚alternativlos‘ bezeichnet (vgl. Esser 2004, S. 44f); und sprachlich-kulturellen Ressourcen, deren ‚Profit‘ in den *gegebenen* schulischen Strukturen nicht nachweisbar ist, wird jeder Bildungswert abgesprochen. Aber auf der Grundlage des empirischen Befundes lassen sich durchaus alternative Forderungen formulie-

ren, die von Fragen der Bildungsgerechtigkeit geleitet sind und schulische Strukturen zur Disposition stellen.

Wie der Common Sense in wissenschaftlichen Diskursen wirkt, lässt sich zudem an einer an ‚Effektivität‘ orientierten Forschungsperspektive nachweisen. Wenn es um die Frage geht, ob Migrantensprachen in der Schule unterrichtet werden sollen, wird zum Beispiel betont, die „bisher durchgeführten empirischen Studien“ hätten nicht „nachweisen“ können, „dass bilinguale Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund der ausschließlichen Förderung der L2 (bedeutet hier Zweit- und Schulsprache, in Deutschland also Deutsch) *überlegen* sei“ (Allemann-Ghionda/ Stanat u.a. 2010, S. 9; Hervorhebung S.F., H.N.). Diese Argumentation ist inzwischen offenbar so eingeschliffen, dass der Bewertungsmaßstab – woran wird Überlegenheit festgemacht? – hier weder explizit benannt noch zur Diskussion gestellt wird. Wer mit der wissenschaftlichen Kontroverse über den Wert und ‚Nutzen‘ bilingualer Bildung im Kontext von Migration vertraut ist (vgl. Gogolin/ Neumann 2009), dem ist allerdings bekannt, dass der Wert des Unterrichts in Migrantensprachen hier vor allem daran festgemacht wird, ob er messbare Kompetenzen im Deutschen (!) und den Schulerfolg im gegebenen Schulsystem positiv beeinflusst.

Betrachtet man den (Stellen-)Wert von Unterricht in Migrantensprachen aus einer theoretisch begründeten schulkritischen Perspektive, muss man sich jedoch fragen, ob es überhaupt sinnvoll ist, die ‚Überlegenheit‘ bilingualer Modelle mit Unterricht in Migrantensprachen am Erfolg in einem Schulsystem nachweisen zu wollen, in dem Migrantensprachen meistens nicht als kulturelles Kapital fungieren (vgl. Fürstenau/Niedrig 2011). Unsere These, dass lebensweltliche Mehrsprachigkeit als Ressource im deutschen Bildungssystem verschenkt wird, ist also Teil einer grundsätzlichen Kritik an der Verfasstheit der Schule, die soziale Ungleichheit in der Migrationsgesellschaft reproduziert.

Migrationsbedingt mehrsprachigen SchülerInnen wird in der Schule nicht nur die Möglichkeit verwehrt, ihr sprachliches Potenzial in vollem Umfang zu entfalten. Sie gehören darüber hinaus im deutschen gegliederten Schulsystem zu einer sog. Risikogruppe, die davon bedroht ist, keine oder nur niedrige Schulabschlüsse zu erreichen. Die normativen Empfehlungen, die wir aus dieser Situation ableiten, sind nicht assimilationsorientiert, sondern richten sich auf Ansätze der Schul- und Unterrichtsentwicklung, die den Bedingungen einer durch transnationale Migration geprägten Gesellschaft

Rechnung tragen (vgl. Fürstenau/Gomolla 2009 a, b, 2011 a, b). Die Schule muss sich verändern, indem sie sich auf unterschiedliche (nicht nur) sprachliche Bildungsvoraussetzungen und -bedürfnisse einstellt und institutionelle Ausgrenzungsmechanismen überwindet.

In welchem Maße Bildungsprozesse auch durch institutionelle Diskriminierung (Gomolla/Radtke 2009) behindert werden, zeigt zum Beispiel der paradoxe Umgang des Bildungssystems mit den sprachlichen Ressourcen afrikanischer Jugendlicher: Die meisten Jugendlichen, deren transnationale Bildungslaufbahnen von Afrika nach Europa führen, haben nicht nur mündliche, sondern zum Teil auch entwickelte schriftsprachliche Kenntnisse in Englisch und/oder Französisch, den ehemaligen Kolonialsprachen und heutigen Amts- und Schulsprachen vieler afrikanischer Nationen. Diese beiden Sprachen versprechen – im Unterschied zu anderen Sprachen von MigrantInnen – einen Distinktionsprofit auf dem schulischen Sprachmarkt in Deutschland, den die Jugendlichen jedoch so gut wie nie einlösen können: Ihre potenziell transnationalen Sprachressourcen werden hierzulande weder sinnvoll genutzt noch effektiv weiterentwickelt, wie das Beispiel von Juliette exemplarisch vor Augen führt.

Ähnlich geht es Jugendlichen aus anglophonen Schulsystemen, die berichten, der einzige ‚Vorteil‘, den ihre guten Englischkenntnisse ihnen in der deutschen Schule gebracht hätten, sei die Möglichkeit gewesen, sich vom Englischunterricht befreien zu lassen. Der Grund hierfür ist, dass diese Jugendlichen – aufgrund ihrer ‚Sprachdefizite‘ (gemeint ist Deutsch) – regelmäßig in die unteren Bildungsgänge des deutschen Schulsystems eingewiesen werden (Hauptschule, Berufsvorbereitungsschulen), in denen Englisch eine marginale und Französisch gar keine Rolle spielen (Niedrig 2003, 2006).

Um institutionelle Diskriminierung zu überwinden, ist ein Ansatz der Schul- und Unterrichtsentwicklung notwendig, der „alle konventionellen schulischen Arbeitsbereiche – vor allem auf den Ebenen von Curricula und Material, Unterricht bzw. pädagogischer Arbeit, Organisationen, Qualifizierung der Fachkräfte, administrativer und politischer Steuerung“ hinterfragt (Fürstenau/Gomolla 2011a, S. 9). Die Mehrsprachigkeit transnationaler MigrantInnen, von der wir wissen, dass sie in der Migrationsgesellschaft dauerhaft lebendig sein wird, muss in diesem Prozess berücksichtigt werden.

Fazit und Ausblick

Die Sozialisierungserfahrungen und Bildungslaufbahnen im Kontext transnationaler Migration verweisen auf eine Diskrepanz zwischen den sprachlich-kulturellen Kompetenzen und sozialen Ressourcen jugendlicher TransmigrantInnen und den Kenntnissen, die im formalen Schulsystem der Einwanderungsgesellschaft als legitim gelten. Der Erfolg transnationaler Bildungslaufbahnen wird durch die Definition des legitimen Schulwissens im nationalstaatlichen Bildungssystem eher begrenzt als gefördert. Transnationalisierung ‚von unten‘ ist somit eine Herausforderung für nationale Bildungssysteme.

Ein Beispiel für einen Versuch, Prozesse der Transnationalisierung ‚von unten‘ und ‚von oben‘ auf Schulebene konzeptionell zu verbinden, sind bilinguale Schulmodelle, in denen Deutsch und eine Migrantensprache kombiniert werden. Hierzu gehören insbesondere die Staatlichen Europa-Schulen Berlin (SESB) mit Russisch, Spanisch, Italienisch, Polnisch, Türkisch, Griechisch sowie Portugiesisch (zusätzlich zu Englisch und Französisch) sowie die Schulen im Hamburger Schulversuch Bilinguale Grundschulklassen mit Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und Türkisch.

Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Hamburger Schulversuchs ergab, dass die Kinder in diesen bilingualen Klassen generell gute bis sehr gute schulische Erfolge verzeichnen; bedeutsam ist dabei insbesondere folgendes Ergebnis: „Die Leistungen in Lesen und in Mathematik, die mit IGLU-Instrumenten untersucht wurden, hängen – anders als im deutschen Schulsystem üblicherweise – nur schwach mit dem sozioökonomischen Status der Familie und ihrem Bildungsniveau zusammen“ (Neumann 2011: 183). Diese Lockerung der für das deutsche Bildungssystem besonders ausgeprägten Verknüpfung von Schulerfolg und sozialer Herkunft führen die evaluierenden Wissenschaftlerinnen vor allem auf den sprachsensiblen Fachunterricht des bilingualen Schulmodells zurück. Wenn im Unterricht sprachübergreifend, -vergleichend und -kontrastierend gearbeitet wird, kann darüber hinaus die lebensweltliche Mehrsprachigkeit, die Kinder und Jugendliche in transnationalen Kontexten erwerben, zu einer günstigen Voraussetzung für Schulerfolg werden, und die einbezogenen Migrantensprachen werden institutionell aufgewertet.

Literatur

- Adick, Christel (2005): *Transnationalisierung als Herausforderung für die International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft*. In: Tertium Comparationis. Journal für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft. Jg. 11, Heft 2, S. 243–369.
- Allemann-Ghionda, C./ Stanat, P./ Göbel, K./ Röhner, C. (2010): *Migration, Identität, Sprache und Bildungserfolg - Einleitung zum Themenschwerpunkt*. In: Zeitschrift für Pädagogik, 55. Beiheft, S. 7–16.
- Castro Varela, M d. M./ Mecheril, P. (2010): *Grenze und Bewegung. Migrationswissenschaftlicher Klärungen*. In: Andresen, S./ Hurrelmann, K./ Palentien, C./ Schröer, W. (Hrsg.): *Migrationspädagogik*. Weinheim und Basel: Beltz, S. 23–53.
- Chlosta, C./ Ostermann, T./ Schroeder, C. (2003): *Die Durchschnittsschule und ihre Sprachen. Ergebnisse des Projekts ‚Spracherhebung an Essener Grundschulen‘ (SPREEG)*. Elise: 43–139.
- Diefenbach, H. (2010): *Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Dirim, I./ Auer, P. (2004): Türkisch sprechen nicht nur die Türken. Über die Unschärfebeziehung zwischen Sprache und Ethnie in Deutschland. Berlin u.a.: de Gruyter.
- Esser, H. (2004): *Welche Alternativen zur „Assimilation“ gibt es eigentlich?* In: Klaus J. Bade, K. J./ Bommes, M. (Hrsg.): *Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche*, Heft 23, S. 41–59.
- Esser, H. (2006): *Migration, Sprache und Integration. AKI-Forschungsbilanz 4*. Berlin: Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Extra, G./ Yagmur, K. (2004): *Urban Multilingualism in Europe. Immigrant Minority Languages at Home and School*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Fürstenau, S. (2004): *Transnationale (Aus-) Bildungs- und Zukunftsorientierungen*. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Jg. 7, Heft 1, S. 33–57.
- Fürstenau, S./ Gogolin, I./ Yagmur, K. (Hrsg.) (2003): *Mehrsprachigkeit in Hamburg. Ergebnisse*

einer Sprachenerhebung an den Grundschulen in Hamburg. Münster u.a.: Waxmann Verlag.

Fürstenau, S./ Gomolla, M. (Hrsg.) (2009a): Migration und schulischer Wandel: Unterricht. Wiesbaden: VS Verlag.

Fürstenau, S./ Gomolla, M. (Hrsg.) (2009b): Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag.

Fürstenau, S./ Gomolla, M. (Hrsg.) (2011a): Migration und schulischer Wandel: Mehrsprachigkeit. Wiesbaden: VS Verlag.

Fürstenau, S./ Gomolla, M. (Hrsg.) (2011b): Migration und schulischer Wandel: Leistungsbeurteilung. Wiesbaden: VS Verlag. Im Druck.

Fürstenau, S./ Niedrig, H. (2007a): Zum Schwerpunkt dieser Ausgabe: Jugendliche in transnationalen Kontexten. Editorial. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2, Heft 3, S. 235–245.

Fürstenau, S./ Niedrig, H. (2007b). Hybride Identitäten? Selbstverortungen jugendlicher TransmigrantInnen. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 2, Heft 4, S. 247–262.

Fürstenau, S./ Niedrig, H. (2010): Bilder und Begriffe von Mehrsprachigkeit. In: Krüger-Potratz, M./ Neumann, U./ Reich, Hans H. (Hrsg.): Bei Vielfalt Chancengleichheit. Münster u.a.: Waxmann Verlag, S. 260–288.

Fürstenau S./ Niedrig, H. (2011): Die kultursoziologische Perspektive Pierre Bourdieus: Schule als sprachlicher Markt. In: Fürstenau, S./ Gomolla, M. (Hrsg.): Migrations und schulischer Wandel: Mehrsprachigkeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 69–87.

Geertz, C. (1997): Common sense als kulturelles System. In: ders.: Dichte Beschreibungen. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 261–288.

Glick Schiller, N./ Basch, L./ Szanton Blanc, C. (1992): Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity and Nationalism Reconsidered. New York: New York Academy of Sciences.

Goebel, D./ Pries, L. (2003): Transnationale Migration und die Inkorporation von Migranten: einige konzeptionell theoretische Überlegungen zu einem erweiterten Verständnis gegenwärtiger Inkorporationsprozesse von Migranten. In: F. Swiaczny/ Haug, S. (Hrsg.): Migration – Integration – Minderheiten:

Neuere interdisziplinäre Forschungsergebnisse, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 107. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft, S. 35–48.

Gogolin, I. (1994): Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster & New York: Waxmann Verlag.

Gogolin, I. (2005): Erziehungsziel Mehrsprachigkeit. In: Röhner, C. (Hrsg.): Erziehungsziel Mehrsprachigkeit. Diagnose von Sprachentwicklung und Förderung von Deutsch als Zweitsprache.. Weinheim u.a., Juventa: 13–24.

Gogolin, I. (2010): Stichwort: Mehrsprachigkeit. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Jg. 13, Heft 4, S. 529–547.

Gogolin, I./ Neumann, U. (Hrsg.) (2009): Streitfall Zweisprachigkeit. Wiesbaden: VS Verlag.

Gomolla, M./ Radke, F.-O. (2009): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Wiesbaden: VS Verlag.

Hormel, U. (2010): Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem. In: Hormel, U./ Scherr, A. (Hrsg.): Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse. Wiesbaden: VS Verlag, S. 173–195.

Krüger-Potratz, M. (2005): Interkulturelle Bildung. Eine Einführung. Münster u.a.: Waxmann.

Levitt, P./ Glick Schiller, N. (2004): Conceptualizing simultaneity: a transnational social field perspective on society. In: International Migration Review, Jg. 38, Heft 3, S. 1002–1039.

Mecheril, P. (2003): Prekäre Verhältnisse. Über nation-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit. Münster u.a.: Waxmann Verlag.

Mecheril, P. (2010): Anerkennung und Befragung von Zugehörigkeitsverhältnissen. Umriss einer migrationspädagogischen Orientierung. In: Mecheril, P. u.a. (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz, S. 179–191.

Mecheril, P./ Melter, C. (2010): Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Mecheril, P. u.a. (Hrsg.): Migrationspädagogik. Weinheim/Basel : Beltz, S. 150–178.

Neumann, U. (2011): Schulischer Wandel durch bilinguale Klassen. In: Fürstenau, S./ Gomolla, M.

(Hrsg.): Migration und schulischer Wandel: Mehrsprachigkeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 181–190.

Niedrig, H. (2003): Bildungsinstitutionen im Spiegel der sprachlichen Ressourcen von afrikanischen Flüchtlingsjugendlichen. In: Neumann, U./Niedrig, H./Schroeder, J./Seukwa, L. H. (Hrsg.): Lernen am Rande der Gesellschaft. Bildungsinstitutionen im Spiegel von Flüchtlingsbiografien. Münster u.a.: Waxmann, S. 303–346.

Niedrig, H. (2006): Transnationale Ressourcen im Bildungssystem. Das Beispiel der sprachlichen Kompetenzen von afrikanischen Flüchtlingsjugendlichen. In: Gerhardt, L./ Möhle, H./ Oßenbrügge, J./ Weiße, W. (Hrsg.): Umbrüche in afrikanischen Gesellschaften und ihre Bewältigung. Beiträge aus dem Sonderforschungsbereich 520 der Universität Hamburg. Berlin: LIT, S. 61–75.

Otto, H.-U./ Schrödter, M. (Hrsg.) (2006): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Multikulturalismus – Neo-Assimilationismus – Transnationalität. neue praxis, Sonderheft 8. Lahnstein.

Pries, L. (Hrsg.) (1997): Transnationale Migration. Soziale Welt, Sonderband 12. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Rampton, B. (1994): Crossing. Language and Ethnicity among Adolescents. London: Longman.

Smith, M. P./ Guarnizo, L. E. (Hrsg.) (1998): Transnationalism from below. New Brunswick: Transaction Publ.

Söhn, J. (2005): Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder. Ergebnisse der Evaluationsforschung zu seinen Auswirkungen auf Zweisprachigkeit und Schulerfolg. (AKI-Forschungsbilanz 2). Berlin: Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte.

Stanat, P./ Rauch, D./ Segeritz, M. (2010): Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Klieme, E./ Artelt, C./ Hartig, J./ Jude, N./ Köller, O./ Prenzel, M./ Schneider, W./ Stanat, P. (Hrsg.): PISA 2009 - Bilanz nach einem Jahrzehnt. Münster, u.a., Waxmann: 200–230.

Tracy, R. (2008): Wie Kinder Sprachen lernen. Und wie wir sie dabei unterstützen können. Tübingen: Francke Verlag.

Van Zanten, A. (2005): New Modes of Reproducing Social Inequality in Education: the changing role of parents, teachers, schools and educational policies. In: European Educational Research Journal 4 (3), S. 155–169.

Wimmer, A./ Glick Schiller, N. (2002): Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences. In: Global Networks, Jg. 2, Heft 4, S. 301–334.

Sara Fürstenau ist Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Interkulturelle Pädagogik am Institut für Erziehungswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. **Dr. Heike Niedrig** vertritt eine Professur am Institut für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

Kathrin Kissau / Uwe Hunger

Politischer Internet-Transnationalismus, virtuelle Diasporas und ‚ethnische‘ Online-Öffentlichkeiten von MigrantInnen

Internet und Migration

Das Internet spielt für MigrantInnen eine immer wichtigere Rolle. Die modernen Informationstechnologien ermöglichen es ebenso wie die Massentransportmittel, dass MigrantInnen heute einfacher und schneller Kontakt zu ihrem Herkunftsland aufnehmen und bewahren können, und durch die Migration nicht mehr alle Brücken abgebrochen werden müssen. Daher führen heutige MigrantInnen oftmals ein Leben zwischen zwei Polen: Sie sprechen in der Regel mehrere Sprachen, bewegen sich zwischen verschiedenen Kulturen, fühlen sich dadurch mehreren Kontexten zugehörig und verfolgen oft politische, wirtschaftliche und kulturelle Interessen in zwei oder mehr Ländern.

Dem Internet kommt in diesem Kontext eine besondere Bedeutung zu, da es Informations- und Kommunikationsmittel zugleich ist. Über das Internet können sich MigrantInnen über verschiedene Online-Quellen, beispielsweise durch Online-Zeitungen, Weblogs und Newsgroups, über politische Ereignisse in ihrem Herkunftsland informieren und durch E-Mails, Foren oder Chats mit anderen Interessierten diskutieren. Dadurch können sie eine lebendige Verbindung zu ihren Verwandten und Freunden im Herkunftsland aufrechterhalten. Dabei schließen sich MigrantInnen nicht selten größeren Organisationen an, finden sich mit Gleichgesinnten, die sie über das Internet kennen gelernt haben, zu Online-Gemeinschaften zusammen oder gründen Interessensgruppen (vgl. In der Smitten 2007).

Aber nicht nur der transnationale Meinungs- und Informationsaustausch wird durch das Internet vereinfacht, auch die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement und politischen Aktionen kann über das Internet erfolgen. So bietet das Internet stärker als die traditionellen Print- und audiovisuellen Medien denjenigen MigrantInnen, die Oppositionelle sind oder aus einer politisch aktiven Bildungselite stammen, die Möglichkeit, durch Beiträge, Artikel und Kommentare im Netz auf die Meinungsbildung im Heimatland einzuwirken und politischen Protest zu organisieren. Gerade wenn Positionen vertreten und Diskussionen geführt werden, die innerhalb der Grenzen von autoritären Staaten wie dem Iran, China oder Russland Gefahr laufen, einer

politisch motivierten Online-Zensur zum Opfer zu fallen, kommt dieser Form der politischen Aktivität eine große Bedeutung zu. Die Bildung einer solchen alternativen öffentlichen politischen Sphäre birgt das Potential in sich, die öffentliche Meinung im Herkunftsland zu beeinflussen und gesellschaftliche Veränderungen zu unterstützen.

Aber auch im Hinblick auf die Beziehungen zum Aufnahmeland spielt das Internet eine immer größere Rolle. So kann das Internet dazu genutzt werden, sich über die Verhältnisse und Geschehnisse im Einwanderungsland zu informieren und an gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren (vgl. Kissau 2008). Gleichzeitig wird aber auch die Gefahr gesehen, dass sich MigrantInnen, eben durch die Möglichkeit der neuen Medien, im engen Kontakt mit ihrem Herkunftsland zu bleiben, weniger stark dem Einwanderungsland zuwenden und quasi in einer virtuellen Parallelwelt verhaftet bleiben (vgl. Schneider/Arnold 2004).

In dem Forschungsprojekt „Politische Potentiale des Internet: Die virtuelle Diaspora der Migranten aus Russland und der Türkei in Deutschland“ haben wir die politischen Aktivitäten untersucht, die MigrantInnen in Deutschland im Internet entfalten. Dabei galt das Forschungsinteresse der Vernetzung und Selbstorganisation im Aufnahmeland ebenso wie der Online-Beteiligung an politischen Prozessen im Herkunftsland der MigrantInnen. Exemplarisch wurde dies anhand der Einwandernden aus Russland und der Türkei in Deutschland untersucht. Wir haben dabei insgesamt drei prototypische Entwicklungslinien vorgefunden, wie MigrantInnen das Internet insbesondere in Bezug auf ihre politischen Interessen und Aktivitäten nutzen und sich zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland (virtuell) bewegen. Wir unterscheiden dabei zwischen politischem Transnationalismus, virtuellen Diasporas und ‚ethnischen‘ Online-Öffentlichkeiten (vgl. Kissau/Hunger 2009). Nachfolgend wollen wir die wichtigsten Charakteristika dieser Dimensionen der Internetnutzung kurz darstellen.

Drei Dimensionen der Internetnutzung von MigrantInnen

Internet und (politischer) Transnationalismus

Die erste Entwicklungstendenz in Bezug auf die politische Internetnutzung von MigrantInnen betrifft vor allem MigrantInnen aus Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion und die vorrangig von ihnen genutzten Internetangebote. Viele dieser InternetnutzerInnen in Deutschland waren sowohl an der Politik in Deutschland als auch in den jeweiligen Herkunftsländern interessiert. Das Thema „Politik“ war dabei auf Internetseiten nicht unbedingt dominant, sondern stellte nur einen Teil einer größeren, auf der gemeinsamen russischen Sprache und Kultur aufgebauten Internet-Sphäre dar. Die Internetseiten dieser Sphäre waren eng mit Angeboten aus Russland vernetzt, was wir als Ausdruck des Interesses und der Orientierung gewertet haben. Diese Nutzergruppe tauschte sich online vorrangig mit EinwohnerInnen der Herkunftsländer sowie anderen russischsprachigen MigrantInnen aus und verwendete im Internet auch vorrangig die russische Sprache.

Das Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Online-Gemeinschaft basierte auf den von den Mitgliedern geteilten Werten, der Bindung zur Herkunftskultur sowie den Erfahrungen von politischer Transformation und Migration (vgl. Navarrete/Huerta 2006: 5f.). Die unterschiedlichen Aufenthaltsländer der NutzerInnen (z.B. Deutschland, USA, Russland, Israel) spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle. Die postsowjetischen NutzerInnen und die von ihnen geschaffene russischsprachige Online-Sphäre wiesen Bezüge zu verschiedenen sozialen Systemen auf, die dauerhaft nationalstaatliche Grenzen überwinden (vgl. Bommes 2003: 101). Diese Charakteristika kann man einer sogenannten transnationalen Gemeinschaft zuschreiben, die als Reaktion auf Globalisierungsprozesse entstanden ist: „What common people have done in response to the process of globalization is to create communities that sit astride political borders and that, in a very real sense, are ‘neither here nor there’ but in both places simultaneously” (Portes 1998: 3).

Im Falle der postsowjetischen politischen Sphäre bestand dieser Transnationalismus vorrangig in dem Informationsaustausch und der Kommunikation. Dagegen waren konkrete politische Aktivitäten wie Unterschriftensammlungen, Abstimmungen oder die Organisation von Demonstrationen oder Veranstaltungen, die Grenzen überspannten, selten. Die transnationale Nutzung

des Internets durch MigrantInnen war jedoch nicht Ausdruck einer grundlegenden Ablehnung des Aufnahmelandes, sondern eher die Ausnutzung des kommunikativen Vorteils, der durch die gemeinsame kulturelle Herkunft erwächst und sich in ähnlichen politischen Ansichten, Interessen und Erfahrungen äußert (Kissau 2008).

Internet und Diaspora

Im Gegensatz dazu nutzten kurdische MigrantInnen (aus der Türkei) das Internet sehr stark politisch zur Stärkung ihrer Identität und Rolle als Diaspora, was als zweite Entwicklungsrichtung bezeichnet werden kann. Dabei haben wir eine „Diaspora“ als eine geographisch verstreut lebende Minderheit verstanden, die eine gemeinsame und identitätsstiftende Vision der zu einem günstigen Zeitpunkt erfolgenden Rückkehr ins Heimatland aufrechterhält und die sich deshalb für das Ziel einsetzt, das Herkunftsland (wieder)aufzubauen (Safran 1991: 83). So wurde das Internet von KurdInnen sehr ausgeprägt für diese Bindung zum Herkunftsland instrumentalisiert. Die politischen Interessen dieser MigrantInnengruppe waren auf die kurdische „Sache“ ausgerichtet.

Die Auswertung der Internetangebote und die Befragung der NutzerInnen zeigten gleichermaßen, dass sie nur peripher am politischen Prozess im Aufnahmeland teilnahmen, es sei denn, es bestand eine Beziehung der deutschen Politik zu den kurdischen Regionen im Nahen Osten. Eine mögliche Rückkehr in kurdische Gebiete und deren Entwicklung waren von übergeordneter Bedeutung für die Internetnutzungsweise und das zentrale politische Interesse der kurdischen NutzerInnen. Eine Diaspora-Identität wurde so durch die Online-Kommunikation mit anderen kurdischen MigrantInnen weltweit verstärkt. Dies unterschied die kurdischen Internetangebote deutlich von den postsowjetischen oder etwa deutsch-türkischen Seiten, auf die wir gleich noch näher eingehen. Ein kurdischer Nationalismus war auf fast allen Seiten evident, und Politik war das überragende Thema dieser Sphäre. Das Leben und die Rechte dieser MigrantInnengruppe in den Aufnahmелändern oder Themen wie Integration spielten hier kaum eine Rolle.

Dem Internet kam in diesem politischen Kontext eine besondere Bedeutung zu, da es, wie oben erwähnt, Informations- und Kommunikationsmittel zugleich ist. So nutzten kurdische MigrantInnen Online-Zeitungen, Weblogs, Foren oder Facebook, um sich Detailwissen

über politische Ereignisse und die öffentliche Meinung in ihrem Herkunftsland zu verschaffen und mit anderen Interessierten zu diskutieren. Darüber hinaus bot das Internet den MigrantInnen auch die Möglichkeit, ihre eigene Meinung durch Beiträge, Artikel und Kommentare im Netz zu veröffentlichen und somit zur Meinungsbildung in der Herkunftsregion und dem Aufnahmeland beizutragen. Außerdem wurden in der kurdischen Diaspora häufig Protestkundgebungen, E-Mail-Aktionen, Informationsveranstaltungen, Lobbyarbeit etc. über das Internet organisiert.

Diese Aktivitäten sind deshalb von großer Bedeutung für die kurdischen Gebiete im Nahen Osten, da aus dem Ausland über das Internet bestimmte Informationen geliefert, Positionen vertreten und Diskussionen geführt werden können, die innerhalb der Grenzen des Iraks, des Irans oder der Türkei Gefahr liefen, einer Online-Zensur zum Opfer zu fallen (Gladney 2005). Die Diaspora ist dadurch manchmal schneller als die einheimische Bevölkerung über aktuelle Ereignisse informiert und kann bei Bedarf ohne zeitliche Verzögerung aktiv werden. Diese Aktivitäten dienen oftmals der Bevölkerung im Herkunftsland als Vorbild für politisches Engagement und können anregen, selbst die Initiative zu ergreifen.

Diese Möglichkeiten der Diaspora werden, wie derzeit etwa in Nordafrika, immer stärker genutzt, um auf einzelne politische Themen oder die generelle Entwicklung des politischen Systems, z.B. durch die Stärkung oppositioneller Kräfte, Einfluss zu nehmen (Brainard/Brinkerhoff 2003; Siapera 2005). Somit erweitert die Diaspora nationale politische Themen um eine transnationale globalisierte Dimension (Laguerre 2002; Pries 2006).

Internet und ‚ethnische‘ Öffentlichkeit im Aufnahmeland

Eine dritte Entwicklungsrichtung zeigte die politische Nutzung des Internets durch türkische MigrantInnen auf. Ihre Beziehung zu ihrem Herkunftsland haben wir als interessiert, jedoch vorrangig beobachtend beschrieben. Eine (politische) Online-Kommunikation zwischen TürkInnen in Deutschland und TürkInnen in der Türkei fand eher selten statt. Das politische Engagement dieser InternetnutzerInnen galt vielmehr Deutschland, und vielfach fand auch der politische Austausch im Netz mit deutschen InternetnutzerInnen ohne Migrationshintergrund statt. Trotzdem zogen es viele der deutsch-türkischen NutzerInnen vor, politische Themen innerhalb einer Art ‚ethnischen‘ Teilöffentlich-

keit zu diskutieren (Hunger 2004), die sich durch die ergänzende Nutzung der türkischen Sprache und einem Einfluss der türkischen Kultur von der deutschen Mainstream-Öffentlichkeit abgrenzte. Vergleichbar mit Frasers Konzept der ‚subaltern publics‘ (vgl. Fraser 1992: 124) ist diese Öffentlichkeit vorrangig offen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die dort in einem geschützten Raum ohne den Druck der deutschen Öffentlichkeit agieren können.

Diese Form der Öffentlichkeit war aber nicht als ethnische Enklave zu verstehen, denn es gab sowohl inhaltliche Bezüge als auch kommunikative Kontakte zur dominanten inländischen Öffentlichkeit (Themen, KommunikationspartnerInnen, Vernetzung). Vielmehr wurde deutlich, dass sich mehr und mehr eine eigene, aber auf Deutschland bezogene nationale Internetsphäre von Deutsch-Türken herausbildet. Obwohl deutsch-türkische NutzerInnen durchaus auch deutsche Internetangebote nutzten und sich dort politisch beteiligten, und auch die Angebote enger mit deutschen Angeboten vernetzt waren als bei postsowjetischen MigrantInnen, war ihre politische Gemeinschaft doch eher türkisch bzw. deutsch-türkisch geprägt. Die Deutsch-TürkInnen bildeten im Internet eine Gemeinschaft, die untereinander mehr verband als die Einzelnen mit der Türkei (vgl. Breidenbach/Zukrigl 2000: 284). Dabei war die Motivation für und der Charakter der Online-Sphäre im Vergleich zu der postsowjetischen weniger auf gemeinsame kulturelle Werte und Emotionen und viel stärker auf den Willen zur Auseinandersetzung mit der politischen Realität in Deutschland und des Abwägens verschiedener Standpunkte ausgerichtet.

Motive der unterschiedlichen Internetnutzung

Was die Motive der MigrantInnen zur transnationalen Nutzung des Internets betrifft, so sahen etwa postsowjetische NutzerInnen im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen den Vorteil des Internets darin, dass dort Themen mit besonderer Relevanz für MigrantInnen angesprochen wurden, was sonst nicht getan wird. Dagegen spielte für kurdische und, in abgeschwächter Form, auch für deutsch-türkische NutzerInnen der Zugang zu alternativen Informationen eine größere Rolle.

Insgesamt wurde deutlich, dass sich die Mehrheit aller Gruppen von den klassischen Massenmedien in Deutschland tendentiell ausgeschlossen fühlte. Offensichtlich gehen „deutsche“ Medien zu wenig auf Themen ein, die MigrantInnen interessieren oder stellen MigrantInnen selbst tendenziös dar (Kissau 2010). Ein

von uns befragter deutsch-türkischer Blogger beschrieb dies so:

Solange sich die Mainstream-Medien nicht öffnen, wird das Internet das einzige Forum für Migranten bleiben [...] Oftmals habe ich das Bedürfnis verspürt, gegen die Verbreitung von falschen/ einseitigen/ verzerrten Meldungen etwas zu unternehmen. (vgl. Kissau/Hunger 2009).

Gleichzeitig haben diese Gruppen ein ausgeprägtes Informationsbedürfnis, insbesondere was politische Ereignisse in den Herkunftsländern/-regionen betrifft, das jedoch ebenfalls von den klassischen Medien nicht befriedigt wird.

Die politischen Aktivitäten von InternetnutzerInnen mit Migrationshintergrund kann daher zum Teil auch als Reaktion auf Abgrenzungserfahrungen durch die Aufnahmegesellschaft verstanden werden, da Identitäten nicht nur auf innere Ressourcen aufbauen. So ist nach Ansicht von Robins und Aksoy „Turkishness‘ heute keine ausschließlich türkische Angelegenheit – die Haltung der Europäer gegenüber kulturellen Entwicklungen innerhalb der türkischen ‚Minoritäten‘ hat einen bedeutenden Einfluß“ (2001: 96).

Gerade das verzerrte oder falsche Bild von ‚Deutsch-türken‘ wurde von WebseitenbetreiberInnen und InternetnutzerInnen als ein Auslöser ihres Online-

Engagements genannt und als Grund für die Nutzung einer eigenen, ‚ethnischen‘ Online-Sphäre angegeben, denn dort würden NutzerInnen keine Ablehnung aufgrund von Schreibfehlern oder bestimmter Ansichten erfahren. Gleichzeitig wird diese Ausgrenzung und Falschdarstellung von den NutzerInnen nicht mehr nur passiv hingenommen. Sie beteiligen sich vielmehr auch in Diskussionsforen von „Meinungsmachern“ wie spiegel-online.de, zeit.de, stern.de und focus.de, um an dieser Situation etwas zu verändern und berichten gleichzeitig auf anderen Internet-Seiten über diese Erfahrungen.

Das Internet stellt in diesem Zusammenhang zunehmend eine Möglichkeit dar, Bedürfnisse von MigrantInnen zu befriedigen, die weder von Politik und Medien noch von MigrantInnenorganisationen aufgegriffen werden. Laut einer Studie von Münsteraner StudentInnen nutzen MigrantInnen das Netz, weil sie

[...] dort [...] als Produzenten nicht nur selbst die Themen setzen [können], sondern auch untereinander und gleichberechtigt mit der Mehrheitsgesellschaft kommunizieren. [...] Knotenpunkte (Multiplikatoren) dieser internetvermittelten Kommunikation sind so genannte Online-Meinungsführer, die sich durch ihre Expertise, ihre Vernetzung und eine große Reichweite auszeichnen. (Kunstreich/Kücük/Strippel 2008)

Tabelle 1: Motive der Internet-Nutzung von MigrantInnen (in Prozent)

	Gesamt (N=443)	Post-sowjetische Teilstudie (N=135)	Türkische Teilstudie (N=174)	Kurdische Teilstudie (N=134)	χ^2 p
Bessere Kontaktmöglichkeiten zum Herkunftsland	85,5	85,8	84,1	86,7	~
Alternative Informationen zu den klassischen Medien	68,1	61,9	69,6	72,8	30,045 0,001
Nutzung bequem und günstig	67,0	71,6	67,8	61,7	nicht signifikant
Weniger Hemmungen seine Meinung zu äußern und zu vertreten	55,3	62,2	55,2	48,5	nicht signifikant
Mehr Möglichkeiten gehört zu werden, etwas politisch zu bewegen	46,0	39,6	50,0	48,5	nicht signifikant
Ansprache von Themen mit besonderer Relevanz für Migranten	44,5	61,9	38,8	32,8	38,324 0,001

Quelle: Ergebnisse der Studie "Politische Potentiale des Internet: Die virtuelle Diaspora der Migranten aus Russland und der Türkei in Deutschland", vgl. Kissau/Hunger 2009.

Fazit

Wie wir gezeigt haben, sind die Nutzungsmöglichkeiten des Internets durch MigrantInnen vielfältig. Es können sich gleichermaßen transnationale Online-Gemeinschaften, virtuelle Diasporas oder ethnische Online-Öffentlichkeiten herausbilden, ohne dass es eine feste Tendenz in die eine oder andere Richtung gibt. Dabei ist es auch möglich, dass diese drei aufgezeigten Entwicklungsrichtungen sogar innerhalb einer MigrantInnengruppe vertreten sind. So zeigten etwa kasachische und weißrussische Internetangebote und -nutzerInnen innerhalb der Untersuchungsgruppe der postsowjetischen InternetnutzerInnen und -betreiberInnen von Webseiten eher eine Diasporaorientierung, wie wir sie bei den KurdInnen gesehen haben. Auch Beispiele aus Großbritannien zeigen, dass MigrantInnengruppen bei ihren Internetseiten sowohl einen Fokus auf das Herkunftsland als auch auf die Lebenssituation im Aufnahmeland legen können (vgl. Parker/Song 2006: 580).

Diese Entwicklungsrichtungen sollen daher keine hohe Homogenität der Gruppen implizieren, denn auch zwischen MigrantInnen eines Herkunftslandes bestehen große Unterschiede in den politischen Interessen überhaupt, den daraus resultierenden Aktivitäten und den Formen, die sie annehmen (vgl. Hunger/Kissau 2009). Ebenso sollten diese Differenzen auch nicht als dauerhaft und stabil angesehen werden. Veränderungen hängen zudem sehr stark von den politischen, sozialen, ökonomischen und religiösen Entwicklungen in den Herkunftsländern, dem Aufnahmeland sowie möglicherweise in einflussreichen Drittstaaten ab.

Wie sich die aufgezeigten drei Entwicklungslinien weiter ausprägen, muss in Zukunft beobachtet werden. Zum einen hat die Dauer des Aufenthaltes der MigrantInnen im Aufnahmeland sicherlich einen Einfluss, zum anderen spielt auch die generelle Entwicklung des Internets eine Rolle. Da das Internet erst seit etwa einem Jahrzehnt ein wirkliches Massenmedium ist, muss sich noch zeigen, welche langfristigen Effekte das Internet entfaltet, insbesondere bei den nächsten Generationen, die mit dem Internet als Selbstverständlichkeit aufwachsen (sog. *digital natives*). Auch spielt die Verbreitung des Internet in manchen Herkunftstaaten eine Rolle. Ein Grund für die geringen politischen Online-Kontakte der untersuchten deutsch-türkischen NutzerInnen zur Türkei könnte die noch relativ geringe Verbreitung des Internets in manchen Regionen der Türkei sein. Hier läuft der Kontakt zum Herkunftsland vielfach

noch über das Telefon und den Rundfunk ab (vgl. hierzu Robins/Aksoy 2009). Dies, und auch die noch kommenden technischen Weiterentwicklungen, werden in Zukunft die Rolle des Internets für MigrantInnen mitbestimmen.

Die Tatsache aber, dass viele MigrantInnen angeben, sich gleichermaßen für Aufnahmeland und Herkunftsland zu interessieren – gerade auch für die internationalen Beziehungen zueinander (Kissau/ Hunger 2009) – spricht dafür, dass die Unterscheidung „between participation in a host state polity and practices directed towards transforming the home state“ künstlich ist (Adamson 2001: 155). Vielmehr hat sich gezeigt, dass MigrantInnen häufig selektiv in einige transnationale Aktivitäten in Bezug auf das Herkunftsland eingebunden sind, ebenso wie sie sich selektiv dem Aufnahmeland zuwenden.

Transnationale MigrantInnen sind also je nach persönlicher Möglichkeit und von ihnen vermutetem Nutzen in mehreren Ländern in verschiedenen Teilbereichen des Lebens aktiv und integriert, was sich auch in ihrer Internetnutzung widerspiegelt. Dabei kann dieses Interesse auch Schwankungen unterliegen, abhängig von den jeweiligen politischen Situationen in den Staaten oder der persönlichen Situation. Wofür sich MigrantInnen auch entscheiden, d.h. ob sie sich nun mehr dem Herkunftsland zuwenden, neue transnationale Gemeinschaften bilden oder das Internet zu Austausch und Kontaktaufnahme zum Aufnahmeland nutzen, in allen Fällen hilft ihnen das Internet heute, nationale Begrenzungen zu überwinden.

Literatur

- Adamson, Fiona (2001): Mobilizing for the transformation of home. Political identities and transnational practices. In: Al-Ali, Nadej; Koser, Khalid (Eds.): *New Approaches to Migration? Transnational communities and the transformation of home*. London.155-168.
- Aksoy, Asu; Robins, Kevin (2009): Turkish Satellite Television: Towards the Demystification of Elsewhere. In: Hunger/Uwe; Kissau, Kathrin (Hrsg.) *Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde*. Wiesbaden.
- Bommes, Michael (2003): Der Mythos des transnationalen Raums. In: Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe (Hrsg.): *Migration im Spannungsfeld von Glo-*

balisierung und Nationalstaat. Leviathan Sonderheft. Wiesbaden. 90-116.

Brainard, Lori; Brinkerhoff, Jennifer (2003): Digital Diasporas and Human Rights: Strengthening National Governments. Occasional Papers Series. Online unter:

http://gwu.academia.edu/LoriBrainard/Papers/365080/Digital_Diasporas_and_Human_Rights_Strengthening_National_Governments#

Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina (2000): Vernetzte Diasporas. In: Politik-digital.de. Online unter: www.politik-digital.de/archiv/globalisierung/diaspora.shtml

Fraser, Nancy (1992): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Calhoun, Craig (Hrsg.) Habermas and the Public Sphere. Cambridge. 109-137.

Gladney, Dru (2005): Chinese national unity vs. Uyghur separatism. Can Information and Communication Technologies integrated with a customized economic development plan help avoid a cultural collision? Online unter: <http://www.setav.org/ups/dosya/16267.pdf>

Hunger, Uwe (2004): Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland. Münster/Osnabrück.

Hunger, Uwe; Kissau, Kathrin (2009) (Hrsg.): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden.

In der Smitten, Susanne (2007): Online-Vergemeinschaftung. Potentiale politischen Handelns im Internet. München.

Kanat, Kilic (2005): Ethnic Media and Politics. The Case of the Use of the Internet by Uygur

Diaspora. Online unter: <http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/1804/1684>

Kissau, Kathrin (2008): Das Integrationspotential des Internet für Migranten. Wiesbaden.

Kissau, Kathrin (2010): 'Ethnische' Sphären im Internet. In: Müller, Marion; Zifonun, Darius (Eds.): Ethnowissen: Soziologische Beiträge zu ethnischer

Differenzierung und Migration. Wiesbaden. 349-367.

Kissau, Kathrin; Hunger, Uwe (2009): Politische Sphären von Migranten im Internet. Neue Chancen im 'Long Tail' der Politik. München.

Kunstreich, Hannes; Küçük, Esra; Strippel, Christian (2008): Explorative Studie: WEBMigration. Wie deutsch-türkische Meinungsführer das Internet für sich gewinnen. In: Navigationen 8 (2).

Laguerre, Michel (2002): Virtual Diasporas: A New Frontier of National Security. Online unter: <http://oldsite.nautilus.org/gps/virtual-diasporas/index.html>

Navarrete, Celene/Huerta, Esperanza (2006): A Bridge Home: The Use of the Internet by Transnational Communities of Immigrants. Online unter: [www.hsw-basel.ch/iwi/publications.nsf/43df151a73c9c1b9c12572180036eb63/c84641ae95ac541ec125722e00292442/\\$FILE/transnational%20communities.pdf](http://www.hsw-basel.ch/iwi/publications.nsf/43df151a73c9c1b9c12572180036eb63/c84641ae95ac541ec125722e00292442/$FILE/transnational%20communities.pdf)

Nazeri, Haleh (1996): Imagined cyber communities: Iranians and the Internet. In: Middle East Studies Association Bulletin 30(2). 158-164.

Parker, David/Song, Miri (2006): New Ethnicities Online. Reflexive Racialisation and the Internet. In: The Sociological Review 54(2). 575-594.

Portes, Alejandro (1998): Globalization from Below. The Rise of Transnational Communities. Transnational Communities Working Paper. Online unter: www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/portes.pdf

Pries, Ludger (2006): Transnational Migration: New Challenges for Nation States and New Opportunities for Regional and Global Development. In: Iglicka, Krystyna (Hrsg.): Transnational Migration – Dilemmas. Warschau. 9-28.

Robins, Kevin; Aksoy, Asu (2001): Abschied von Phantomen: Kulturelle Identitäten im Zeitalter der Globalisierung. In: Busch, Brigitta et al. (Hrsg.): Bewegte Identitäten: Medien in transkulturellen Kontexten. Klagenfurt.

Safran, William (1991): Diasporas in Modern Societies: Myths of Homeland and Return. In: Diaspora 1 (1).

Schneider, Beate; Arnold, Anne-Katrin (2004): Mediennutzung und Integration türkischer Migranten in Deutschland. In: Pöttker, Horst; Meyer, Thomas

(Hrsg.): Kritische Empirie. Lebenschancen in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 489-503.

Siapera, Eugenia (2005): Minority Activism on the Web: Between Deliberative Democracy and Multiculturalism. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 31(3). 499-519.

Stubbs, Paul (1999): Virtual Diaspora? Imagining Croatia On-Line. In: Sociological Research Online 4(2).

Vertovec, Steven (2005): The Political Importance of Diasporas. Online unter:

www.compas.ox.ac.uk/fileadmin/files/pdfs/Steve%20Vertovec%20WP0513.pdf

Kathrin Kissau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften in Lausanne, wo sie die Bedeutung des Internet für politische Partizipation und Repräsentation untersucht. **Uwe Hunger** ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und vertritt dort derzeit eine Professur für Methodenforschung.

III Governance transnationaler Migration

Transnationale Migration und Mobilität im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel haben neue Formen sozialer Ungleichheit und Konflikte zwischen Arm und Reich, GewinnerInnen und VerliererInnen auf nationaler wie globaler Ebene hervorgebracht. Zugleich gewinnen weltweit menschenrechtliche Gleichheitsnormen und -erwartungen an Geltung, und immer mehr zivilgesellschaftliche AkteurInnen vernetzen sich unter Berufung auf die universalen Menschenrechte und fordern ihre Mitsprache- und Beteiligungsrechte ein.

Vor dem Hintergrund der Eigendynamik der Migrationsprozesse erweist sich die Steuerungsfunktion der bisherigen nationalstaatlichen Instrumente als ineffektiv. Dies stellt die Nationalstaaten und die Weltgemeinschaft vor neue rechtliche und politische Herausforderungen – eine globale Migrationsordnung ist gefragt.

Ulrich Beck befasst sich mit den neuen sozialen Ungleichheiten im Zeitalter der Globalisierung und des Klimawandels. Während das Prinzip der Nationalstaaten globale Ungleichheit legitimiert, lassen sich andere Formen der Ungleichheit nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen fassen. Gewinner der transnationalen Mobilisierung sind für ihn die „aktiven Transnationalisierer“, denen eine sich national identifizierende verunsicherte Mitte gegenüber steht.

Yasemin Nuhoğlu Soysal vertritt das Konzept einer postnationalen, nicht-territorial gebundenen Citizenship. Es ist begründet in dem Einflussgewinn des internationalen Rechts und internationaler Institutionen, soll jedoch nationalstaatsbasierte Bürgerschaft und Bürgerrechte nicht komplett ablösen.

Piyasiri Wickramasekara analysiert aktuelle globale demografische Trends und Migrationstendenzen. Er verdeutlicht, inwiefern eine restriktive Einwanderungspolitik die Wohlfahrt und Entwicklung von Staaten hemmt und gleichzeitig oft Menschenrechte missachtet, und stellt im Umkehrschluss die Anforderungen für eine gelingende Regulierung von transnationaler Mobilität dar.

Norbert Cyrus plädiert dafür, die derzeit stattfindende soziale Transnationalisierung von unten durch eine sinnvolle migrationspolitische Transnationalisierung von oben zu ergänzen. Er untersucht die bisherigen Hindernisse für ein effektives internationales Migrationsmanagements und plädiert für eine globale Migrationsordnung, die im Rahmen des UN-Systems ausgehandelt werden müsste.

Ulrich Beck

Das neue Gesicht sozialer Ungleichheit – Wer absteigt, wer aufsteigt im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel

Immer mehr Kinder in Deutschland wachsen in Armut auf. Millionen von Menschen aus den Armutsregionen der Welt riskieren ihr Leben, um am vermuteten Reichtum westlicher Länder teilzuhaben. In Europa wie den USA, aber auch in China, Brasilien, Russland und Indien öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich. Derartigen Nachrichten liegt ein bestimmtes Weltbild der Ungleichheit unter den Menschen zugrunde, das im Übergang zur modernen Gesellschaft entstanden ist und das nun, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel, in seinen Grundfesten erschüttert wird.

Die vormoderne Gesellschaftsordnung stand und fiel mit der Annahme, dass die Menschen von Natur ungleichwertig seien und dass der Ursprung der sozialen Ungleichheit in Gottes Willen zu suchen sei. Mit der aufklärerisch-revolutionären Forderung der Gleichheit aller Menschen zerbrach dieses Weltbild. Wenn die Menschen von Natur nicht ungleich, sondern gleich sind, dann unterliegt die soziale Ungleichheit dem Wandel, dann können die Privilegierten von heute die Ausgestoßenen von morgen sein. Und politisch heißt dies: Alle Ungleichheiten sind prinzipiell veränderbar und rechtfertigungspflichtig.

Allerdings erfuhr und erfährt dieses Gleichheitsprinzip seit dem 18. Jahrhundert seine Anwendung in der Realität Europas und der USA immer nur innerhalb klarer Grenzen und mit charakteristischen Auslassungen. Alle Menschen sind gleich – aber diese Gleichheit gilt nicht für Schwarze, Juden und Frauen, und sie endet vor allem an den Grenzen des Nationalstaates. Entsprechend mögen die sozialen Ungleichheiten jenseits des nationalen Gartenzaunes blühen und gedeihen, das ist Anlass für moralische Empörung, bleibt aber politisch irrelevant. Schließlich existiert auch eine klare Grenze zwischen Gesellschaft und Natur, und damit zwischen sozialer und natürlicher Ungleichheit. Jene bedarf der politischen Rechtfertigung, diese nicht.

Alle diese Prämissen werden heute fragwürdig. Die Überlagerung, man könnte auch sagen: der Zusammenprall wachsender globaler Gleichheitserwartungen (Menschenrechte) und wachsender globaler und natio-

nal Ungleichheiten einerseits mit den radikal ungleichen Folgen des Klimawandels und Ressourcenverbrauchs andererseits kann schon bald dieses ganze Prämissengehäuse nationalstaatlich eingrenzbarer Ungleichheit hinwegfegen wie der Hurrikan Katrina die Armenhäuser von New Orleans.

Wir erleben erneut einen epochalen Wandel der Welt- und Gesellschaftsordnung, der jedoch gerade erst im öffentlichen Bewusstsein anzukommen beginnt. Diesen Wandel möchte ich mit vier Thesen beschreiben.

Soziale Gleichheit wird zu einer weltweiten Erwartung

Zum Problem, zum Konfliktstoff werden soziale Ungleichheiten nicht, weil die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, sondern dann und nur dann, wenn anerkannte Gleichheitsnormen und Gleichheitserwartungen – Menschenrechte – sich ausbreiten. Wer die politische Wirksamkeit sozialer Ungleichheiten verstehen will, muss nach der Geschichte der sozialen Gleichheit fragen.

Es muss also klar zwischen der Realität sozialer Ungleichheit und dem politischen Problem sozialer Ungleichheit unterschieden werden. Zum politischen Skandal werden soziale Ungleichheiten also erst historisch relativ spät und dann zunächst in einem charakteristischen Widerspruch: Alle Menschen sind zugleich gleich und nicht gleich entlang nationaler Grenzen. In diesem Sinne wirken nationale Grenzen als Wasserscheiden der Wahrnehmung: Sie machen soziale Ungleichheiten zum Politikum – nach innen – und produzieren, stabilisieren, legitimieren sie zugleich – nach außen. Unter welchen Bedingungen wird dieses Weltbild brüchig?

Brutale Ironie: Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in der Weltgesellschaft nimmt die Form eines Champagnerglases an. Die 900 Millionen Menschen, privilegiert durch die Gnade der westlichen Geburt, generieren 86 Prozent des Weltkonsums, verbrauchen 58 Prozent der Weltenergie und verfügen über 79 Prozent des Welteinkommens sowie 74 Prozent aller Telefonverbindungen. Das ärmste Fünftel, 1,2 Milliarden der

Weltbevölkerung, generiert 1,3 Prozent des globalen Konsums, verbraucht 4 Prozent der Energie und verfügt über 1,5 Prozent aller Telefonverbindungen.

Leicht erklärlich ist, warum sich die Reichen in ihrem Wohlstand sonnen. Wie aber ist es möglich, dass dies von den beherrschten Armen hingenommen wird? Dem Fünftel der Weltbevölkerung, dem es am schlechtesten geht (diese Menschen haben zusammen weniger Geld als der reichste Mensch der Welt), mangelt es an allem: an Nahrungsmitteln, sauberem Trinkwasser und einem Dach über dem Kopf. Was eigentlich macht diese globale Ungleichheitsordnung legitim und stabil?

Meine Antwort lautet: Das Leistungsprinzip legitimiert nationale Ungleichheit, das Nationalstaatsprinzip legitimiert globale Ungleichheit.

Nationale Grenzen trennen scharf zwischen politisch relevanter und irrelevanter Ungleichheit. Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften werden in der Wahrnehmung enorm vergrößert; gleichzeitig werden Ungleichheiten zwischen nationalen Gesellschaften ausgeblendet. Die „Legitimation“ globaler Ungleichheiten beruht also auf institutionalisiertem Wegsehen. Der nationale Blick „befreit“ vom Blick auf das Elend der Welt.

Die Ungleichheiten zwischen Ländern, Regionen und Staaten gelten als politisch unvergleichbar. Selbst massive Einkommensunterschiede zwischen Personen gleicher Qualifikation, aber unterschiedlicher Staatsangehörigkeit gewinnen erst politische Brisanz innerhalb eines Wahrnehmungshorizontes sozialer Gleichheit. Also wenn die Personen derselben Nation oder dem Staatenbund der EU angehören oder in demselben Konzern, wenn auch in unterschiedlichen nationalen Zweigniederlassungen beschäftigt sind.

Genau das aber ist, was der nationale Blick ausblendet: Je mehr Gleichheitsnormen sich weltweit ausbreiten, desto schwieriger und fragwürdiger wird das Wegsehen. Die reichen Demokratien tragen die Fahne der Menschenrechte in die letzten Winkel der Erde, ohne zu bemerken, dass sie auf diese Weise den nationalen Grenzbefestigungen, mit denen sie die Migrantenströme abwehren wollen, die Legitimationsgrundlage entziehen. Viele MigrantInnen nehmen die verkündete Gleichheit als Menschenrecht auf Mobilität ernst und treffen auf Länder und Staaten, die die Norm der Gleichheit an ihren bewaffneten Grenzen enden lassen wollen.

Wir können soziale Ungleichheit nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen begreifen

Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Alltag, Politik und Wissenschaft beruht auf einem Weltbild, das territoriale, politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen in eins setzt. Tatsächlich aber wird die Welt immer vernetzter. Die Zunahme von Verflechtungen und Interaktionen über nationale Grenzen hinweg erzwingt die Neuvermessung sozialer Ungleichheit.

Dieser Perspektivwechsel baut auf drei Einsichten auf:

- Soziale Klassen sind nur eine der historischen Formen von Ungleichheit.
- Der Nationalstaat ist nur einer der historischen Deutungsrahmen.
- Das „Ende der nationalen Klassengesellschaft“ bedeutet nicht „das Ende der sozialen Ungleichheit“, ganz im Gegenteil: Es verschärft die Ungleichheit im nationalen wie transnationalen Raum.

Dem gerade entstehenden Nationalstaat gelang es, die Politik- und Herrschaftsinstitutionen zu entwickeln, mit denen sich die sozialen und kulturellen Schäden des modernen Industriekapitalismus begrenzen ließen. Das geschah innerhalb der territorialen Grenzen des Nationalstaats und war eine Art Ehe zwischen Herrschaft und Politik, die jetzt in einer Scheidung endet. Entsprechend wird die Herrschaft, verwandelt in diffuse Macht, teilweise in den Cyberspace, in Märkte und mobiles Kapital ausgelagert und teilweise sogar auf die Individuen abgewälzt, die die entstehenden Risiken allein bewältigen müssen. Ausgerechnet die USA treten nun angesichts der globalen Finanzkrise die Fahnenflucht in einen Staatssozialismus für Reiche an.

Wodurch wird in einer Welt, in der die nationalen Grenzen – zumindest für Kapital- und Informationsströme – durchlässig geworden sind, die Stellung im System sozialer Ungleichheit bestimmt? Interessanterweise wesentlich durch die Antwort auf genau diese Entgrenzung. An der Spitze der globalen Ungleichheitshierarchie stehen die „aktiven Transnationalisierer“. Sie verfügen über Ressourcen aller Art – Pässe, Bildungspatente, Sprachen, Geld, also kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital. Zu ihnen gehören sehr verschiedene Gruppen: sicher die globalen Eliten, die nicht mehr nur in Kategorien nationaler Räume denken und handeln; aber auch große Teile der jüngeren Generation, die bewusst transnational leben, entsprechend

mobil sind, internationale Bildungspatente erwerben, Freundschaftsnetzwerke knüpfen und auf diese Weise ihr „Beziehungskapital“ vermehren; schließlich auch MigrantInnen, die die Chancen der Globalisierung nutzen, zum Beispiel indem sie den Familienverband als soziale Ressource einsetzen.

Auf der anderen Seite dieser neuen Spaltung steht die abstiegsängstliche globale Mitte, die Transnationalisierung passiv erleidet. Also die sehr heterogen zusammengesetzte Mehrheit derjenigen, die vor allem auch ihre materielle Existenz territorial gebunden definieren und angesichts der Bedrohung ihres Lebensstandards auf die Erneuerung territorialer Grenzen und nationaler Identität pochen, den Schutz des Staates einklagend. Die unsicheren Zeiten zeigen hier ihr neonationales Gesicht: Der Hass auf „die anderen“, auf Ausländer, Juden und Muslime wächst.

Ehrlich gesagt, was die abstürzende Mitte besänftigen soll – das Zwillingsargument: Globalisierung ist unser Schicksal und Protektionismus ist kontraproduktiv – tröstet, rettet niemanden. Der Wähler ist kein Masochist. Er wählt nicht die Partei, die seinen Abstieg verspricht. Ohne die Zustimmung der nationalen Mitte weltweit jedoch wird der Politik, die die internationale Integration wahren oder sogar ausbauen will, die Machtgrundlage entzogen.

Im Klimawandel verschmelzen soziale und natürliche Ungleichheit

Der Klimawandel, der als menschengemacht und katastrophal gilt, ereignet sich in der Form einer neuartigen Synthese von Natur und Gesellschaft. Die politische Folge: Das Weltbild der natürlichen Gleichheit aller Menschen wird verdrängt durch das Weltbild einer natürlichen, das heißt durch Naturkatastrophen erzeugten Ungleichheit der Menschen.

Die Befunde sind bekannt: Erderwärmung, schmelzende Polkappen, steigende Meeresspiegel, Versteppung, Zunahme der Wirbelstürme. Das alles wird meist als Naturkatastrophe verhandelt. Die Natur für sich aber ist nicht katastrophal. Die Katastrophenpotenziale spiegeln vielmehr die soziale Verwundbarkeit bestimmter Länder und Bevölkerungsgruppen durch die Folgen des Klimawandels wider.

Das Nationalstaatsprinzip, so habe ich argumentiert, ist nicht länger in der Lage, die Ungleichheiten des Klimawandels abzubilden. Was kann an die Stelle treten?

Mein Vorschlag: das Nebenfolgenprinzip. Dieses besagt: Die Grundeinheit natürlich-sozialer Ungleichheit bilden Personen, Bevölkerungen, Regionen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg durch die Nebenfolgen von Entscheidungen anderer existenziell betroffen sind.

Das Nichtwahrhabenwollen der Umwelt- als Innenweltgefahren findet sich am häufigsten dort, wo die Menschen keine Möglichkeit des Entkommens haben. Entsprechend werden die Risiken dahin abgewälzt, wo sie nicht wahrgenommen werden. Die Akzeptanz in diesen Ländern ist nicht gleichzusetzen mit dem Einverständnis der Menschen dort, eher mit Stummheit und Sprachlosigkeit, die sich aus der Not nähren.

Globale Umweltgefahren setzen genau dies voraus und in Gang: Risikoerzeugung und Risikobetroffenheit werden räumlich und zeitlich entkoppelt. Was eine Bevölkerung an Katastrophenpotenzial in Gang setzt, trifft „andere“: die Menschen in fremden Gesellschaften und zukünftige Generationen. Entsprechend gilt: Wer die Entscheidung trifft, Gefährdungen anderer auszulösen, kann dafür nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Es entsteht eine organisierte Unverantwortlichkeit. Die Ärmsten der Armen leben im Sahel am Abgrund, und der Klimawandel stößt sie, die am wenigsten dazu beigetragen haben, in den Abgrund. Nach allen geltenden Maßstäben ist das ein schreiendes Unrecht. Zugleich aber erscheint dies als „Naturkatastrophe“: Ausbleiben des Regens. Was hat das zu bedeuten? Inwieweit wird soziale Ungleichheit verwandelt in natürliche Ungleichheit?

Indem die am härtesten Betroffenen sich durch die „Natürlichkeit“ ihrer katastrophalen Lage auf sich selbst zurückgeworfen sehen, akzeptieren sie diese. Der Überlebenskampf vereinzelt. Wurde die Legitimationsgrundlage globaler Ungleichheit durch die Ausbreitung der Gleichheitsnorm erschüttert, so wird sie jetzt wiederum neu befestigt: Unter dem Eindruck der gesellschaftlich erzeugten „Natur“-Katastrophe wird die Natur selbst Legitimationsgrundlage.

Wer die bisherigen Argumente zusammendenkt, stößt auf ein Paradox: Je mehr Gleichheitsnormen global an Geltung gewinnen, desto unlösbarer wird das Klimaproblem und desto verheerender werden die sozialökologischen Ungleichheiten der Nebenfolgen. Keine rosige Aussicht.

Klimawandel ist hierarchisch und demokratisch

Klimawandel verschärft vorhandene Ungleichheiten von Armen und Reichen, Zentrum und Peripherie – aber hebt diese zugleich auch auf! Je größer die Gefahr für den Planeten, desto geringer die Möglichkeit selbst der Reichsten und Mächtigsten, ihr zu entkommen. Klimawandel ist beides: hierarchisch und demokratisch.

Das beinhaltet auch einen neuen Aufklärungsanspruch. Der Klimawandel setzt ein „kosmopolitisches Moment“ frei: Globale Risiken konfrontieren mit den scheinbar ferneren anderen. Sie reißen nationale Grenzen nieder und mischen das Einheimische mit dem Fremden. Der entfernte andere wird zum inneren anderen – nicht als Folge von Migration, vielmehr als Folge von globalen Risiken. Der Alltag wird kosmopolitisch: Menschen müssen ihr Leben führen und verstehen im Austausch mit anderen und nicht länger in der Begegnung mit ihresgleichen.

Der gängige, eingängige naive Katastrophenrealismus irrt. Denn diese Unterscheidung ist wichtig: Klimarisiken sind nicht gleichbedeutend mit Klimakatastrophen. Klimarisiken sind die Antizipation zukünftiger Katastrophen in der Gegenwart. Und schon die Antizipation des Klimawandels setzt einen grundlegenden Wandel hier

und heute in Gang. Seitdem als unstrittig gilt, dass der Klimawandel menschengemacht ist und katastrophale Folgen für Natur und Gesellschaft hat, werden die Karten in Gesellschaft und Politik neu gemischt, und dies weltweit. Deshalb ist es völlig falsch, den Klimawandel als unumkehrbaren Weg in die Apokalypse zu sehen. Klimawandel eröffnet unverhofft auch die Chance, die nationalstaatlichen Borniertheiten der Politik zu überwinden und gerade auch im nationalen Interesse einen kosmopolitischen Realismus zu entwickeln. Klimawandel ist beides. Er ist Ambivalenz pur.

Die Menschheit könnte dem Irrtum der Raupe erliegen. Diese Menschheitsraupe befindet sich im Stadium der Entpuppung, aber beklagt ihr Verschwinden, weil sie den Schmetterling, zu dem sie wird, noch nicht ahnt. Umgekehrt könnte es allerdings geschehen, dass wir uns allzu sehr auf die viel zitierte Hölderlinsche Hoffnung verlassen: mit der Gefahr wächst das Rettende auch. Dann würde der Anstrengung, die notwendig ist, um ein Schmetterling zu werden, der Antrieb entzogen.

Ulrich Beck ist Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie an der London School of Economics and Political Science. Er gibt u.a. die Reihe Edition Zweite Moderne im Suhrkamp-Insel-Verlag heraus.

Postnational Citizenship: Rights and Obligations of Individuality

In the postwar era, a series of interlocking legal, institutional, and ideological changes affected the concept and organization of citizenship in the European state system. A crucial development regards the intensification of the discourse and instruments on the individual and her rights. As sanctified across a range of sites, the individual has come to constitute the target of much of the legal and policy regulations (Meyer et al 1997; Beck 2007). In particular, the codification of “human rights” as a world-level organizing principle in legal, scientific, and popular conventions signals a significant shift in the conceptualization of rights. Individual rights that were once associated with belonging to a national community have become increasingly abstract and legitimated within a larger framework of human rights.

A complementary development is the emergence of multilevel polities. The gradual unfolding of the European Union, for example, suggests that political authority is increasingly dispersed among local, national, and transnational political institutions. The diffusion and sharing of sovereignty, in turn, enables new actors, facilitates competition over resources, and makes possible new organizational strategies for practicing citizenship rights. The existence of multilevel polities creates new opportunities for mobilizing and advancing demands within and beyond national boundaries.

These developments have significant implications for the notions of identity and rights, on the one hand, and the organization and practice of citizenship, on the other. In today’s Europe, conventional conceptions of national citizenship are no longer adequate to understand the dynamics of rights and membership. In the following sections, I expand on what I called “postnational citizenship” elsewhere (Soysal 1994) to convey the contemporary transformations in the institution of citizenship.

De-coupling of rights and identity

The postwar elaboration of human rights as a global principle, in national and international institutions but also in scientific and popular discourses, legitimates the rights of persons beyond national collectivities. This authoritative discourse of individual rights has been instrumental in the formalization and expansion of many

citizenship rights to those who were previously excluded or marginalized in society: women, children, gays and lesbians, religious and linguistic minorities, as well as immigrants. Particularly in the case of immigrants, the extension of various membership rights has significantly blurred the conventional dichotomy between national citizens and aliens.

The erosion of legal and institutional distinctions between nationals and aliens attests to a change in models of citizenship across two phases of immigration in the twentieth century. The model of national citizenship, anchored in territorialized notions of cultural belonging, was dominant during the massive migrations at the turn of the century, when immigrants were either expected to be molded into national citizens (as in the case of European immigrants to the US) or categorically excluded from the polity (as in the case of the indentured Chinese laborers in the US). The postwar immigration experience reflects a time when national citizenship has lost ground to new forms of citizenship, which derive their legitimacy from de-territorialized notions of persons’ rights and worth, and thus are no longer unequivocally anchored in national collectivities.

These postnational forms can be explicated in the membership of the long-term noncitizen immigrants in western countries, who hold various rights and privileges without a formal nationality status; in the increasing instances of dual citizenship, which breaches the traditional notions of political membership and loyalty in a single state; in European Union citizenship, which represents a multitiered form of membership; and in subnational citizenship in culturally or administratively autonomous regions of Europe (such as, Basque country, Catalonia, and Scotland). The membership rights of noncitizen immigrants generally consist of full civil rights, social rights (education and many of the welfare benefits), and some political rights (including local voting rights in some countries). In the emerging European system, certain groups of individuals are more privileged than others – dual citizens and nationals of European Union countries have more rights than (non-European) resident immigrants and political refugees; the latter in turn have more rights than temporary residents and those immigrants who do not hold a legal resident status (see also Morris 2002). Thus, what is

increasingly in place is a multiplicity of membership forms, which occasions exclusions and inclusions that no longer coincide with the bounds of the nation(al).

Paradoxically, as the source and legitimacy of rights increasingly shift to the transnational level, identities in the main remain particularistic and locally defined and organized. The very global rules and institutional frameworks that celebrate personhood and human rights at the same time naturalize collective identities around national and ethno-religious particularism by legitimating the right to “one’s own culture” and identity. Through massive decolonization in the postwar period and the subsequent work of the international organizations such as the United Nations, UNESCO, and the Council of Europe, the universal right to “one’s own culture” has gained increasing legitimacy, and collective identity has been redefined as a category of human rights. In the process, what we normally regard as unique characteristics of collectivities (culture, language, and standard ethnic traits) have become variants of the universal core of humanness or selfhood. Once institutionalized as a right, identities occupy a vital place in individual and collective actor’s narratives and strategies. In turn, identities proliferate and become more and more expressive, authorizing ethnic nationalism and particularistic group claims of various sorts.

Claims-making and mobilization: the practice of citizenship

With the postwar reconfigurations in citizenship, along with the disassociation of rights and identity, the old categories that attach individuals to national welfare systems and distributory mechanisms become blurred. The postwar reification of personhood and individual rights expands the boundaries of political community by legitimating individuals’ claims beyond their membership status in a particular nation-state. This inevitably affects the nature and locus of struggles for social equality and rights. New forms of mobilizing and advancing claims emerge, beyond the frame of national citizenship. Two features of these emerging forms are crucial.

First, while collective groups increasingly rally around claims for particularistic identities, they connect their claims to transnationally institutionalized discourses and agendas. Immigrant groups in Europe advance claims for group-specific provisions and emphasize their group identities. Their claims, however, are not simply grounded in the particularities of religious or ethnic

narratives; they appeal to the universalistic principles of equality and individual rights. For example, when immigrant associations advocate the educational needs of immigrant children in school, they employ a discourse that appropriates the individual as its central theme. They forward demands about mother-tongue instruction, Islamic foulard, or *hala* food by asserting the human rights of individuals to their own cultures. By doing so, they appropriate universalistic and homogenizing rights discourses and participate in the host country public spaces as they amplify and affirm difference.

The second feature of the new forms of claims-making is that the organizational strategies employed by collective groups acquire a transnational and subnational character, along with national ones. Their participation extends beyond the confines of a unitary national community, covers multiple localities, and transnationally connects public spheres. In the case of immigrant groups, for example, we find political parties, mosque organizations, and community associations that operate at local levels but also assume transnational forms by bridging diverse public spaces. An example of this is the Alevite groups (a subset of Islam), organized both in Turkey and Germany. Based on their experience in, and borrowing models from the German education system, they have raised demands for the recognition of denominational schools in Turkey, which do not have a legal standing in the Turkish educational system. In the same vein, the much-debated Islamic foulard issue in Europe has traversed the realms of local, national, and transnational jurisdictions – from local educational authorities to the European Court of Human Rights.

All this implies that while drawing upon universalistic repertoires of making claims, individuals and collectivities engage with a diverse set of public spheres, and hence alter the locus of mobilization and set the stage for new contestations and conflicts.

The value of “individuality” as the underlying principle of citizenship

How does postnational citizenship fare against the current landscape of European policy particularly in the field of immigration? The 2000s mark a new policy orientation in Europe that prompted some observers to comment on the “return” of the nation-centered citizenship projects (see, for example, essays in Joppke and Morawska 2003). “Selective migration” and “integration” constitute the core facets of this new orientation. Accordingly, most European countries set further limita-

tions on unskilled labor migration (including family reunification), while welcoming scientists, specialist professionals, and entrepreneurs. Several countries have also introduced legislation, making integration a prerequisite for long-term residency and naturalization. In certain cases, access to social benefits is linked to participation in integration and language classes, and noncompliance can accrue sanctions. Most symbolic of all, citizenship and integration tests are compulsory en route to naturalization. Once considered a US idiosyncrasy, citizenship tests and oath-taking are now touted as indispensable steps towards integration throughout Europe.

Given the heightened preoccupation with the immigration-security nexus (not only in the context of “terrorism” but also urban riots) in the first decade of the 21st century, the urgency assigned to social cohesion in European policy circles is not surprising. Integration and selective migration also proffer a convenient language to reclaim “national boundaries” in a climate where electoral opinion is adversarial to immigration. However, such immediate political imperatives fall short of explaining the underlying logic of the new policy agenda. For that, I maintain we need to move beyond the much exercised “nation talk.”

Indeed, despite the symbolic command they profess, the current citizenship and integration tests do not reveal anything distinctive about the particularities of the nation (bar the questions about ordinary symbols such as the flag or national anthem) or a distinct philosophy of integration (see Michalowski 2009 for a systematic analysis; also Joppke 2008). The history questions are in the main geared towards capturing the present-day of the country and Europe. The questions to appraise values are primarily related to the rights of the individual, such as civic freedoms, and the rights of the underprivileged sections of society such as women and the disabled. Knowledge of democratic institutions and legal structure occupies a prominent place, in anticipation of a right-bearing individual fluent in a world of tax offices, schools, courts, and labor markets. Integration, as conveyed in these tests, is not a nation-centered project. In its place, integration acquires the purpose of achieving social cohesion driven by active, participatory, and productive individuals. The thrust is put on individual immigrants’ own effort and responsibility to take part productively in the rights and institutions offered in the system.

As such rather than a reversal, the new European immigration agenda is a continuum of the broader trends that underscore the transformation of citizenship in the postwar era. Along with immigration, the primacy of the individual is implicated in a number of related European policy areas. Most notably, in welfare policy, the new Social Project, whose architecture was sealed with the Lisbon Strategy in 2000, has shifted the emphasis away from “a passive providing state” to “self-activity, responsibility and mobilization” among citizens (Taylor-Gooby 2008). Accordingly, a plethora of policy instruments provision investment in individuals’ capacities — skill training and improvement programs, job insertion and apprenticeship schemes, and lifelong learning towards enhanced employability and self-realization, among others. In education, as part of strategies to boost human capital, raising standards in Math, Language and Science subjects has become a staple of national curricular reforms. Civics or citizenship teaching in schools now projects “cosmopolitan” individuals, globally aware and adaptive, with emphasis on developing children’s capabilities as effective, engaged, and responsible young persons (Soysal and Wong 2007, Soysal and Szakacs 2010).

What underlies all these European policy reforms is the trust in the value of individuality and its transformative capacity, which increasingly organizes the logic of the “good citizen” and “good society.” Sanctified as a collective good, individuality, on the one hand, elicits the recognition of universal qualities (as opposed to ascriptive ones, such as race, gender, and class) and enhancement of universal freedoms and rights. This is what made possible the expansion of the boundaries of citizenship in postwar Europe. On the other, the same tenet also nourishes the idea of individuality as a form of capital. Realizing self-potential becomes a right and a responsibility, and forms expectations about the self and others. Individuals are all expected to invest in themselves and their abilities. Being productive, creative, and active defines a higher form of life. Immigrants, along with other vulnerable sections of society (ethnic minorities, youth and women), are disadvantaged by this push. As “outsiders,” they have the added burden of proving the potential and worth of their individuality. Reinforced by the authoritative backing of international organizations and expert professionals, economic and political liberalism now pretty much drive the policy reforms worldwide (Simmons et al 2006). It is the uneasy tension between the realization of transformative capacities of individuality and maintenance of social justice — the tension between the two forms of global-

ized liberalism – that occasions new forms of exclusions. Postnational citizenship highlights these emerging fault lines, which no longer simply cut across national lines but beyond.

Coda: delimiting the contours of postnational citizenship

In concluding, I address three major confusions that the discussions of postnational citizenship seem to raise.

First, postnational citizenship does not refer to an identity or a unitary legal status. It is an analytical concept to narrate the changes in the very institutions of rights and identity, which locate citizenship and its practice in increasingly transnational discourses and multiple public spheres. It does not mark the emergence of a legal status or identity at the world level, ascribed by a single, unified political and judicial structure. Thus, it is an oversight to attribute postnational citizenship simply to supranational legal and judicial processes. Likewise, it is unproductive to associate postnational citizenship with “transnational communities” – a theoretical formulation that presumptively accepts the formation of tightly bounded communities and solidarities (on the basis of common cultural and ethnic references) between places of origin and arrival. Such interactions might be intensified by advances in international transportation and communication technologies, but postnational citizenship does not imply the necessary advent of transnational solidarities or communal bonds, or the formation of “diasporic” identities and interests (Soysal 2000).

Second, postnational citizenship does not imply the “withering of the nation-state” or the declining purpose of the state. The principles of human rights (that foster postnational forms of citizenship) and the principles of nation-state sovereignty and agency are reified by the same transnational discourses and institutions. Thus, as the source and legitimacy of rights increasingly move to the transnational level, rights and membership of individuals remain organized within nation-states. The nation-state continues to be the repository of cultures of nationhood and institutions through which rights and membership policies are implemented. This is what leads to the incongruity between the legitimation and organization of postnational citizenship, which has paradoxical implications for the exercise of citizenship rights. Nation-states and their boundaries persist as reasserted by sovereignty narratives, restrictive immigration policies, and differentiated access schemes, while universalistic principles of personhood transcend

the same boundaries, giving rise to new models and understandings of membership (see also Sassen's 2006 illuminating conceptualization of global processes as multiple scaling).

Lastly, postnational citizenship is not in itself a normative prescription and should not be superfluously conflated with theoretical positions such as cosmopolitanism that profess a moral commitment to the transformative capabilities of universal values (Habermas 2003; but see Beck and Grande 2007 for a critical view). Nor does postnational citizenship presume public spheres free of conflict or devoid of exclusions. That is to say, on the one hand, postnational citizenship reveals an ongoing process of definition and redefinition of rights and participation. On the other, it productively brings to the fore the fact that there are no longer absolute and clear-cut patterns of exclusion and inclusion that simply coincide with the bounds of the national. Postnational rights are results of struggles, negotiations, and arbitrations by actors at local, national, and transnational levels and are contingent upon issues of distribution and equity. Like any form of rights, they are subject to retraction and negation. Rather than denying the certitude of conflict and contestation for rights, postnational citizenship draws attention to the multilayered and diverse forms that they take and new arenas in which they are enacted.

Our dominant theories and conceptualizations have yet to catch up with the changes in the institutions of citizenship, rights, and identity. Postnational citizenship is an attempt to capture and incorporate these changes by assigning transnational institutions and discourses a more predominant analytical role than it is usually granted in prevailing studies. Otherwise, we will continue to have models that do not work, anomalies in existing paradigms, and incongruities between official rhetoric and institutional actualities.

References

- Beck, U. 2007. “Beyond Class and Nation: Reframing Social Inequalities in a Globalizing World.” *British Journal of Sociology* 58: 679-705.
- Beck, U. and E. Grande. 2007. *Cosmopolitan Europe*. Cambridge, UK: Polity.
- Habermas, J. 2003. *The Future of Human Nature*. London: Polity.

Joppke, Christian. 2008. "Immigration and the identity of citizenship: the paradox of universalism." *Citizenship Studies* 12 (6): 533-546.

Joppke, C. and E. Morawska, eds. 2003. *Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States*. London: Palgrave Macmillan.

Meyer, J.W., J. Boli, G.M. Thomas, and F.O. Ramirez. 1997. "World Society and the Nation-State." *American Journal of Sociology* 103: 144-81.

Michalowski, I. 2009. "Citizenship Tests in Five Countries. An Expression of Political Liberalism?" WZB Discussion Paper. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin fuer Sozialforschung.

Morris, L. 2002. *Managing Migration: Civic Stratification and Migrants' Rights*. New York: Routledge.

Sassen, S. 2006. *Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages*. Princeton: Princeton University Press.

Simmons, B.A., F. Dobbin, and G. Garrett. 2006. "The International Diffusion of Liberalism." *International Organization* 60: 781-810.

Soysal, Nuhoglu Y. 1994. *Limits of Citizenship: Migrants and Postnational Membership in Europe*. Chicago: University of Chicago Press.

Soysal, Nuhoglu Y. 2000. "Citizenship and identity: living diasporas in post-war Europe?" *Ethnic and Racial Studies* 23: 1-15.

Soysal, Nuhoglu Y. and S.Y. Wong. 2007. "Educating Future Citizens in Europe and Asia." *School Knowledge in Comparative and Historical Perspective: Changing Curricula in Primary and Secondary Education*, A. Benavot and C. Braslavsky, eds. New York: Springer.

Soysal, Nuhoglu Y. and Simona Szakacs. 2010. "Reconceptualizing the Republic: Diversity and Education in France, 1945-2008." *Journal of Interdisciplinary History* 44: 97-115.

Taylor -Gooby, P. 2008. "The New Welfare State Settlement in Europe." *European Societies* 10(1): 3-24.

Yasemin Soysal teaches sociology at the University of Essex. Before moving to Europe, Soysal studied and worked in the USA. She is past president of the European Sociological Association.

International migration of labour: The missing link in globalization

International migration is not a new phenomenon but as old as history itself. Still in the last few decades, migration has emerged high on the international policy agenda, partly triggered by the phenomenal increase in migrant remittances and its implications for the migration-development nexus. Globalization has yet to make a significant impact on levels of cross border mobility of labour. Moses (2006) described international migration as the “last frontier of globalization”, while Pritchett (2006) characterized the situation as “the globalization of everything but labor”. Recent trends in labour mobility across borders hardly match optimistic rhetoric on migration and development and transnationalism at the international level. This paper briefly reviews recent trends in international mobility, particularly of workers, evidence and cause of mounting barriers to mobility, and emerging policy and institutional options to optimize migration of labour for the welfare of the global economy.

International migrants still constitute only a small fraction of the global population

There are no data on annual inflows and outflows of migrants at the global level since only a few countries monitor such flows. The available information relates to stocks of migrants (at a given point in time) which are estimated by the UN Population Division (United Nations 2009) at the global level at five-year intervals. The total number of international migrants (defined as persons outside their country of birth or citizenship) has been estimated at 214 million in 2010, rising from 77 million in 1960 by the UN Population Division. Figure 1 shows the levels of migrant stocks from 1960-2010. The total number of international migrants has increased by 2.8 times between 1960 and 2010. The big jump in migrant numbers from 1985 to 1990 is due to the breakup of the former Union of Soviet Socialist Republics (USSR) which led to a situation of ‘*borders crossing people*’ rather than ‘*people crossing borders*’.

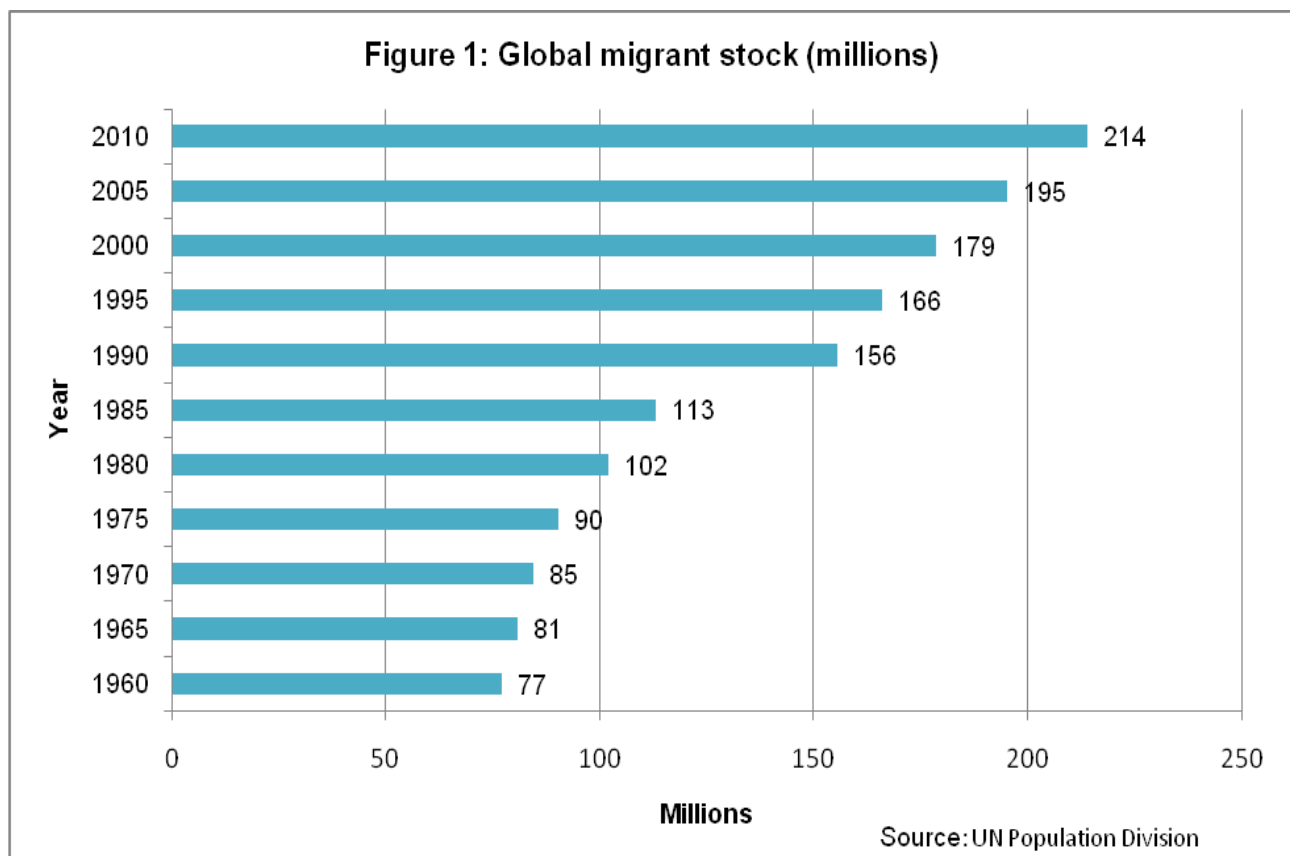
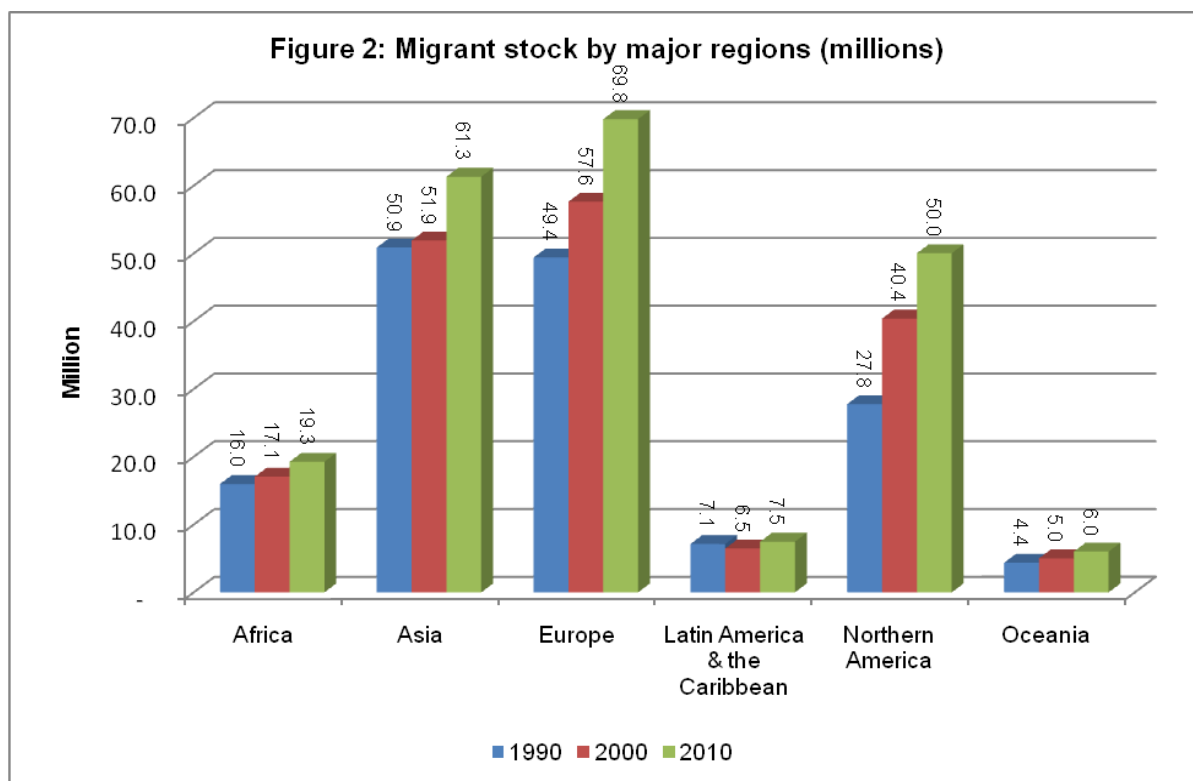


Figure 2 shows the distribution of migrants by major world regions for 1990, 2000 and 2010. Europe has the largest number of migrants followed by Asia and North America. It is also important to dispel the myth that international migration occurs mainly from poor developing countries to rich countries in the North. In 2005, such movements comprised only one third of the global

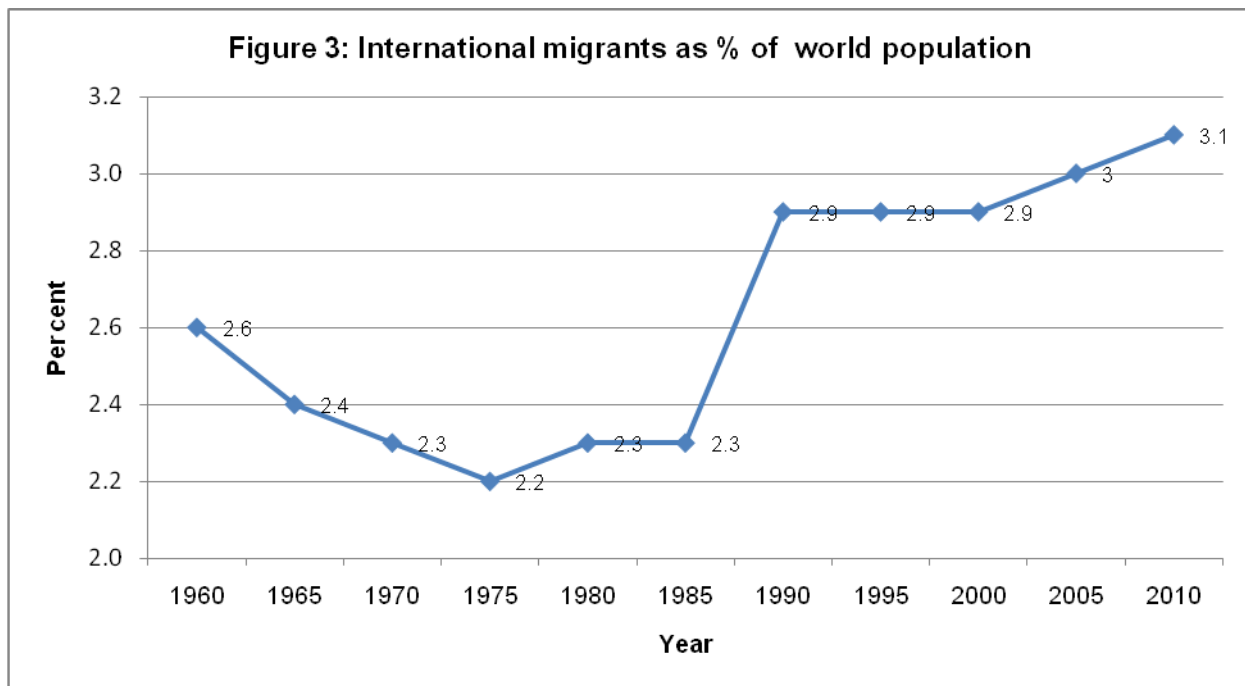
total. South-South movement or migration from developing countries to other developing countries accounted for 32 % and North-North movements made up 28%. Based on income groups or human development index rankings, the share of South-South migration is found to be much higher ranging from 40 to 45 % of the global total (Bakewell 2009).



Women have accounted for close to 50 % of international migrants, and this share has hardly changed since 1960. Yet the figures cannot capture important changes in the composition of this migration. Now women are increasingly migrating on their own – not as dependents – but as primary breadwinners for domestic work, care work, and for professional jobs such as nursing and medical service.

Figure 3 shows that the share of international migrants in world population has changed little in the past half century. They still account for only three % of the global population – only a small proportion actually migrate. In contrast, China's internal migrants have recently been

estimated at 150 million. Thus the logical question is why so few people migrate across borders. On the one hand, it is because migration involves many costs and sacrifices. It is often rightly pointed out that the 'poorest of the poor' cannot afford to migrate. In many cases, the ones migrating are those with skills, better resources, and previous employment except perhaps in forced migration scenarios. On the other hand, a complex array of immigration controls and barriers impede movements as explained below. Thus, international mobility up to now has been very limited although some western media often promote the myth of uncontrollable waves of immigration of the poor to the west (Haas 2008).



The bulk of international migrants are not asylum seekers or refugees but those who migrate for employment

The total international migrant estimate includes migrants for employment, their families, asylum seekers and refugees. The number of refugees is relatively small and has decreased from 18.5 million in 1990 to 13.5 million in 2005, and has been estimated at 16 million in 2010 (United Nations 2009). Contrary to public perceptions, the main refugee burden is borne by less developed regions who host 85 % of total refugee stock. The stock of asylum seekers in 2009 was estimated at 983,900 by the Office for the UN High Commissioner for Refugees. The ILO (2010) estimated the total number of migrant workers – the economically active population among the estimated migrants in the world – to be about 105 million in 2010. Out of 214 million migrants, about 197 million – more than 90 % – are therefore migrant workers and their families. International migration is therefore primarily a decent work and labour market issue.

Does this mean that a global labour market has emerged over the years? Globalization has created some of the conditions necessary for the emergence of a global labour market. Yet the emerging labour market is fragmented, discriminatory and full of decent work deficits. The massive migration of low-skilled workers on temporary contracts to the Gulf countries is a good example of this situation. Freeman (2006) argued that the global labour pool doubled in the 1990s when

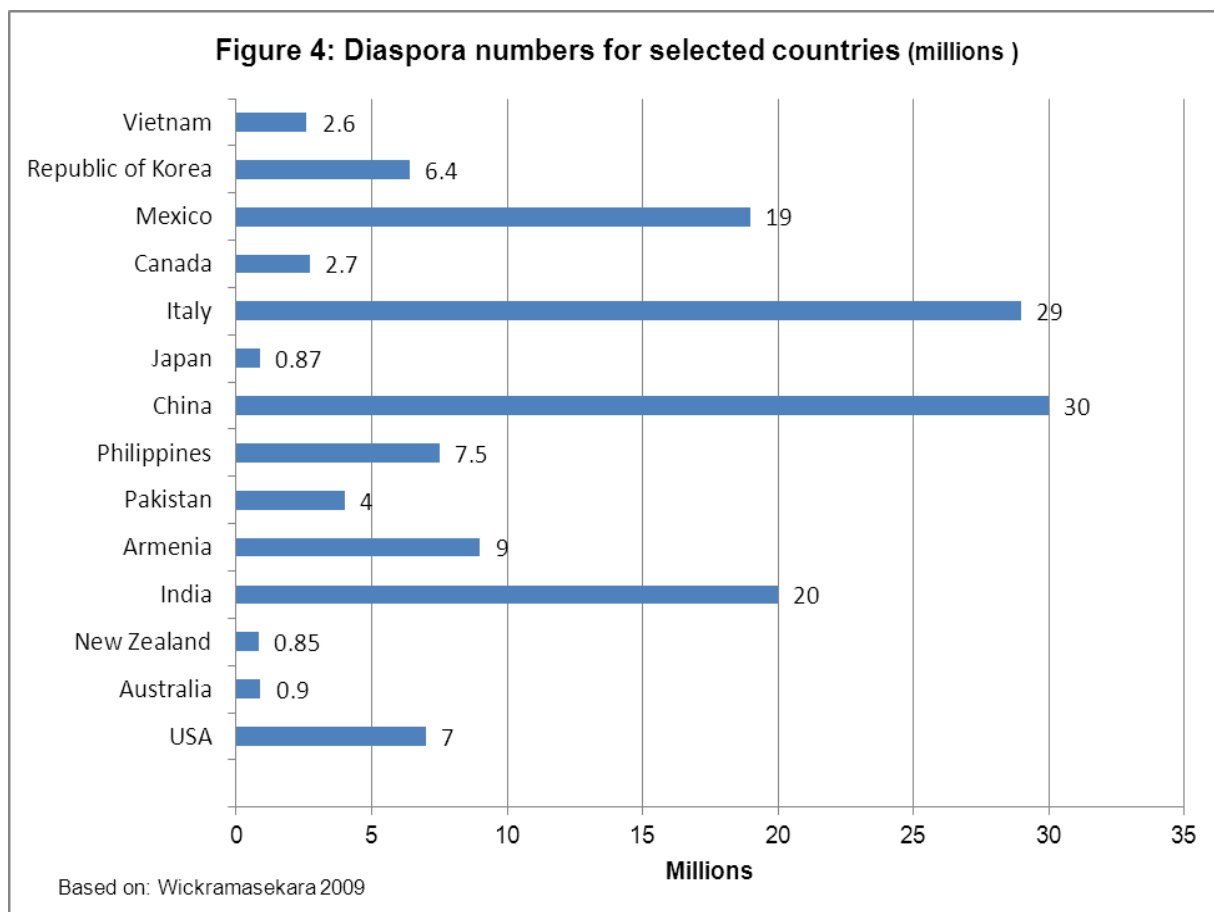
China, India, and the former Eastern-Bloc countries joined the global economy opening up to market forces and the capitalist path, which he described as the “Great Doubling.” There is an emerging market for the highly skilled persons who are welcome in most major destination countries, but not for the bulk of the low-skilled workers. As Nigel Harris (2009: p.14) pointed out:

A world labour market is in operation but without any of the transparency required to put the right worker in the right job..... A global labour market requires a global exchange in which real scarcities in many different localities can be matched again the immense diversity of those offering work, and wage levels reflect those scarcities.

It is important to find out the numbers and profiles of transnational or diaspora communities for assessing their roles and potential contributions to both countries of origin and destination. Yet there are serious data problems in relation to such estimation due to several factors (Wickramasekara 2009). First, there is no standard and consistent definition of a transnational community. Second, it is difficult for countries of origin to keep track of migrant communities abroad over periods of time. The transition to citizenship in host countries, and the emergence of the second and third generations make tracking the diaspora a tricky exercise. Third, while some countries or agencies have started elec-

tronic databases of the diaspora, registration is often voluntary and there is substantial underestimation. What is available are mostly in the nature of guessti-

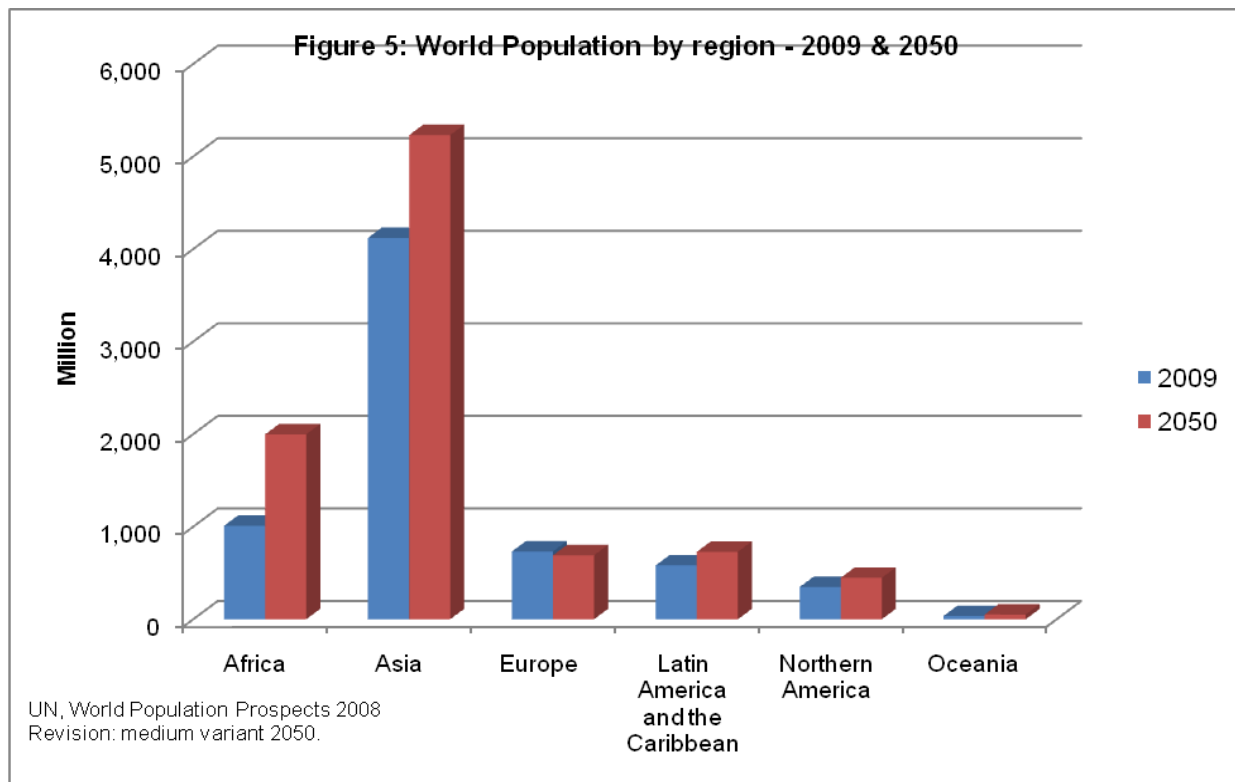
mates. Figure 4 provides some estimates for selected countries based on a variety of sources (Wickramasekara 2009).



Driving forces of migration

Given global demographic trends, and widening disparities in incomes, human security, and rights across countries, international migration is likely to increase in the future, not decrease. This is due to the fact that the major driving forces of migration are as strong as ever. The Global Commission on International Migration states that, *“In the contemporary world, the principal forces that are driving international migration are due to the ‘3Ds’: differences in development, demography and democracy.”* This is an oversimplification because it ignores that most migration occurs across borders and also following historical and colonial links, and also omits environmental factors which may play a major role in the future. Yet these factors also lead to the

same conclusion. An OECD (2009) study on migration futures reviewed different scenarios and came to the rather mundane conclusion: *“Worldwide, migration flows are very likely to rise or at least remain constant over the next twenty years or so much in line – on aggregate – with trends of the last 30 years.”* Greater flows of migration among countries in the South are likely. This is because of the growing importance of the group of BRICS countries (Brazil, Russian Federation, India, China, South Africa) in the world economy. The International Migration Institute of Oxford is currently reviewing future migration scenarios, in the light of likely future social, cultural, economic, political, demographic and environmental changes in origin and destination countries.



There is no doubt that demography is going to shape the future of international migration to some extent. The UN World Population Prospects (2008 Revision) forecast that between 2009 and 2050, the European population will drop by 41 million, the Asian population will grow by 1.1 billion, and the African population will grow by almost one billion. This will change the population shares of the different regions as well, with Europe's share dropping from 11 to 7.6 % and Africa's share rising from 15 to 22 %. Figure 4 shows the estimated population changes in major regions between 2009 and 2050.

Many destination countries in Europe and East Asian countries have undergone demographic transition and are experiencing serious labour shortages. Ageing has added to the low labour force growth in these countries. A United Nations Population Division report (United Nations, 2000: p.4) on replacement migration analysing demographic trends in a number advanced countries concluded that *"the levels of migration needed to offset population ageing (i.e., maintain potential support ratios) are extremely high, and in all cases entail vastly more immigration than occurred in the past"*. It estimated that replacement migration to the tune of 30-39 % of the population might be needed by the middle of the 21st Century. For the European Union, the total number of migrants to maintain the support ratio is 674

million (or 13 million per year) which is quite unprecedented. This report naturally caused some controversy and was criticized for ignoring factors other than demography, among others things. While immigration is not the only solution, there is no denying that, *"immigration is an inevitable and important part of the solution"* as Kofi Annan reminded the European Parliament in 2004 (Kofi Annan 2004).

Environmental factors including global warming are likely to have a major impact on future migration flows although there are hardly any reliable estimates of such impacts at the global level. IOM (2010) mentions that the best available data on environmental migration is the number of people displaced by natural disasters, and it quotes 20 million displaced people in 2008 as a result of the sudden onset of climate-related weather events, compared to 4.6 million internally displaced by conflict and violence. Apart from sudden disasters, gradual environmental changes may have a major impact on future migration.

Globalization and international migration of persons and workers

It stands to reason that globalization with its associated liberalization policies should result in a massive increase in mobility of persons and labour across borders as in the case of finance, capital, trade and technology.

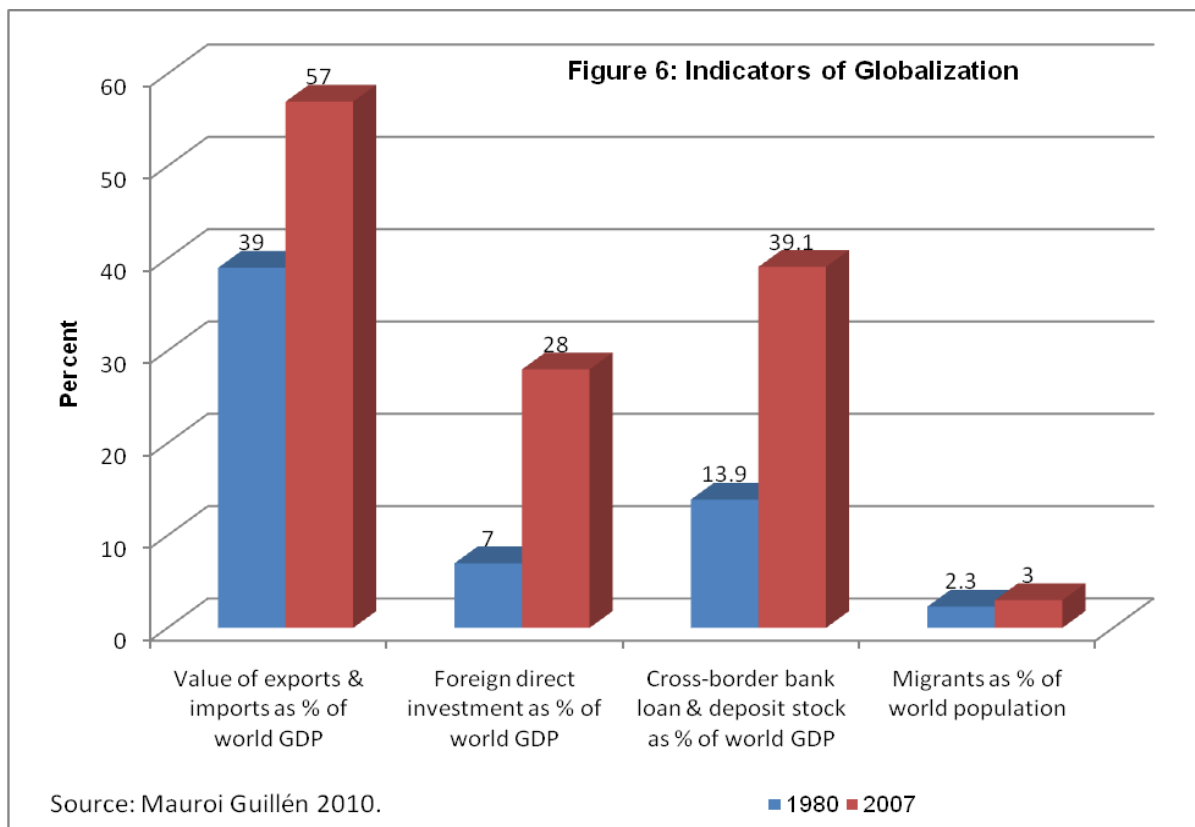
Globalization has made migration much easier through better communications, dissemination of information through mass media and improved transport, among others. Globalization forces have reinforced the movement of high-skilled workers who move with flows of foreign direct investment and multinational investments. Professional managers, highly skilled persons and technicians are welcomed by many countries to attract foreign investment.

At the same time, globalization has also increased economic disparities between countries. Juan Somavia, Director-General of the ILO, stated that the greatest failure of globalization has been its failure to create job opportunities where people live. There are serious decent work deficits across the globe. According to ILO estimates (Global Employment Trends 2011), 631 million workers lived in extreme poverty (earning less than USD 1.25 a day) and represented 21.2 % of all employees in 2009. In parallel, 1.193 million workers lived in poverty (USD 2 per day) – 39 % of all workers. At the global level, vulnerable employment accounted for about more than half of total employment in 2009. Stalker (2000) argues that flows of goods and capital between rich and poor countries will not be large enough to offset the needs for employment in poorer countries. He adds: *"In a world of winners and losers,*

the losers do not simply disappear, they seek somewhere else to go"(Stalker 2000: p.140).

Growth in trade can reduce migration through the creation of additional employment and higher growth in labour-sending countries. Increased investments by multinationals in labour-sending countries can create jobs and incomes in the home country reducing emigration pressures. The phenomenal growth in software exports from India is a case in point. Offshoring of employment to developing countries has also created many employment opportunities in source countries in the past few years.

While these shifts are occurring, the actual extent of mobility of labour under globalization has been seriously curtailed by restrictive immigration policies of labour-receiving countries, particularly in the West. Barriers to the international movement of low-skilled labour are widespread suggesting political considerations overriding the economic logic of globalization. Intense globalization in the past three decades has substantially boosted the world trade in goods, foreign direct investment and financial integration (Figure 6), while the mobility of people has remained extremely limited, ranging from 2.4 in 1960 to reach 3 % of the world population in 2010.



It is well known that human migration started from Africa thousands of years ago. As Chanda (2007) highlights in relation to current restrictions on African migrants in Europe: *“The adventurers and migrants -- who have since the dawn of history been the principal actors of globalization -- are now seen as major threats to the stability of a globalized world.”* He also raised the paradox of globalization coming full circle:

Nothing perhaps dramatizes the gulf between the African newcomers and the European descendants of the ancient migrants more than the sight of “naturist” European sunbathers in the Canary Islands, in roughly the same state of undress as when their ancestors left Africa.

The world stands to gain from liberalization of labour migration

Recent years have seen a proliferation of research on migration and development highlighting remittances, transnational diaspora linkages and return migration. Migrant remittances are the most tangible benefit of migration and the World Bank has estimated migrant remittances to developing countries at 325 billion US dollars in 2010 – more than double the amount of overseas development aid and slightly less than foreign direct investment. Social remittances – the flow and exchange of ideas and values between migrants and their home countries – is also another important contribution often overlooked.

Another major linkage highlighted in this context is transnational engagement and contributions by diaspora communities to home country development. This has been reiterated by many researchers and recent global initiatives. The Global Commission on International Migration (GCIM 2005: p.29) stated: *“Diasporas should be encouraged to promote development by saving and investing in their countries of origin and participating in transnational knowledge networks”*. The ILO Multilateral Framework on Labour Migration (ILO 2006: pp.29-30): refers to facilitating the transfer of capital, skills and technology by migrant workers, and promoting linkages with transnational communities and business initiatives. The UN Secretary-General's Report on International Migration and Development mentions: *“Governments understand that their citizens working abroad can be development assets and are strengthening ties with them”* (United Nations, 2006: p.14). While it is difficult to estimate diaspora remittance contributions separately, Ratha and Mohapatra (2011) of the World

Bank have recently estimated annual diaspora savings of developing countries could be around \$400 billion, which is about 2.3 % of GDP in middle-income countries and 9 % in low-income countries.

There is little disagreement on the vast welfare gains to be realized from greater mobility of labour. Since these are shared between both origin and destination countries and migrant workers themselves, they result in a general “win-win” situation although there may be specific groups of losers and winners. A number of research studies have predicted large gains to the global community through liberalization of migration even by modest levels. In its 2006 Global Economic Prospects Report, the World Bank (2006) predicted USD 356 billion gains in real income to the global economy if the labour force of high-income countries were to be increased even by a modest level through migration (three per cent between 2001-2025 leading to a total of 14.2 million workers and their families). This increase was found to be much more than what could be achieved through trade liberalization. The Global Commission on International Migration (GCIM, 2005: p.17) concluded: *“The world would benefit substantially from a well regulated liberalization of the global labour market”*. The UN Secretary-General's Report for High Level Dialogue 2006 pointed out: *“Low-skilled migration has the largest potential to reduce the depth and severity of poverty in communities of origin.”* (United Nations 2006: p.13).

What all these findings point to is the high cost of current immigration restrictions and barriers to mobility by destination countries, which constrain the welfare gains and development benefits of migration in addition to producing various human rights violations. The next section highlights some barriers and the reasons behind this state of affairs.

Barriers to international mobility of labour and diaspora communities

Some indications of existing and rising barriers to mobility and possible explanations for them are as follows:

- There has been a progressive expansion of the so-called EU “black list” – countries whose nationals require a visa to enter the EU – from 70 in 1985 to over 126 in 1995, and 131 in 2001. Currently, there are 126 countries as well as three entities and territorial authorities on the “black list” (Wickramasekara 2010).

- The Henley Visa Restrictions Index 2009 – a global ranking of countries according to the visa-free access its citizens enjoy to other countries – highlights the relative freedom of developed countries as against the limited travel freedom of most third world countries. While 66 countries out of 193 could enjoy visa free travel to 100 or more countries in 2008, 79 other countries, mostly in the developing world, had visa free access to only 50 countries or less (Henley 2009). Afghanistan and Iraq were at the bottom of the list, reflecting both poverty and conflict issues. The same source documented that only 47 countries allowed dual citizenship in 2008.
- More nation states in the world (now about 200) mean more barriers to movement. Both developed and developing countries impose immigration barriers. The UNDP Human Development Report 2009 found that in a sample of countries analyzed, 38 % of developing and 50 % of developed countries were closed to the permanent migration of low-skilled workers.
- The Schengen Visa regime of the European Union presents a formidable barrier and most humiliating experience for third country nationals from developing countries, who have to undergo a *“Mount Everest of formalities that makes you feel like a beggar”* (Martell 2001: p.77).

What are the major barriers to mobility?

- *Principle of state sovereignty over immigration*

The Universal Declaration of Human Rights, the International Covenant on Civil and Political Rights, and the 1990 International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Their Families recognize the right of every person to leave any country including his/her own country and the right of every person to return to the home country except under exceptional circumstances. But there is no corresponding right of entry or admission to a third country, let alone to remain or work there, since no state has surrendered that right under any international treaty. This makes the mobility of persons from one state to another quite restricted, and vastly reduces the scope of the above human rights.

- *Policy bias against admission of low-skilled workers*

The emerging consensus in major destination countries seems to be welcoming high-skilled migrants while closing the doors to low-skilled workers. Yet

demographic trends and structural changes in developed countries increase the demand for migrant workers of all categories – both high-skilled and low-skilled workers including care workers. The Global Commission on International Migration recommended the term ‘essential workers’ to include both high-skilled and low-skilled workers. The UNDP Human Development Report 2009 noted: *“In general, and especially for low-skilled people, the barriers restrict people’s choices and reduce the gains from moving”* (UNDP 2009: p.49). The virtual absence of regular and legal opportunities for labour migration is a prime factor in the growth of irregular migration and trafficking and smuggling of persons resulting in gross violations of human rights. It has also given rise to a highly lucrative global market for traffickers and smugglers – which represents the dark side of globalization.

- *Post 9/11 security concerns and “crimmigration”*

The post-11 September 2001 events have led to an approach in Western democracies and other contexts in which threats to national and State security posed by “international terrorism” are taken to justify major restrictions of human, civil and judicial rights of migrants under the guise of “war on terror”. There is a progressive convergence and blurring of objectives between crime control and the immigration system leading to what has been described as “crimmigration”. The shifting of migration issues to security-oriented bodies, such as Interior and Home Ministries and departments (e.g. the Department of Homeland Security in the United States), further reinforces the “crimmigration” process (Wickramasekara 2010). Even those who have acquired citizenship and the second or third generation of immigrants are not free from the threat of deportation for breaking the law as developments in the France, Switzerland, and the United States, among others, show.

In this context, I would like to quote what Kofi Annan (former UN Secretary-General) described as an essential truth, often lost in these misplaced debates and policies on irregular migration, in his address to the European Parliament in 2004:

The vast majority of migrants are industrious, courageous, and determined. They don’t want a free ride. They want a fair opportunity. They are not criminals or terrorists. They are law-abiding. They don’t want to live apart. They want to integrate, while retaining their identity. (Annan 2004)

- *Visa regimes in destination countries which discourage circulation*

Destination country visa regimes also discourage circulation. In a number of countries, permanent visa holders cannot be absent for periods ranging from six months to one year from the host country without risking loss of immigrant status. EU regulations for long term residents stipulate that absences of more than 12 months will result in termination of the visa status. Similarly, stricter migration controls break the cycle of circularity as seen in the case of Mexican migration in the USA with undocumented migrants staying longer in the countries because the chances of re-entry are getting remote.

- *Limited recognition of qualifications*

Another factor which discourages mobility is the limited recognition of qualifications across borders leading to substantial brain waste. A 'brain waste' can occur at the international level through migration when qualifications acquired overseas are not recognized in receiving countries, and when qualified emigrants cannot find employment commensurate with their specialized skills and previous experience. This type of situation involves a triple loss – to source countries which lose valuable skilled workers, to destination countries which cannot benefit from migrant skills and to migrant workers who cannot make full use of their potential and integrate. The OECD (2007) studied this issue under the label 'over-qualification' and the disturbing finding was that in all of the OECD countries considered, almost 50 % on average (or at least 25 %) of high-skilled immigrants were *'inactive, unemployed or confined to jobs for which they are over-qualified'* (OECD 2007: p.25). This situation is a major constraint on the contribution of transnational communities to their home countries as they find it difficult to get effectively integrated in host societies.

- *Limited portability of social security entitlements*

There are further constraints on acquired rights of social security and their portability. Immigrants have to satisfy long resident requirements to qualify for social security benefits, and would lose them if they return to home countries. According to the World Bank, in only 20 % of countries, migrants, mostly originating from Europe and Latin America, have access to social security benefits and advanced portability regulated by bilateral agreements between

source and destination countries while 25 % have hardly any access to portable social security benefits. Most of the migrant-receiving Gulf States, which account for a large share of Asian migrant workers, exclude foreigners from the public social security system and make no provisions for migrant workers, even on a voluntary basis.

Towards an international mobility governance regime

In the light of major barriers which limit international mobility of labour, it is important to explore what options are available and feasible using a multilateral approach to the governance of mobility. This section highlights issues that need to be addressed in such a regime.

Discussions on global governance of migration are nothing new. The Trilateral Commission in its report on International Migration in a new era in 1993 highlighted the need to "provide a viable international framework within which to manage migration pressures effectively". An inter-agency project on a 'New International Order for Orderly Movement of People (NIROMP)' was launched in March 1997, and worked for a few years on the issue. The report of the World Commission on the Social Dimension of Globalization (ILO 2004a) pointed out that fair rules for trade and capital flows need to be complemented by fair rules for the cross-border movement of people. It noted: *"Steps have to be taken to build a multilateral framework that provides uniform and transparent rules for the cross-border movement of people and balances the interests of both migrants themselves and of countries of origin and destination. All countries stand to benefit from an orderly and managed process of international migration that can enhance global productivity and eliminate exploitative practices"* (ILO 2004a: p.xii).

A global governance regime should address the following issues.

- *Developing innovative programmes for migration of both low- and high-skilled workers.*

A number of recent global initiatives have emphasized the need for expansion of legal migration opportunities for both high-skilled and low-skilled workers to minimize irregular migration and also enhance the development impact of migration (GCIM 2005; ILO 2006; UNDP 2009).

- *Minimising irregular migration including smuggling and trafficking of persons*

Irregular migration has emerged as a major issue in immigration policies of major destination countries. There is tacit tolerance of the presence of migrant workers in irregular status on the part of many governments to sustain large informal sectors in their economies, while officially they pretend to be 'combating' or 'fighting' irregular migration. Intensified controls and militarised borders have led to gross human rights violations, but such controls have rarely succeeded in preventing irregular migration. Thus, a comprehensive approach to addressing irregular migration is an urgent need in the global governance of migration.

- *Regulation of the recruitment industry and ethical recruitment practices*

Especially at the level of origin countries, malpractices of recruitment agencies in the form of exorbitant charges, misleading information, collusion with foreign employers, and non-accountability are causing migrant workers enormous financial and other difficulties.

- *Involving concerned stakeholders in policies*

Cooperation and partnerships at all levels are essential because international migration is a very complex issue involving many dimensions ranging from employment, labour markets, integration, politics to human rights and development. Employers and workers are major stakeholders in labour migration who should be actively involved.

- *Protecting workers from abuse and exploitation*

Exploitation and abuse of migrant workers continues unabated as highlighted in the ILO report *A fair deal for migrant workers in the global economy* (ILO 2004b). Despite the positive experiences of some migrant workers, a significant number face undue hardships and abuse in the form of unpaid wages, low wages, poor working conditions, virtual absence of social protection, denial of freedom of association and workers' rights, discrimination and xenophobia, as well as social exclusion.

Migrant integration policies have lagged far behind immigration policies in Europe and elsewhere. There is widespread discrimination and xenophobia of migrants including the second and third generations. They are disproportionately affected by high unem-

ployment and underemployment, concentrated in secondary labour markets with poor quality and precarious jobs, experience higher layoffs during recessions, and have lengthy catching up processes with natives, in some cases extending to more than 15-20 years. These act as serious constraints on their transnational exchanges.

- *Respect for international instruments on migrant worker rights*

Respect for migrant rights is essential for realizing and sharing benefits from migration. Juan Somavia, ILO Director-General stated: "[G]ains from migration and protection of migrant rights are indeed inseparable. Migrant workers can make their best contribution to economic and social development in host and source countries when they enjoy decent working conditions, and when their fundamental human and labour rights are respected" (ILO 2007: p.7). This equally members of transnational communities as noted above.

- *Migration and development*

It is important to facilitate mobility and circulation of labour to meet identified labour shortages and needs of employers and business in destination countries. In the process both countries of origin and destination benefit. At the same time, it is crucial to address issues of brain drain from poor countries. Making migration work for development may involve a number of policy interventions to expand legal avenues for labour migration, promoting investments in critical human resources, ensuring recognition of qualifications in destination countries, facilitating remittance flows, targeting aid to priority areas affected by brain drain, reducing remittance transfer fees, and providing a conducive policy environment for engaging the diasporas and promoting transnational linkages. For benefits of transnationalism to flourish, freer circulation and the right of return are important conditions. But there is a vast gap between official rhetoric and reality in this respect (Wickramasekara 2010).

- *Promoting international, regional and bilateral co-operation in labour migration*

As the former UN Secretary-General stated: "Only through cooperation – bilateral, regional, and global – can we build the partnerships between receiver and sender countries that are in the interests of both; explore innovations to make migration a driver of de-

velopment; fight smugglers and traffickers effectively; and agree on common standards for the treatment of immigrants and the management of migration” (Annan 2004).

Options for an international regime on migration and mobility

In the light of the above criteria, there are obvious gaps in the existing international institutional architecture, with no single agency having a comprehensive mandate on issues of international migration. Bhagwati (2003) described this as “a gaping hole in international institutional architecture” (Bhagwati 2003).

- The International Labour Organization (ILO) has a clear mandate on labour migration and protection of migrant workers based on tripartite consultation.
- The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) deals with forced migration – asylum seekers and refugees.
- The UN Office of the High Commissioner for Human Rights (UNOHCHR) has the mandate on human rights of migrants.
- The International Organization for Migration (IOM) – an intergovernmental body outside the UN system – has expanded its mandate recently, which however does not include protection.
- The World Trade Organization deals with movement of temporary service providers under the General Agreement on Trade in Services (GATS) Mode 4: Movement of natural persons. But it has no protection mandate regarding them. Most movements under Mode 4 relate to high-skilled persons.
- The UN Department for Economic and Social Affairs works on migration and development issues and international migration statistics.
- The World Bank has a major programme of research on remittances and migration and development linkages.

There are other agencies which also deal with specific aspects of migration only.

A number of options can be considered in promoting an international regime for mobility.

- *Creation of a new agency*

One clear option is to create a new agency with a clear mandate – a ‘World Migration Organization (WMO)’ as long advocated by Bhagwati (2003). However, States, especially the major destination

countries, are unlikely to agree to this option, for financial and even more for political reasons because it may erode part of their sovereignty over immigration. As the former UN Secretary-General observed: ‘There is no appetite for a World Migration Organization’ (cited in Wickramasekara 2008).

- *Mandating an existing agency*

The second option is to mandate an existing agency – either one of the UN agencies (e.g. ILO or UNHCR) or intergovernmental agency (IOM). The GCIM in fact considered this as a long term option – a merger of IOM and UNHCR or a global agency for economic migration such as IOM. An expanded role for IOM including normative elements is unlikely to be supported by its member States including its major funders as well as those reliant on its services (Doyle 2002).

- *Reliance on international normative frameworks: Conventions and nonbinding frameworks*

Migration policies and practices can only be viable and effective when they are based on a firm foundation of legal norms and operate under the rule of law. Most measures needed to govern labour migration and ensure adequate protection for migrant workers can be found in the framework of international human rights and labour standards. International standards on governance of migration and protection of migrant workers already exist, with three international migrant worker Conventions defining a kind of international charter of rights and obligations covering all stages of the migration process: the ILO Migration for Employment Convention (Revised), 1949 (No. 97); the ILO Migrant Workers, (Supplementary Provisions) Convention, 1975 (No. 143); and the 1990 International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families (ICMW). Eighty-two countries in the world have ratified at least one of these instruments, which shows that claims of low ratification are unfounded. Still the problem is that some major destination countries are reluctant to ratify them or enforce their provisions even if ratified. None of the important destination countries have ratified the ICMW except Libya.

Given the reluctance of states to ratify binding conventions and effectively enforce their provisions, international agencies can promote non-binding frameworks. The best example is the ILO Multilateral

Framework on Labour Migration (MFLM) adopted in 2006 by ILO's tripartite partners. It provides a rights based approach to labour migration covering four objectives: promoting international cooperation, governance of migration, protection of migrant workers, and strengthening migration-development linkages. It is the only globally negotiated outcome formally agreed by governments worldwide along with social partners (employers and workers). Yet its non-binding nature means that countries have no obligation to define migration policies and practices in terms of its principles and guidelines.

- *Global consultative forums*

It would also be possible to establish a global consultative forum consisting of major agencies working on different aspects of migration. Two major processes are now under way.

The first is the Global Migration Group. Based on a GCIM recommendation of a high level international group to work on migration, the former UN Secretary-General established the Global Migration Group (GMG) expanding on an existing 'Geneva Migration group'. On its website, it describes itself as "*an inter-agency group bringing together heads of agencies to promote the wider application of all relevant international and regional instruments and norms relating to migration, and to encourage the adoption of more coherent, comprehensive and better coordinated approaches to the issue of international migration.*" It aims at improving "*the overall effectiveness of its members and other stakeholders in capitalizing upon the opportunities and responding to the challenges presented by international migration*". It currently has 14 members with 12 UN agencies and the Coordinator of UN Regional Commissions and the International Organization for Migration (IOM). The current focus is on exchange of information but moving towards operational programmes. It has however, limited achievements up to now in coordinating and achieving policy coherence among agencies except for some joint publications and representations. There is not much evidence that it has been effective in its coordination function or in promoting operational programmes, given the diverse interests of its members and its status as a non-decision making body. Moreover its role has been partly undermined by the formation of the Global Forum on Migration and Development.

The Global Forum on Migration and Development was established outside the United Nations system as a state-driven process at the UN General Assembly High-Level Dialogue on International Migration and Development in September 2006, contrary to initial expectations. The goals of the GFMD are to enhance inter-state dialogue and cooperation, and to foster practical outcomes on international migration and development issues. The state-led process does not involve civil society stakeholders directly, although the Forum arranges for separate civil society deliberations. It is an informal consultative process with no decision-making powers, as desired by governments, and it has received lukewarm support from some major destination countries. It may also have undermined any potential role that the GMG could have played. The GFMD has continued to focus on non-controversial issues such as remittances, diaspora, data, and policy, and institutional coherence and partnerships, and its achievements since 2007 are quite modest.

Global Unions (2008: p.21) have called for the return of the global migration policy process to the United Nations "*as the best way of achieving policy coherence, and comprehensive, sustainable migration and development policies.*" Civil society groups are demanding that the policy-making process on global migration and development be linked to the fundamental rights of migrant workers, as well as the right to development.

There are some regional and inter-regional consultative processes (RCPs) on migration in various regions such as the Pueblo process in the Americas, the Colombo Process, the Budapest Process, and the more long standing Intergovernmental Consultations on Asylum, Refugees and Migration (IGC). These processes bring together government policy-makers in an informal setting described as "*non-binding dialogue and information exchange on migration-related issues of common interest and concern*" (IOM n.d.). The emphasis is often on addressing irregular migration and refugee issues, "information-sharing, best practice, and capacity building". The IOM actively supports these processes, and has aggressively pushed them onto the agenda of various GFMDs. Yet RCPs are often non-transparent, focus largely on the prevention of irregular migration, pay scant attention to issues of migrant rights and protection, and exclude other important stakeholders.

It is therefore clear that a new approach to an international mobility regime may be needed which can draw upon good practice elements in some of the above options.

Conclusion

As argued above, globalization is yet to make a significant impact on international mobility of labour despite emerging labour market needs, given the politically sensitive nature of immigration in many destination countries. There is however, an emerging convergence of views in recent global approaches in several areas: the need for enhancing international cooperation; expanding legal avenues for migration, promoting migration-development linkages, particularly in the area of remittances, and diaspora policies and transnational linkages, protecting migrant rights, gender-sensitive migration policies, and creating decent work opportunities in home countries to reduce migration pressures. Recognition of the above factors has hardly been matched by any concrete and tangible measures to make a genuine impact for development of an international mobility regime.

At the same time, there are major areas of divergence with regard to several issues. The first concerns multilateral initiatives for improved global migration governance, especially within the UN system. As I have pointed out elsewhere (Wickramasekara 2008), most developed destination countries in the North are unwilling to move beyond non-binding, voluntary guidelines and consultative processes and groupings. It is unlikely that States will be willing to cede part of their sovereignty over immigration matters in the foreseeable future. The extent of liberalization of the global labour market, especially the opening of doors for low-skilled workers, continues to be a controversial issue based on past experiences with “guest worker” programmes. At the same time, the rights accorded to temporary migrant workers remain a contentious issue. Irregular migration, especially the rights of migrant workers with irregular status, still remain very controversial. State approaches to international mobility may therefore continue to rely on intensified border and internal controls, resulting in further violations of human rights.

Nigel Harris (2009: p.14) warns of the dangers of such an impasse.

If the developed countries are unable to establish an acceptable order in the field of migration, the danger is

that political leaders there will continue to seek to exploit the issue for xenophobic purposes, at the expense of development of developing countries and the welfare of their poorest citizens. Protectionism here is, as elsewhere, directed to trying fruitlessly to capture benefits for a minority at the cost of the world at large – and particularly of the world's poor.

The failure of the United Nations to get the agreement of member States to convene a summit on international migration up to now is a sad reflection of the political obstacles in the way of a multilateral approach to migration. In 2007, it succeeded only in organizing a High Level Dialogue on International Migration and Development, which did not result in any concrete outcomes within the UN system. The international community, however, should not miss the opportunity for debating and moving towards a more acceptable international mobility regime starting from the forthcoming second UN High-Level Dialogue on International Migration and Development in 2013.

References

- Annan, K. (2004). Address to the European Parliament upon receipt of the Andrei Sakharov Prize for Freedom of Thought, Brussels, 29 January 2004.
- Annan, K. (2004). United Nations Secretary-General Kofi Annan's Address to the European Parliament upon receipt of the Andrei Sakharov Prize for Freedom of Thought, Brussels, 29 January 2004. Online at: <http://un.by/print/en/news/world/29-01-04.html>
- Bakewell, O. (2009). South-South Migration and Human Development: Reflections on African Experiences, Human Development Research Paper 2009/07, United Nations Development Programme, April 2009.
- Bhagwati, J. The World Needs a New Body to Monitor Migration, Financial Times, October 24, 2003. Online at: <http://www.mafhoum.com/press6/167S23.htm>
- Chanda, N. Globalization Comes Full Circle, San Francisco Chronicle, 10 June, 2007. Online at: http://articles.sfgate.com/2007-06-10/opinion/17247624_1_canary-islands-globalization-full-circle

Doyle, M. Report to the Secretary-General on Migration, Migration Working Group (chaired by M.W. Doyle), New York, 20 December 2002 (restricted).

Freeman, R. 2008. The new global labor market, Focus, Volume 26, Number 1, Summer-Fall 2008, pp.1-6, (University of Wisconsin–Madison, Institute for Research on Poverty)

GCIM (2005). Migration in an Interconnected World: New Directions for Action, Report of the Global Commission on International Migration, Geneva.

Ghosh, B. (2000). Managing migration: Time for a new international regime, Oxford University Press, Oxford.

Global Unions Statement to the 2nd Global Forum on Migration and Development, Manila, Philippines, 27-30 Oct. 2008, "Constructing an architecture of protection of human and trade union rights, for migrant workers and their families, Executive summary.

Guillén, M. (2010). Mauro Guillén's Indicators of Globalization, 1980-2008, Wharton School, University of Pennsylvania, Philadelphia. (seen 20 May 2011). Online at: <http://www-management.wharton.upenn.edu/guillen/2010-docs/Global-Table-1980-2008.pdf>

Harris, N. (2002). Thinking the unthinkable: the immigration myth exposed, L.B. Tauris, London, 2002.

Harris, N. (2009). Migration without Borders: The economic perspective, paper prepared for UNESCO, Paris, 2007.

De Haas, H. (2008). The Myth of Invasion – The inconvenient realities of African Migration to Europe, International Migration Institute, Oxford.

Henley (2009). The Henley Visa Restrictions Index – Global Ranking 2008, Henley and Partners, Zurich, 2009.

ILO (2004a). World Commission on the Social Dimension of Globalization, A fair globalization: Creating opportunities for all, Geneva: World Commission on the Social Dimension of Globalization and International Labour Office, February 2004.

ILO (2004b). A fair deal for migrant workers in the global economy, Report VI, International Labour Conference 2004, 92nd Session. Geneva, International Labour Office.

ILO (2006). The ILO Multilateral Framework on Labour Migration: Non-binding principles and guidelines for a rights-based approach to labour migration. International Labour Office, Geneva.

ILO (2007). Migration and development: The ILO perspective, International Migration Brief, ILO, Geneva.

ILO (2010). International labour migration: A rights-based approach, Geneva, International Labour Office, Geneva.

ILO (2011). Global Employment Trends 2011. Online at:

http://www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_150440/lang-en/index.htm

IOM (2010). World Migration Report 2010, International Organization of Migration, Geneva.

IOM (n.d.):Regional Consultative Processes. Online at: <http://www.iom.int/jahia/Jahia/regional-consultative-processes>

Martell, Y. (2001). Life of Pi, Penguin Books India, New Delhi.

Moses, J.W. (2006). International Migration: Globalization's last frontier, Zed Books, London.

OECD (2007). International Migration Outlook, SOPEMI 2007 Edition. Paris, Organization for Economic Cooperation and Development.

OECD (2009). The Future of International Migration to OECD Countries, Organization for Economic Cooperation and Development, Paris.

Pritchett, L. Let their people come: Breaking the gridlock on global labor mobility, Washington DC: Centre for Global Development, 2006.

Ratha, D. and S. Mohapatra (2011), Preliminary Estimates of Diaspora Savings, Migration and Development Brief No.14, Migration and Remittances Team, World Bank, Washington DC, February 2011.

Stalker, P. (2000). Workers without Frontiers: the Impact of Globalization on International Development. Geneva, International Labour Office (ILO).

UNDP, Human Development Report 2009 – Overcoming barriers: Human mobility and development, New York, United Nations Development Programme.

United Nations (2006). International migration and development: Report of the Secretary-General for

the UN High Level Dialogue on international migration and development, New York, A/60/871.

United Nations (2009). Trends in Total Migrant Stock: The 2008 Revision, Population Division, Department for Social and Economic Affairs, New York.

United Nations (2000). Replacement Migration: Is it a solution to declining and ageing populations, New York, Population Division, Department of Economic and Social Affairs.

Wickramasekara, P. (2008). Globalisation, International Labour Migration, and Rights of Migrant Workers, in *Third World Quarterly*, Vol. 29 (7): 1247–1264.

Wickramasekara, P. (2010). Development, mobility, and human rights: Rhetoric and reality. *Refugee Survey Quarterly*, Vol. 28 (4): 165-200.

Wickramasekara, P. (2009). *Diasporas and Development: Issues in definitions and contributions, Perspectives on migration*, No.9, International Migration Programme, International Labour Office, Geneva.

World Bank, *Global Economic Prospects 2006: Economic Implications of Remittances and Migration*, Washington, D.C., The World Bank, 2006.

Dr. Piyasiri Wickramasekara was formerly a senior migration specialist with the International Migration programme of the International Labour Office in Geneva. He was one of the architects of the ILO's Multilateral Framework on Labour Migration.

Norbert Cyrus

Die Eigendynamik der Migrationsprozesse lässt sich nicht steuern – Warum Migrationsmanagement nicht funktionieren kann

In der wissenschaftlichen Diskussion der Transnationalisierung der sozialen Welt werden internationale Migrationsprozesse als soziale ‚Transnationalisierung von unten‘ analysiert, die nicht nur Chancen eröffnet, sondern für MigrantInnen auch erhebliche Risiken beinhalten kann, die mit Regulierungsmaßnahmen eines institutionalisierten politischen ‚Transnationalismus von oben‘ vermieden werden sollten. Aktuell lässt sich allerdings beobachten, dass der bestehende institutionalisierte transnationale Rahmen des Systems der Vereinten Nationen, in dem Normen zur Regulierung von Migrationsprozessen vereinbart wurden und weiter entwickelt werden, in der internationalen Migrationspolitik an Relevanz verliert. Die internationale Migrationspolitik ist aktuell durch den Aufbau und die Umsetzung eines außerhalb des UN-Systems operierenden Migrationsmanagements bestimmt, das als Tendenz der Re-Nationalisierung interpretiert werden kann. Die Erwartung, dass Globalisierung zu einer politischen Transnationalisierung von oben führt, erweist sich für die internationale Migrationspolitik daher als zu simpel.

In diesem Beitrag will ich die Agenda des Migrationsmanagements, die seit etwa zehn Jahren die internationale Politik beherrscht, vorstellen und die grundlegenden konzeptionellen und empirisch begründeten Kritikpunkte darstellen, die eine Erreichung der Ziele des Migrationsmanagements sehr unwahrscheinlich erscheinen lassen. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, Überlegungen über alternative Gestaltungsmöglichkeiten von Migrationsprozessen zu intensivieren, die in einer transparenten und wissenschaftsgestützten Diskussion zum Aufbau einer globalen Migrationsordnung im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen beitragen.

Die Agenda für ein internationales Migrationsmanagement

In den Analysen der Transnationalisierung der sozialen Welt (1) gelten internationale Migrationsbewegungen als elementarer Bestandteil der aktuellen Globalisierungsprozesse und Aspekt eines ‚Transnationalismus von unten‘. Auch in der internationalen Politik wird zunehmend die Normalität von Migrationsprozessen betont. Dabei wird mit Begriffen wie der dreifachen ‚Win-Win-Win-Situation‘ auf mögliche positive Effekte hinge-

wiesen, die gleichermaßen für die Herkunfts- und Ziel-länder sowie für die MigrantInnen selber möglich sind. Eindringlich betont werden aber auch die Gefahren ungesteuerter und irregulärer Migration, die schwerwiegende negative Konsequenzen für Herkunfts- und Ziel-länder sowie die MigrantInnen selber haben und die nationalstaatliche Souveränität und Sicherheit bedrohen. Aufgabe internationaler Politik sei daher der Aufbau eines internationalen Migrationsmanagements, um positive Auswirkungen von Migration zu maximieren und negative Konsequenzen zu minimieren. (2)

Das Konzept des Migrationsmanagements, das vor gut zehn Jahren durch die Internationale Organisation für Migration (IOM) (3) gemeinsam mit der Schweizer Regierung in der so genannten Bern-Initiative entwickelt (4) und im Jahr 2004 nach einer Reihe hochrangiger Konsultationen und Regierungskonferenzen in allen Regionen der Welt als ‚Internationale Agenda für ein Migrationsmanagement‘ (IAMM) konkretisiert wurde, ist inzwischen Leitbild der internationalen Politik. (5) Mit der Agenda wurde eine neue Rhetorik bzw. positivere Bewertung von Migration und Mobilität in die internationale Migrationspolitik eingeführt, die sich deutlich von der bis dahin vorherrschenden negativen Darstellung von Migration und der einseitigen Betonung der Notwendigkeit von Migrationskontrollen abhebt. Die IAMM verspricht einen ganzheitlichen Ansatz, der die Elemente der Ermöglichung legaler Migration, des Schutzes der Rechte von MigrantInnen, der Verhütung und Bekämpfung irregulärer Migration sowie der Komplementarität von Migration und Entwicklung verknüpft.

Die positiv formulierten Inhalte und Rhetoriken des Migrationsmanagements prägen inzwischen die internationale Migrationspolitik und die Programme aller mit Migration befassten internationalen Organisationen und Institutionen. Dabei lassen sich durchaus verschiedene Schwerpunktsetzungen erkennen: Bei der IOM liegt der Schwerpunkt auf Programmen zur Verhinderung irregulärer Migration. (6) Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dagegen betont Initiativen zur Ausweitung des Schutzes der Rechte von WanderarbeitnehmerInnen. (7) Und vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) wird vielmehr die erleichterte Zulas-

sung von MigrantInnen zum Arbeitsmarkt in den Zielländern herausgehoben. (8)

Rechtliche Basis und politische Orientierungsmarke des Migrationsmanagements ist das von den Nationalstaaten in Anspruch genommene Recht, über die Einreisen und Aufenthalte von Nichtstaatsangehörigen souverän zu entscheiden. Damit werden die Regierungen der Nationalstaaten als entscheidende AkteurInnen und letzte Instanz des Migrationsmanagements bestätigt und bestärkt. Da aber Nationalstaaten aufgrund des transnationalen Charakters von Migrationsprozessen zu einer effektiven Steuerung alleine nicht in der Lage seien, wird die Notwendigkeit der migrationspolitischen Zusammenarbeit von Regierungen der Herkunfts-, Transit- und Zielländer betont. Dabei wird unterstellt, dass Herkunfts-, Transit und Zielländer angesichts der besonderen Bedeutung von Migration für Sicherheit und ökonomische, soziale und politische Stabilität ein gemeinsames Interesse an einem effektiven Migrationsmanagement haben. Mit dem Argument, dass die Umsetzung einer gemeinsamen internationalen Migrationspolitik durch Abstimmungen im Rahmen von UN-Organisationen zu langwierig und wenig aussichtsreich sei, wird eine Umsetzung der Internationalen Agenda für ein Migrationsmanagement auf Grundlage bi- und multilateraler Regierungsabkommen außerhalb des Systems der Vereinten Nationen verfolgt und die Operationalisierung an Internationale Organisationen delegiert. Migrationsbewegungen als soziale ‚Transnationalisierung von unten‘ führen damit nicht zu einer Regulierung im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen, einem institutionalisierten politischen ‚Transnationalismus von oben‘, sondern zu Re-Nationalisierung.

Konzeptionelle und politische Kritik

In der aktuellen Migrationsforschung werden die Diskurse, AkteurInnen und Praktiken des Migrationsmanagements zunehmend kritisch untersucht. In diesem Abschnitt sollen einige ausgewählte Kritikpunkte vorgestellt werden. (9)

a) Menschenrechtliche Rhetorik ohne Verbindlichkeit

Eine zentrale Kritik betrifft die Instrumentalisierung von Menschenrechtsargumenten. In den Diskursen des Migrationsmanagements wird kontinuierlich ein Bezug auf Menschenrechte hergestellt, wodurch auf lokaler Ebene eine gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit mit menschenrechtlich orientierten Nichtregierungsor-

ganisationen geschaffen wird. Doch trotz der Betonung der menschenrechtlichen Dimension beinhalten die Initiativen des Migrationsmanagements keine verbindlichen menschenrechtlichen Verpflichtungen für die beteiligten Staaten. Bevorzugt werden vielmehr Vereinbarungen zwischen Regierungen auf bi- oder multilateraler Basis, die in der technokratischen und entpolitisierten Form von ‚Empfehlungen‘ oder ‚Beispielen besser Praxis‘ formuliert werden. Staaten ist es mit der Beteiligung am Migrationsmanagement möglich, die politische und praktische Gestaltung des globalen Themas Migration außerhalb des Systems des Menschenrechtsschutzes der Vereinten Nationen zu verfolgen. Damit verringert sich jedoch die Bereitschaft zur Ratifizierung der von den Vereinten Nationen oder der Internationalen Arbeitsorganisation verabschiedeten Abkommen zum Schutz von MigrantInnen, die gemeinsame verbindliche Standards festlegen, (10) – ein eigentlich erklärtes Ziel des Migrationsmanagements.

b) Entpolitisierung der Migration

Die Verwendung einer technokratischen Sprache und die Berufung auf Ergebnisse von Auftragsforschung zur Legitimation migrationspolitischer Ziele bilden weitere Kritikpunkte. Bereits die im Englischen benutzte Bezeichnung ‚Management‘ vermittelt einen unpolitischen und dezidiert sachlichen Eindruck. Die Betonung des unpolitischen Charakters des Migrationsmanagements wird auch in der zentralen Argumentation der dreifachen Gewinnsituation für Herkunfts- und Zielländer sowie MigrantInnen deutlich. Bestehende Machtunterschiede, gegensätzliche Interessen und konkurrierende Wertvorstellungen werden mittels der Zuschreibung von „Vorteilen für alle“ durch staatlich koordiniertes Migrationsmanagement überdeckt.

Der unpolitische Eindruck wird verstärkt durch die systematische Berufung auf Berichte, die im Auftrag oder eigenständig von internationalen Organisationen durchgeführt werden. Diese Untersuchungen sind in der politischen Orientierung durch den Entstehungskontext beeinflusst und auf eine Bearbeitung vorgegebener selektiver Fragestellungen beschränkt. Gleichwohl werden sie als wissenschaftlich objektive und politisch neutrale Darstellungen von Fakten und Daten präsentiert, die das Migrationsmanagement als wissenschaftlich fundiertes und politisch neutrales Programm stilisieren und legitimieren. Ausgeblendet bleibt dagegen, dass die Etablierung und Verfolgung des Migrationsmanagements das Ergebnis politischer Entscheidungen

der Regierungen, und zwar überwiegend der Zielländer von Migration, ist.

c) Verfestigung bestehender Ungleichheits- und Machtverhältnisse zwischen Staaten

Die Programme im Rahmen des Migrationsmanagements werden den Herkunfts- und Transitländern durch internationale Organisationen als „technische Hilfe“ zur Lösung von Migrationsproblemen angeboten. Die Finanzierung der von formell unabhängigen internationalen Organisationen durchgeführten Projekte erfolgt allerdings überwiegend durch die Regierungen der Zielländer und ist oft mit dem Ziel verknüpft, Systeme der Grenzsicherung und Migrationskontrolle einzuführen oder auszubauen. Die Möglichkeit nationaler Behörden und lokaler Organisationen, über die Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft selbstbestimmt zu entscheiden, wird mit der Fokussierung der Hilfe zur Lösung von Migrationsproblemen auf Sicherheitsfragen allerdings eingeschränkt. Die Einführung westlicher Rechtskonzepte kann dabei schwerwiegende Folgen für die lokalen Strukturen haben, wenn beispielsweise BewohnerInnen in Folge der Einführung einer Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration ein illegaler Status zugeschrieben wird. (11)

d) Selektive Umsetzung

Die Akteure des Migrationsmanagements weichen mit ihrer auf Migrationskontrolle beschränkten Praxis von dem in offiziell vertretenen Diskursen vermittelten Anspruch eines ganzheitlichen Ansatzes ab. Dies wird exemplarisch am Beispiel der von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten verfolgten internationalen Migrationspolitik deutlich. Der aktuell vertretene Gesamtansatz Migration (12) umfasst dem Anspruch nach die Komponenten der guten Gestaltung der legalen Migration, der Prävention und Bekämpfung illegaler Einwanderung und eine enge Verknüpfung der Politikfelder Migration und Entwicklung.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung machen jedoch deutlich, dass die Agenda von der EU nicht ganzheitlich, sondern selektiv mit Schwerpunkt auf Verhinderung unerwünschter Migration (13) verfolgt wird. Beispielhaft ist die Kooperation mit der Regierung des westafrikanischen Landes Mali. (14) Um die Bereitschaft in Mali zur Zusammenarbeit beim Migrationsmanagement zu fördern, hatte die Europäische Union für malische Staatsangehörige befristete Arbeitsvisa in Aussicht gestellt. Über ein Jobcenter in der Hauptstadt Bamako sollte das Auswahl- und Zulassungsverfahren abgewickelt werden. Allerdings war kein EU-

Mitgliedsstaat bereit, temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Das schließlich am 6. Oktober 2008 eröffnete und aus europäischen Mitteln mit 9 Mio. € finanzierte Zentrum für Information und Migrationssteuerung (CIGEM) erhielt daraufhin die Aufgaben, potenzielle MigrantInnen über die legalen Möglichkeiten der Migration zu informieren, über die Gefahren illegaler Migration aufzuklären, RückkehrerInnen zu betreuen, die malische Diaspora zum Engagement in ihrem Heimatland zu motivieren und Migrationsforschung zu betreiben.

Vergleichbar einseitig gestaltet ist der Vorschlag für ein Migrationsabkommen, [den die deutsche Regierung im Juli 2009 an die ghanaische Regierung übermittelte. (15) Darin wird nach Auskunft der Bundesregierung eine strukturierte und grundsätzlich befristete Wirtschafts- und Arbeitsmigration für ghanaische Staatsangehörige – in einem nicht weiter spezifizierten Umfang – angeboten. Die Erteilung der Arbeitsvisa soll grundsätzlich von der Rückkehr der zuvor befristet zugelassenen ghanaischen Staatsangehörigen abhängig sein. Allgemeine Erleichterungen bei Einreise und Visumsverfahren sind nicht vorgesehen. Der Abschluss des Abkommens soll die Voraussetzung schaffen, dass Ghana ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet und in der Bekämpfung illegaler Migration kooperiert.

Die von den Regierungen der Zielländer unter der Bezeichnung Migrationsmanagement verfolgten Maßnahmen konzentrieren sich auf die Verhinderung irregulärer Migration. Entwicklungspolitische Angebote an Herkunftsländer, wie sie zur Zeit mit den Konzepten der Mobilitätspartnerschaften und zirkulärer Migration diskutiert werden, sind mit der Verpflichtung zur Zusammenarbeit bei der Abwehr irregulärer Migration verknüpft. Initiativen zur guten Gestaltung legaler Migration, die Angebote zur Ermöglichung von Einreisen und Aufenthalt beinhalten, werden nicht eigenständig verfolgt.

Strukturelle Hindernisse für die Umsetzung des Migrationsmanagements

Zusätzlich zur grundlegenden konzeptionellen Kritik liefern Befunde der internationalen Migrationsforschung grundsätzliche Hinweise, dass eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda für ein Internationales Migrationsmanagement ausgesprochen unrealistisch ist. Neben den in der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung (16) betonten Interessensgegensätzen zwischen und innerhalb von Ländern ist auch die in der sozialwissen-

schaftlichen Migrationsforschung (17) thematisierte soziale Eigendynamik von Migrationsprozessen relevant.

a) Widersprüche zwischen Ländern

Das mit der Internationalen Agenda für ein Migrationsmanagement unterstellte gemeinsame Interesse der Herkunfts-, Transit- und Zielländer an einer effektiven Migrationssteuerung ist nicht zu erkennen. Während die Zielländer von Migration die Durchsetzung der Kontrolle über Einreisen und Aufenthalte als politisches Ziel verfolgen, verbinden die Herkunftsländer mit der Migration ihrer Staatsangehörigen durchaus Vorteile, da Arbeitslosigkeit verringert wird und durch Rücküberweisungen (auch von irregulären MigrantInnen) finanzielle Mittel in das Land fließen, die teilweise das Finanzvolumen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit deutlich übersteigen.

Um dennoch eine migrationspolitische Zusammenarbeit zu erreichen, unterbreiten die Regierungen der Zielländer kompensatorische finanzielle Angebote oder bauen diplomatischen Druck auf. Die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer bietet dafür Beispiele: So wurde im Falle Albaniens dessen Kooperationsbereitschaft mit der Aussicht auf eine Assoziation mit der europäischen Union befördert. (18) Im Falle des 2008 vereinbarten Freundschaftsabkommens zwischen der italienischen Berlusconi-Regierung und dem libyschen Diktator Gaddafi, das die Grundlage für eine Kooperation bei der Verhinderung der irregulären Migration von Libyen nach Italien schuf, wurde eine Zahlung von 5 Mrd. Dollar vereinbart. (19)

Diese Aktivitäten entsprechen einer Strategie der Verlagerung von Migrationskontrolle in Transit- und Herkunftsländer wie Mali, Ghana oder Libyen. Mit Nachdruck verfolgt wird auch die Intensivierung von Kontrollen in den Zielstaaten (durch die Arbeitgebersanktionenrichtlinie (20) und, vor allem an den Außengrenzen, durch den Aufbau der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sowie durch die Privatisierung der Migrationskontrolle, bei der Transportunternehmen und ArbeitgeberInnen zur Überprüfung von Personalien verpflichtet werden und bei Verstößen mit ernsthaften Sanktionen bedroht werden. (21)

b) Widersprüche innerhalb der Zielländer

Die Verwirklichung der Ziele der Migrationskontrolle wird aber nicht nur durch die unterschiedlichen Interessenslagen zwischen Herkunfts- und Zielstaaten beeinträchtigt, sondern auch durch Spannungsverhältnisse

zwischen verschiedenen Politikfeldern und AkteurInnen innerhalb der Zielländer. Das wirtschaftspolitische Interesse an der Durchlässigkeit von Grenzen, um internationale Mobilität für Handel, Wirtschaft, Wissenschaft oder internationalen Tourismus zu ermöglichen, schränkt den Spielraum umfassender Migrationskontrolle faktisch ein. Tatsächlich erfolgen die meisten irregulären Aufenthalte im Anschluss an eine legale Einreise. Durch die Interventionen von Wirtschaftsverbänden, Selbstorganisationen von MigrantInnen oder humanitären Organisationen, die auf die Gestaltung und Umsetzung von Migrationspolitiken Einfluss nehmen, wird die Chance einer effektiven Kontrolle im Inland in bestimmten Bereichen wie z.B. Privathaushalten eingeschränkt. Schließlich sind die Nationalstaaten durch Selbstverpflichtungen, die sich aus der Verfassung, der Unterzeichnung von Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen oder der Mitgliedschaft in regionalen Systemen (z. B. Europarat) ergeben, in ihrer Souveränität faktisch eingeschränkt.

c) Die Eigendynamik der Migration

Die Ansprüche auf Migrationssteuerung werden zusätzlich durch die soziale Eigendynamik von Migration zu nichte gemacht. (22) Die strukturellen und sozialen Faktoren, die die Migration motivieren, erweisen sich als stärker als staatliche Kontrollpraktiken. Strukturelle Faktoren für Migration ergeben sich vor allem aus einer ungleichen räumlichen Verteilung der Chancen auf Verwirklichung eines guten Lebens. In vielen Regionen der Erde besteht eine Kultur der Migration. Die Ausübung von Mobilität zur Verbesserung der Lebenssituation wird als selbstverständliche und legitime Praxis angesehen. Staatliche Beschränkungen werden als unfair oder illegitim betrachtet und nach Möglichkeit umgangen. (23) Ermöglicht wird das Unterlaufen bzw. Umgehen von Migrationsbeschränkungen durch vielfältige transnationale soziale Verflechtungen, die auch unerlaubte Zugangsmöglichkeiten eröffnen. Aufgrund einer kolonialen Geschichte, wirtschaftlicher oder militärischer Beziehungen sowie der Anwerbung von Arbeitskräften bestehen in allen Zielländern Diasporas, die weiteren MigrantInnen den Zugang erleichtern. Zur Ermöglichung einer Einreise mit oder ohne Erlaubnis kann auch auf die angebotenen Dienstleistungen einer florierenden Migrationsindustrie eingegangen werden. Im Zielland ergeben sich Anschlussmöglichkeiten durch die Nachfrage nach Arbeitskräften in offiziellen und informellen Beschäftigungsbereichen.

Nebenwirkungen eines unrealistischen Migrationsmanagements

Die Internationale Agenda für ein Migrationsmanagement lässt sich als Versuch der reichen Zielländer des Westens ansehen, durch den Aufbau bi- und multilateraler Vereinbarungen außerhalb des UN-Systems die ökonomische Nützlichkeit von Migration zu erhöhen und unerwünschte Migration abzuwehren. Eine regulierte Offenheit für die Mobilität hoch qualifizierter MigrantInnen wird mit einer Politik der Zugangsbeschränkungen gegenüber unerwünschter Migration kombiniert. Dieser aktuelle Trend in der internationalen Migrationspolitik lässt sich aufgrund der Machtungleichheit und Hierarchie zwischen Herkunfts-, Transit und Zielländern eher dem Idealtypus der Re-Nationalisierung als der Inter-Nationalisierung zuordnen.

Die Befunde der Migrationsforschung verdeutlichen allerdings, dass erhebliche strukturelle und soziale Hindernisse bestehen, die der erfolgreichen Umsetzung der Agenda entgegenstehen. Der staatliche Anspruch auf alleiniges Entscheidungsrecht über Einreise und Aufenthalt von Nichtstaatsangehörigen befindet sich im Spannungsfeld mit Interessenlagen und Wertvorstellungen der sozialen transnationalen Verflechtungszusammenhänge, die ihrerseits oft das Ergebnis vorheriger Politiken darstellen. (24) Für Aktivitäten und Programme zur Migrationssteuerung werden erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen aufgewendet, ohne dass die Effektivität und Effizienz evaluiert oder Überlegungen für effizientere Mittelverwendungen angestellt werden würden. Die Intensivierung und Ausweitungen der Kontrollbemühungen ist mit Nebenfolgen verbunden: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer irregulärer MigrantInnen wird länger, da eine Wiedereinreise schwieriger gemacht wird. Unerlaubte Einreisen werden riskanter und die Zahl der Todesfälle an den Grenzen nimmt zu. Dieser humanitäre Aspekt der Migrationskontrolle sollte die Legitimation des Migrationsmanagements grundlegend in Frage stellen. Zudem untergräbt die Diskrepanz zwischen der politischen Zielsetzung souveräner Migrationssteuerung und nicht vollständig zu kontrollierenden Migrationsprozessen das Vertrauen in politische Institutionen und bietet auch Anlässe für rechtspopulistische Mobilisierungen.

Alternativen zum Migrationsmanagement?

Lässt sich ein alternatives Konzept zur Gestaltung internationaler Migration denken? Das für BürgerInnen der Europäischen Union bestehende Recht auf Binnenfreizügigkeit bietet eine Anregung für ein alternatives

Modell zum Anspruch auf Steuerung der Migration. Trotz erheblicher Unterschiede bei Wirtschaftskraft, Einkommensniveau und Arbeitslosigkeit der Mitgliedsstaaten bestehen – abgesehen von zeitlich befristeten Übergangsregelungen für BürgerInnen neuer EU-Mitgliedsstaaten – keine Einschränkungen der individuellen Mobilitätsrechte. Die vor der Einführung der Freizügigkeit regelmäßig geäußerten notorischen Befürchtungen vor einer Massenzuwanderung in die wirtschaftlich stärkeren Länder, die negative Effekte auf die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme der Zielländer haben sollte, erwiesen sich regelmäßig als unbegründet. Die Zuwanderungsmuster, die von der Bevölkerung der Zielländer zu Recht als problematisch angesehen werden, sind vor allem Ergebnis unangemessener rechtlicher Regulierung der Arbeitsmarktbeziehungen und nicht der Freizügigkeit. Die Erfahrungen mit der europäischen Freizügigkeit zeigen, dass die Regierungen der Zielländer durch angemessene Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Zugangs zu Beschäftigung und Sozialsystemen durchaus die Voraussetzungen für Freizügigkeit schaffen können.

Doch so wie jede Ausweitung der EU-Freizügigkeit stößt auch die Vorstellung einer globalen Freizügigkeit, die theoretisch die konsequenteste Alternative zur Agenda des internationalen Migrationsmanagements bildet, auf starke Vorbehalte. Für die Suche nach alternativen Möglichkeiten zur Gestaltung internationaler Migration sollte diese Möglichkeit aber nicht einfach verworfen werden. Die inzwischen differenzierte wissenschaftliche Diskussion über die Verwirklichung einer „Migration ohne Grenzen“ (25) ist als provokativer und anregender Anstoß anzusehen, um die gängige Rechtfertigung der für alternativlos gehaltenen Migrationspolitiken produktiv zu hinterfragen und die Debatte um fairere Migrationspolitiken voranzubringen.

Initiiert wurde die Diskussion von Joseph Carens. (26) Der liberale Philosoph argumentiert, dass Mobilität zu den grundlegenden menschlichen Freiheiten zählt, die nicht pauschal durch den nationalstaatlichen Anspruch auf Zulassung zum Territorium entwertet werden darf. Die Verweigerung des Zugangs und damit des Menschenrechts auf Mobilität bedarf vielmehr einer starken Rechtfertigung, die für Carens allein in einer Bedrohung der liberalen Grundinstitutionen besteht. Eine bloße pauschale Annahme, dass die liberalen Grundinstitutionen durch Migration zerstört würden, reiche allerdings nicht aus. Vielmehr müsse die Gefahr konkret und überzeugend nachgewiesen werden.

Über das Recht auf Mobilität wird in der politischen Philosophie inzwischen intensiv und kontrovers diskutiert. (27) Dabei wird auch der von Nationalstaaten vertretene Souveränitätsanspruch, in Fragen der Zuwanderung allein nach nationalen Interessen zu entscheiden, kontrovers diskutiert. Entgegnet wird, dass der nationalstaatliche Souveränitätsanspruch nicht absolut sein kann, sondern immer im Spannungsfeld mit individuellen Freiheits- und Menschenrechten bestimmt werden müsse. Faktisch werde die Souveränität der Nationalstaaten bereits durch die eingegangene Verpflichtung zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards eingeschränkt.

Stärker empirisch ausgerichtete Beiträge untersuchen die Bedingungen und Argumente, die gegen die Gestaltung der Migration ohne Grenzen vorgetragen werden. (28) Dabei werden die Hinweise auf eine mögliche Überlastung der Sozialsysteme und die starken Vorbehalte, die in der Bevölkerung gegenüber der Idee offener Grenzen bestehen und die sich zu antidemokratischen und rassistischen Stimmungen steigern könnten, sehr ernst genommen. Die Erfahrungen mit der europäischen Freizügigkeit lassen es jedoch durchaus als möglich erscheinen, dass mit politischer Führung und behutsamem Vorgehen eine Liberalisierung von Migration schrittweise möglich wäre. Bei dieser Diskussion lässt sich durchaus anknüpfen an das in der Agenda für ein Migrationsmanagement formulierte Ziel der guten Gestaltung legaler Migration und des Schutzes der Rechte von MigrantInnen.

Entwicklung einer globalen Migrationsordnung

Die mit der Internationalen Agenda für ein Migrationsmanagement verfolgten Aktivitäten schaffen aufgrund der dargestellten unterschiedlichen Interessenslagen und Schwierigkeiten keinen akzeptablen Rahmen für die Ermöglichung von Migration. Die hier vorgetragenen Beobachtungen und Überlegungen zeigen, dass der sozialen Transnationalisierung von unten bisher ein Rahmen verbindlicher Standards auch zum Schutz der Rechte von MigrantInnen durch einen institutionalisierten Transnationalismus von oben fehlt. Eine globale Migrationsordnung, die bestehende Machtungleichheiten zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern in Verhandlungen bestehende Interessensunterschiede offen legt, diskursiv neutralisiert und der politischen Reflektion in einer offenen und transparenten Diskussion wieder zugänglich machen könnte, ist im Rahmen des UN-Systems zu entwickeln. Eine solche Ergänzung

der sozialen Transnationalisierung von unten durch eine institutionalisierte migrationspolitische Transnationalisierung von oben, die nicht einseitig ein durch die Interessen der Zielländer bestimmt ist und für alle Vertragsparteien Normen setzt und verbindlich ist, steht noch aus.

Endnoten

- 1) Grundlegend Pries, L. 2008. *Die Transnationalisierung der sozialen Welt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- 2) So auch Weltkommission für Internationale Migration. 2005. *Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsperspektiven. Bericht der Weltkommission für Internationale Migration*, Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
- 3) Über Selbstverständnis und Tätigkeiten informiert die Internationale Organisation für Migration auf ihrer website www.iom.int
- 4) Eine Darstellung des Programms der Bern Initiative bietet Berne Initiative 2004. *International Agenda for Migration Management*. Trilingual publication in English, French and Spanish, Geneva: IOM. www.iom.int/jahia/Jahia/cache/offonce/pid/1491
- 5) Dieser Abschnitt basiert im Wesentlichen auf IAMM. 2004. *International Agenda for Migration Management. Common Understandings and Effective Practices for a Planned, Balanced, and Comprehensive Approach to the Management of Migration*. Geneva: IOM; sowie Geiger, M., Pécoud, A., eds. 2010a. *The Politics of International Migration Management*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- 6) IOM 2010. *World Migration Report 2010. The Future of Migration: Building Capacities for Change*. Geneva: IOM http://publications.iom.int/bookstore/free/WMR_2010_ENGLISH.pdf
- 7) ILO 2010. *International Migration. A rights-based approach*. Geneva: ILO www.ilo.org/public/libdoc/ilo/2010/110B09_59_engl.pdf
- 8) UNDP 2009. *Human Development Report 2009: Overcoming barriers – Human mobility and development*. New York: UNDP <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2009/>
- 9) Dieser Abschnitt basiert im Wesentlichen auf den Ausführungen von Geiger, M., Pécoud, A. 2010b. *The Politics of International Migration Management*. In: *The Politics of Migration Management*, ed. M. Geiger, A. Pécoud, pp. 1-20. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- 10) Eine Diskussion der Standards der internationalen Schutzbestimmungen bieten u.a. Cholewinski, R. 2005. *Protecting Migrant Workers in a Globalized World*. In: *Migration Information Source* (<http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=293>) und Piper, N. 2006. *Economic Migration and the Transnationalization of the Rights of Foreign Workers – A Concept Note*. Asia Research Institute Singapore Working Paper No. 58. Singapore: Asia Research Institute. www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=293
- 11) Vergleiche dazu Poutignant, P., Streiff-Fénart, J. 2010. *Migration Policy Development in Mauretania: Process, Issues and Actors*. In: *The Politics of Interna-*

- tional Migration Management*, ed. M. Geiger, A. Pé-
coud, pp. 202-219. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
- 12) Informationen und weiterführende Hinweise zum Ge-
samtansatz bietet die Mitteilung der Kommission
[[http://www.unhcr.ch/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsin-
formationen/2_EU/3_EU-
Migration/C.01_Migrationspolitik/C.1.09.com2006_735-
de.pdf](http://www.unhcr.ch/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsin-
formationen/2_EU/3_EU-
Migration/C.01_Migrationspolitik/C.1.09.com2006_735-
de.pdf)]
 - 13) Einen aktuellen Überblick über die Maßnahmen der
Europäischen Union im Politikfeld ‚irreguläre Migration‘
bieten Düvell, F., Vollmer, B. 2011. *European Security
Challenges. Background paper EU-US Immigration
Systems 2011/01*. Florence: European University In-
stitute.
 - 14) Vergleiche dazu die Presseerklärung der Europäischen
Kommission, IP/08/1463 vom 6. Oktober 2008 sowie
kritisch Janicki, J.J., Böwing, T. 2010. *Europäische
Migrationskontrolle im Sahel*. In: *Grenzregime. Dis-
kurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, ed. S.
Hess, B. Kasperek, pp. 127-44. Berlin und Hamburg:
Assoziation-A.
 - 15) Informationen zum geplanten Migrationsabkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ghana
bietet die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine
Anfrage [http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/
1700848.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/
1700848.pdf)
 - 16) Die Darstellung der Befunde der politikwissenschaftli-
chen Migrationsforschung beruht im Wesentlichen auf
Hollifield, J.F. 2003. *Offene Weltwirtschaft und natio-
nales Bürgerrecht: das liberale Paradox*. In: *Migrati-
on im Spannungsfeld von Globalisierung und Natio-
nalstaat*, ed. D. Thränhardt, U. Hunger, pp. 35-57.
Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
 - 17) Die Darstellung der Befunde der sozialwissenschaftli-
chen Migrationsforschung beruht im Wesentlichen auf
Castles, S. 2005. *Warum Migrationspolitiken schei-
tern*. Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in
der Dritten Welt 25: 10-34.
 - 18) Siehe Geiger, M. 2010. *Mobility, Development, Pro-
tection, EU-Integration! The IOM's National Migra-
tion Strategy for Albania*. In: *The Politics of Interna-
tional Migration Management*, ed. M. Geiger, A. Pé-
coud, pp. 141-59. Houndsmill: Palgrave Macmillan.
 - 19) Siehe Marchetti, C. Ibid. *Expanded Borders: Policies
and Practices of Preventive Refoulment in Italy*. pp.
160-83. Houndsmills; sowie Smolczyk, A. 2009. *Migra-
tion: Ertrunken, erschlagen, verdurstet*. In: Spiegel
15/2009 vom 6. April 2009.
[www.spiegel.de/spiegel/print/d-64949433.html]
 - 20) Die Arbeitgebersanktionenrichtlinie ist verfügbar unter
[[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?
uri= OJ:L:2009:168:0024:0032:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?
uri= OJ:L:2009:168:0024:0032:DE:PDF)]
 - 21) Siehe Müller, D. 2010. *Flucht und Asyl in europäi-
schen Migrationsregimen. Metamorphosen einer
umkämpften Kategorie am Beispiel der EU,
Deutschlands und Polens*; sowie Walters W. 2010.
*Imagined Migration Worlds: The European Union's
Anti-Illegal Immigration Discourse*. In: *The Politics of
International Migration Management*, ed. M. Geiger,
A. Pécoud, pp. 73-95. Houndsmills: Palgrave Macmillan.
 - 22) Diese Bezeichnung wird verwendet von Hoerder, D.,
Lucassen, J., Lucassen, L. 2007. *Terminologie und
Konzepte in der Migrationsforschung*. In: *Enzyklo-
pädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis
zur Gegenwart*, ed. K.J. Bade, P.C. Emmer, L. Lucas-
sen, J. Oltmer, pp. 28-53, Paderborn: Schöningh, Zitat p.
40.
 - 23) Siehe u.a. Kalir, B. 2005. *The Development of a
Migratory Disposition: Explaining a "New Emigra-
tion"*. *International Migration* 43: pp. 167-96; Kyle, D.,
Siracusa, C.A. 2005. *Seeing the State Like a Migrant.
Why So Many Non-Criminals Break Immigration
Laws*. In: *Illicit Flows and Criminal Things. State
Borders, and the Other Side of Globalisation*, ed. W.
van Schendel, I. Abraham, pp. 153-76. Bloomington:
Indiana University Press.
 - 24) Siehe dazu Sassen, S. 1996. *Losing control? Sover-
eignty. In an Age of Globalization*. New York: Colum-
bia University Press
 - 25) Siehe dazu Pécoud, A., De Guchteneire, P. 2006.
*International Migration, Border Controls and Human
Rights: Assessing the Relevance of a Right to Mo-
bility*. *Journal of Borderland Studies* 21: pp. 69-86.
[http://www.childtrafficking.com/Docs/intl_migration_brd
er_cntrl_070402.pdf](http://www.childtrafficking.com/Docs/intl_migration_brd
er_cntrl_070402.pdf)
 - 26) Siehe Carens, J. 1995. *Aliens and Citizens: The
Case for Open Borders*. In: *The Rights of Minority
Cultures*, ed. W. Kymlicka, pp. 331-49. Oxford: Oxford
University Press.
http://www.mrrna.com/misc/carens_borders.php
 - 27) Siehe dazu u.a. Casey, J.P. 2010. *Open Borders:
Absurd Chimera or Inevitable Future Policy?* *Interna-
tional Migration* 48: pp. 14-62; Johnson, K.R. 2003.
Open Borders? *UCLA Law Review* 51: pp. 193-265,
sowie Kirloskar-Steinbach, M. 2007. *Gibt es ein Men-
schenrecht auf Immigration? Politische und philoso-
phische Positionen zur Einwanderungsproblematik*.
München: Fink
 - 28) Siehe dazu Bauböck, R. 2004. *Migration und innere
Sicherheit: Komplexe Zusammenhänge, paradoxe
Effekte und politische Simplifizierungen*. *Österreichi-
sche Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33: pp. 49-66.
Pécoud, A., De Guchteneire, P. 2006. *International
Migration, Border Controls and Human Rights: As-
sessing the Relevance of a Right to Mobility*. *Journal
of Borderland Studies* 21: pp. 69-86.

Dr. Norbert Cyrus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Hamburger Institut für Sozialforschung. Er forscht über
"Perspektiven auf irreguläre Migration". Zahlreiche
Veröffentlichungen u.a. zu den Themen: irreguläre
Migration, Beteiligung von EinwanderInnen und Verbot
des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung.

MID-DOSSIERS

Die MID-Dossiers erscheinen als Online-Dossiers, zu finden unter

<http://www.migration-boell.de/web/sonstige/747.htm>

*Die mit * gekennzeichneten Dossiers können auch als pdf heruntergeladen werden.*

MIGRATION

DOSSIER Mobility and Inclusion – Managing Labour Migration in Europe*

DOSSIER Border Politics - Migration in the Mediterranean *

DOSSIER Migration & Entwicklung*

DOSSIER European Governance of Migration*

DOSSIER Leben in der Illegalität *

DOSSIER Europa 2007: Chancengleichheit für alle!

INTEGRATION

DOSSIER Öffnung der Hochschule – Chancengerechtigkeit, Diversität, Integration

DOSSIER Muslimische Gemeinschaften zwischen Recht und Politik*

DOSSIER Bis in die dritte Generation? Lebensrealitäten junger Migrantinnen*

DOSSIER Herkunft als Schicksal? Hürdenlauf zur Inklusion*

DOSSIER Migration & Gesundheit *

DOSSIER Migrationsliteratur - Eine neue deutsche Literatur?*

DOSSIER Starke Jugend - Lebenswelten junger MigrantInnen

DOSSIER Religiöse Vielfalt & Integration *

DOSSIER Schule mit Migrationshintergrund*

DOSSIER Der Nationale Integrationsplan auf dem Prüfstand

DOSSIER Muslimische Vielfalt in Deutschland

DOSSIER Wirtschaftliche Potenziale von Migration & Integration

DOSSIER HipHop zwischen Mainstream und Jugendprotest

DOSSIER Multikulturalismus: Vision oder Illusion?

DOSSIER Fußball & Integration *

DIVERSITY

DOSSIER Positive Maßnahmen – Von Antidiskriminierung zu Diversity*

DOSSIER Rassismus & Diskriminierung in Deutschland*

DOSSIER Ethnic Monitoring - Datenerhebung über oder mit Minderheiten?*

DOSSIER Politics of Diversity *

DOSSIER Medien und Diversity*

DOSSIER Managing Diversity - Alle Chancen genutzt?

DOSSIER Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

DOSSIER Schwarze Community in Deutschland